



18.03.2022

TAG DER POLITISCHEN GEFANGENEN

Was zählt, ist einzig und allein die Solidarität

I Vorwort des Bundesvorstands der Roten Hilfe e. V.

Liebe Genoss*innen, es ist vollbracht: Auch in diesem Jahr erscheint unsere Sonderzeitung zum 18. März, dem Aktions- und Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen. Dafür wollen wir uns in erster Linie bei unserer 18.3.-Redaktionsgruppe bedanken, die mit großer Akribie und vielen Stunden Arbeit für das Erscheinen gesorgt hat. Gleiches gilt für alle Initiativen, die Artikel beisteuern, um die gesamte Linke über die Situation der politischen Gefangenen zu informieren.

Gemäß unserem strömungsübergreifenden Charakter erscheint die Zeitung als Beilage in der Jungen Welt, dem Neuen Deutschland, Analyse & Kritik, der DKP-Zeitung Unsere Zeit, der Jungle World und erstmalig auch dem Freitag, was uns sehr freut.

Für die sonstige Verbreitung sind wir alle gemeinsam zuständig. Gibt es die 18.-März-Zeitung auch in deinem Infoladen, AZ, Büro oder deiner WG? Kennst du Läden, wo sie noch ausgelegt werden kann? Dann kontaktiere deine Ortsgruppe oder bestelle beim Literaturvertrieb und hilf mit, dass die Zeitung dort ankommt.

Die Sonderzeitung soll informieren. Informieren über die Situation unserer Gefangenen in aller Welt und ihnen eine Stimme geben. Und sie soll darüber hinaus mobilisieren, sich an den zahlreichen Aktionen rund um den 18. März zu beteiligen. Eine kleine Terminübersicht findet ihr auf Seite 2, mehr als gewohnt auf unserer Webseite www.rote-hilfe.de. Trotz Corona sind wir als Solidaritätsbewegung auch in diesem Jahr in der Lage, eine Vielzahl an Aktivitäten zu entfalten. Bei keiner sollte diese Ausgabe fehlen.

In diesem Jahr beschäftigen wir uns schwerpunktmäßig mit der Kommunikation zwischen „Drinnen und Draußen“. Wie schaffen wir es, mit unseren Gefangenen zu interagieren, sie zu stärken und sie an unseren Aktivitäten teilhaben zu lassen? Wie können wir ihre Themen, Kämpfe und Beiträge noch stärker in den Fokus von Bewegung und Gesellschaft rücken? Wie nehmen wir erwartbaren Haftstrafen den Schrecken und fangen sie kollektiv auf?

Das ist unser aller Aufgabe. Es ist kein Allgemeinplatz zu sagen, dass es wenige trifft, aber wir alle gemeint sind, wenn Genoss*innen kriminalisiert und eingesperrt werden. Das Ziel der Repressionsbehörden ist uns allen bekannt. Wir sollen eingeschüchtert und davon abgehalten werden, für eine solidarische Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zu kämpfen. Damit dieses staatliche Kalkül nicht aufgehen kann, brauchen wir eine starke pluralistische Solidaritätsbewegung für die politischen Gefangenen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob wir die einzelne Aktion besonders gewinnbringend, sinnvoll oder strategisch klug finden. Es kommt auch nicht darauf an, was die Repressionsbehörden unseren Genoss*innen vorwerfen. Was zählt, ist einzig und allein die Solidarität ohne Wenn und Aber, sobald Linke kriminalisiert werden.

Den Aufschlag für den Schwerpunkt macht das Grußwort des Stuttgarter Antifaschisten Findus, der seit Juli 2021 in Haft ist. Doch er ist nicht der einzige politische Gefangene dort: Die Rote Hilfe Stuttgart berichtet über die Prozesse und Haftstrafen gegen Jo und Dy sowie Findus und fasst im

Interview ihre Erfahrungen aus der Solidaritätsarbeit für die inhaftierten Genossen zusammen.

Ein längerer Beitrag von Anja schildert die praktische Unterstützung für die inhaftierte Klimaaktivistin Ella und die Hürden, die die Gefängnisverwaltung errichtet. Ella war im Dannenröder Wald aktiv, wurde mit fadenscheinigen Begründungen stellvertretend verurteilt und setzt ihren Kampf unbeirrt auch hinter Gittern fort. Ella selbst hat ebenfalls ein Grußwort beige-steuert.

Die Rote Hilfe Ortsgruppe Nürnberg begleitete den Prozess und Haftantritt ihres Genossen Jan. Im Interview berichtet sie über die Vorbereitung auf den Knast und die entsprechende Soli-Arbeit und gibt Anregungen zur dringend notwendigen Diskussion innerhalb unserer Bewegung.

Dem Antifa-Ost-Verfahren nach § 129 widmet sich ein weiterer Beitrag. Das Solidaritätsbündnis Antifa Ost stellt die Haftbedingungen von Lina, die seit November 2020 in der JVA Chemnitz sitzt, in den Mittelpunkt.

Auch der Genosse und Langzeitgefangene Thomas Meyer-Falk beschreibt in seinem Artikel die Kommunikation zwischen Drinnen und Draußen und die Wirkung praktischer Solidarität für die Inhaftierten.

Die besonderen Probleme der Unterstützungsarbeit über Grenzen hinweg beleuchtet das Interview mit Adil Demirci von der Initiative „Stimmen der Solidarität“, die durch Öffentlichkeitsarbeit und direkten Kontakt inhaftierten Journalist*innen und Oppositionellen in der Türkei zur Seite steht.

Der Rechtshilfefond Azadî gibt einen Überblick über die kurdischen Politiker, die derzeit wegen § 129b inhaftiert sind, und stellt die eigene Solidaritätspraxis vor.

Darüber hinaus bietet unsere Sonderzeitung einen Überblick zu politischen Gefangenen in zahlreichen Ländern in der Hoffnung auf die Unterstützung der zahlreichen laufenden Kampagnen.

Einen Anspruch auf Vollständigkeit kann es dabei nicht geben. In vielen anderen Regionen der Welt sind unsere Lieben eingesperrt, weil sie sich auf Demonstrationen, als kämpfende Bewegungen oder mit dem Stift in der Hand den herrschenden kapitalistischen Zuständen widersetzen, die nichts anderes als Ungleichheit, Armut, Krieg und Umweltzerstörung hervorbringen. Überall, wo gekämpft wird, schlägt der Repressionsapparat der Herrschenden mit unterschiedlichen Mitteln und absoluter Härte zu.

So rücken wir die Langzeitgefangenen in den USA wie Mumia Abu-Jamal und Leonard Peltier ebenso in den Vordergrund wie die zehntausenden Gefangenen in der Türkei, die Situation im Baskenland und in Italien oder in Mexiko und Kolumbien.

Wir hoffen, auch mit dieser Ausgabe dazu beizutragen, die politischen Gefangenen in unserer alltäglichen politischen Arbeit immer solidarisch im Blick zu haben und für ihre Freiheit einzutreten.

Denn wie sang schon Ernst Busch 1922 so treffend im Kampflied der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH): „Die Kraft, die uns zusammenhält, heißt Solidarität!“

Auch wenn sich seitdem vieles geändert hat, bleibt die Prämisse doch stets die gleiche: Solidarität ist unsere stärkste Waffe! *Rote Hilfe e. V. Bundesvorstand, Februar 2022*

Freiheit für alle politischen Gefangenen!



Inhalt

Was zählt, ist einzig und allein die Solidarität – Vorwort des Bundesvorstands der Roten Hilfe e. V.	1
Der Kampf geht weiter, ob vor oder hinter den Mauern der Knäste! Grußwort des Antifaschisten Findus, JVA Heimsheim	2
Veranstaltungen zum 18. März 2021	2
„Das tun, was den Gefangenen Kraft gibt!“ – Ein Interview mit der Roten Hilfe OG Stuttgart	3
Solidarität mit Findus, Dy und Jo! – Repression gegen Stuttgarter Antifaschisten	3
Zweieinhalb Jahre Haft nach Waldbesetzung – Der Prozess gegen Klimaaktivist*in Ella geht weiter	4
Knastsolidarität und ihre Tücken am Beispiel Ella – Ein zäher Kampf gegen Schikanen und Bürokratie	4
„Solidarität ist das Hilfsmittel, mit dem wir uns wieder zum Kampf aufrichten können“ – Interview mit der Roten Hilfe OG Nürnberg/Fürth/Erlangen	5
„Der Mangel an Fürsorge ist die Wurzel der meisten heutigen Probleme“ – Brief von Ella an die Rote Hilfe	5
Jeder Schritt und jedes Wort werden überwacht – Zu den Haftbedingungen der Antifaschistin Lina	6
Solidarität über Grenzen hinweg – Ein Interview mit Adil Demirci von „Stimmen der Solidarität“	7
Soliarbeit vermittelt Zuversicht – Über (Anti-)Knastarbeit aus Sicht eines Gefangenen	7
Postzensur und andere Schikanen – Zur Lage des Gefangenen Musa Açoğlu aus Hamburg	8
§ 129b-Verfahren gegen kurdische Aktivist*innen in Deutschland	8
Schikanen gegen kurdische § 129b-Gefangene – Gefangenenbetreuung durch Azadî e. V.	8
Anarchist*innen und Ex-Militante im Visier – Politische Gefangene in Italien	9
Baskenland: Andere Konfrontation – Der Staat verweigert Freilassungen und einen Dialog	9
Erfolterte Aussagen und konstruierter Terrorvorwurf – Solidarität mit dem russischen Antifaschisten Viktor Filinkov	10
Legal, illegal, scheißeegal – Wie Griechenlands Machthaber versuchen, politische Gefangene zu vernichten	10
Brandstätte Gefängnis – Die Situation der politischen Gefangenen in der Türkei ist katastrophal	11
Angehörige gegen die Willkür der Justiz – Neues von den organisierten Gefangenen in Chiapas und ihren Unterstützer*innen	11
Drei Überlegungen zum Kampf in den Gefängnissen in Kolumbien	12
Gibt es einen Hoffnungsschimmer? – Leonard Peltier seit 46 Jahren in Haft	13
Stillstand und Bewegung – Politische Langzeitgefangene in den USA 2021	13
Jahrzehnte hinter Gittern – Politische Gefangene in den USA	14
Solidarität muss praktisch werden! Schreibt den gefangenen Genoss*innen!	15
Adressen von gefangenen Genoss*innen!	15
Wer ist die Rote Hilfe? Selbstdarstellung und Impressum	16



Der Kampf geht weiter, ob vor oder hinter den Mauern der Knäste!

Grußwort des Antifaschisten Findus, JVA Heimsheim

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

erst einmal möchte ich mich bei den Genoss*innen der Roten Hilfe bedanken, welche mir ermöglichen, ein Grußwort zum Tag der politischen Gefangenen zu verfassen.

Nun möchte ich euch, nachdem ich nun seit genau acht Monaten hinter den Mauern des Knastes sitze, einige stärkende Worte, viel Kraft und Mut für die anstehenden Kämpfe schicken.

Vor mittlerweile 151 Jahren kämpfte die Pariser Kommune für die Freiheit aller Unterdrückten. Ein Jahr später, nach der blutigen Niederschlagung der Pariser Kommune, wurde am 18. März, der Ausrufung der Kommune, daran erinnert, und daraus entstand der Tag der politischen Gefangenen. Auch heute, über 150 Jahre später, beziehen wir uns noch auf die revolutionären Kämpfe der Pariser Kommune und ihr Vermächtnis im Kampf für eine befreite Gesellschaft. Wir gehen auf die Straße und stellen nochmals besonders die politischen Gefangenen in den Knästen dieser Welt in den Fokus.

Ich möchte mich von ganzem Herzen bei euch allen, liebe Genoss*innen, bedanken, für eure ganze Unterstützung, eure Solidaritätsbekundungen, eure Briefe und Postkarten aus der ganzen BRD und den umliegenden Nachbarländern Deutschlands. Ebenso für eure Besuche in den letzten Monaten vor den schwäbischen Knastmauern – egal ob zu Besuchs- oder Nachtzeiten.

Ich denke, ich kann in diesem Fall für alle politischen Gefangenen sprechen und euch sagen, dass dies uns allen unheimlich viel Kraft und Mut für die Zeit und die bevorstehenden Kämpfe und Krisen in der JVA

gibt. Genauso schafften wir es alle, dank eurer tatkräftigen Unterstützung über die ganzen Monate hinweg den Sinn und Zweck der Haft an uns zerschellen zu lassen, denn durch eure Briefe, Knastbesuche und ähnliches haben wir es in meinen Augen und für mein Empfinden geschafft, der Isolation des Knastes zu trotzen. Denn glaubt mir, es gibt nichts Schlimmeres, als von seinen Genoss*innen, Freund*innen isoliert und getrennt zu sein. Aber genau dem haben wir es geschafft zu trotzen und dem reaktionären Staat nicht in die Hände zu spielen, sondern ihnen aufgezeigt, was es heißt, als kämpfende Bewegung zusammenzuhalten und jeder Repression zu trotzen.

Der gesellschaftliche Rechtsruck in der BRD und weltweit nimmt immer mehr zu und gewinnt an Fahrt. Auch durch die derzeitigen Querdenker-Demos schaffen es militante Nazis, sich neu aufzubauen und ihre Hetze auf die Straßen zu tragen. Genauso sollten wir uns vor Augen führen, dass sich weltweit immer mehr Widerstand gegen das bestehende System regt und auch hier in der BRD sich etwas bewegt und tut. Ebenso sollte uns als Linken, Antifaschist*innen und Revolutionär*innen klar sein, dass in der derzeitigen Krisensituation des Kapitalismus Widersprüche greifbar werden, die auch wir nutzen können. Wir müssen klar und verständlich zeigen, dass ein Leben abseits von Ausbeutung, Unterdrückung, doppelter Ausbeutung der Frau*, Krieg und Kapitalismus realistisch und möglich ist.

Das heißt für uns ganz konkret, dass wir den Kampf trotz jeglicher staatlicher Repression weiterführen müssen, egal was kommen mag!

Wir müssen uns weiter organisieren in den Betrieben, Gewerkschaften und auf der Straße, um dem bestehenden reaktionären Staat eine

Gegenmacht von unten entgegenstellen zu können. Denn wie wir hier alle wissen: Eine andere Welt ist möglich. Und genau für diese neue, befreite Gesellschaft müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun. Dass das einfach wird, will ich nicht behaupten. Auch wenn mit der Zeit leider mehr von uns hinter die Mauern der BRD gesperrt werden, gibt es keine wirkliche Alternative zum Aufbau dieser Gegenmacht. Aber wenn wir mal ehrlich sind, wir haben nichts groß zu verlieren außer unserer persönlichen Freiheit; was ist die Freiheit des Individuums schon wert, wenn wir im Tausch für sie den Grundstein für eine befreite Gesellschaft legen?

In diesem Sinne: Der Kampf geht weiter, ob vor oder hinter den Mauern der Knäste! Ihr auf der Straße und wir hinter den Mauern – der Kampf ist unausweichlich.

Besonders möchte ich noch viel Liebe, Mut, kämpferische Grüße an die inhaftierten Genoss*innen schicken – ob nach Stuttgart zu Dy und Veysel, nach Leipzig zu Lina oder nach Nürnberg zu Jan – haltet durch und lasst euch nicht von diesem Staat brechen! Ebenfalls gehen kämpferische Grüße an die inhaftierten und von Repression betroffenen kurdischen Freund*innen raus.

Freiheit für alle politischen Gefangenen! Free them all! Stay rude – stay rebel!

Rote und kämpferische Grüße aus der JVA!
In Liebe und Verbundenheit
euer Findus

Veranstaltungen zum 18. März 2021 Weitere Termine rund um den Tag der politischen Gefangenen unter rote-hilfe.de

HANNOVER, 19.00 UHR
Unter Druck: Politische Bewegungen in und aus der Türkei
Veranstaltung mit Ismail Küpeli, Politikwissenschaftler und Journalist, und Nil Mutluer, aus der Türkei vor der Verhaftung geflohene Soziologin mit Schwerpunkt Feminismus
Ort: Pavillon, Lister Meile 4, Hannover
Veranstaltet von: Pavillon und Rote Hilfe OG Hannover

WIESBADEN, 19.00 UHR
Briefeschreiben an Gefangene
Es gilt 2G.
Ort: Infoladen Wiesbaden, Blücherstr. 46 (Hinterhaus)
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Wiesbaden

HANNOVER, 12.00 UHR
Kommunist*innenverfolgung in Hannover im NS und in der BRD
Pavillon Prison Break Game-Design Workshop im Rahmen des Tages der politischen Gefangenen (Dauer bis ca. 16.00 Uhr)
Eintritt frei. Um Voranmeldung wird gebeten (marcus.munzlinger@pavillon-hannover.de).
Ort: Pavillon, Lister Meile 4, Hannover
Veranstaltet von: Pavillon und Rote Hilfe OG Hannover

HANNOVER, 20.00 UHR
Die Grenzgänger
Konzert anlässlich des Tags der politischen Gefangenen
VVK 15 Euro (erm. 12 Euro), AK 16,50 Euro (erm. 13,50 Euro), Hannover-AktivPass 50 %
Ort: Pavillon, Lister Meile 4, Hannover
Veranstaltet von: Pavillon und Rote Hilfe OG Hannover

HANNOVER 15.00 UHR
Mythos Pariser Kommune
Vortrag mit Holger Marcks und Felix Zimmermann (soziale-republik.org)
Ort: Pavillon, Lister Meile 4, Hannover
Veranstaltet von: Pavillon und Rote Hilfe OG Hannover

BERLIN, 20.00 UHR
Maxi-Prison und Repression gegen Widerstände in Brüssel-Haren
Info- und Diskussionsabend; vorher Vokü ab 19.30 Uhr
Ort: NewYorck im Bethanien, Mariannenplatz 2a, 10997 Berlin
Veranstaltet von: anarchistisches infocafé, maxisoli & ami.e.s

ONLINE, 19.00 UHR
Free Mumia – free them all! Rassismus in Justiz und Gefängnisssystem der USA am Beispiel von Mumia Abu-Jamal
Online-Vortrag mit Dr. Michael Schiffmann („Wettlauf gegen den Tod“)
Link: <https://rote-hilfe.collocall.de/b/dem-xk4-lrn-oak>
Veranstaltet von: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschist*innen KV Heidelberg, Rote Hilfe OG Heidelberg/Mannheim und Antifaschistische Initiative Heidelberg/ Interventionistische Linke

FRANKFURT/MAIN, 18.00 UHR
Freiheit für alle politischen Gefangenen in den USA!
Mahnwache vor dem US-Generalkonsulat
Ort: Gießener Str. 30, Frankfurt/Main
Veranstaltet von: TOKATA-LPSG RheinMain, Frankfurter Mumia-Bündnis und Freundschaftsgesellschaft Kuba/Deutschland

HAMBURG, 19.00 UHR
Antirepressionskneipe mit Kneipengespräch
Ort: Rote Flora, Schulterblatt/Achidi-John-Platz, Hamburg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Hamburg, Ermittlungsausschuss Hamburg und Out of Action Hamburg

HANNOVER, 20.30 UHR
15 Jtl – 15 Jahre Haft
Filmvorführung
52 min, 2020, OmU; die Regisseurin Emine Demir und auch der Protagonist Turgay Ulu werden voraussichtlich anwesend sein.
Ort: Kino im Sprengel, Klaus-Müller-Kilian-Weg 2, Hannover
Veranstaltet von: Flüchtlingsrat Niedersachsen

HANNOVER, 15.00 UHR
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Kundgebung
Ort: Kröpcke, Hannover
Veranstaltet von Rote Hilfe OG Hannover u. a.

REGENSBURG, 15.00 UHR
Mahnwache für die politischen Gefangenen in der Türkei/Kurdistan
Ort: Neupfarrplatz Regensburg
Veranstaltet von: Internationaler Kultur- und Solidaritätsverein

MAGDEBURG, 15.30 UHR
Solidarität mit der gekündigten Antifaschistin
Kundgebung
Ort: Uniklinik Magdeburg, Platz vor dem Haus 60, Leipziger Str. 44, Magdeburg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Magdeburg

KASSEL, 16.00 UHR
Heraus mit den Gefangenen! Heraus zum 18. März!
Demonstration
Ort: Platz der widerständigen Frauen
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Kassel

PFORZHEIM, 17.00 UHR
18.3.: Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Solidaritätskundgebung
Ort: Marktplatz Pforzheim
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Karlsruhe, Offenes Antifatreffen Pforzheim, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschist*innen KV Pforzheim

REGENSBURG, 17.00 UHR
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Kundgebung
Ort: Neupfarrplatz Regensburg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Regensburg

HAMBURG, 18.00 UHR
Free all Antifas – Gemeinsam gegen Repression und autoritäre Formierung!
Demonstration
Auftakt: Rote Flora, Schulterblatt/Achidi-John-Platz, Hamburg

MÜNCHEN, 18.30 UHR
Für das Paradies auf Erden
Feministische Demo gegen Polizeigewalt zum Tag der politischen Gefangenen
Auftakt: Zenettiplatz (Ort und Uhrzeit können sich ändern, aktuelle Infos auf: rhmuc.noblogs.org)

AUGSBURG, 19.00 UHR
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Demonstration zur JVA Gablingen
Kurzfristige Änderungen sind möglich; nähere Infos unter rotehilfeaugsburg.blogspot.eu
Auftaktort: Bahnhof Gablingen
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Augsburg

KARLSRUHE, 19.00 UHR
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Soli-Theke zum Tag der politischen Gefangenen
Ort: Barrio 137, Luisenstr. 31, 76137 Karlsruhe
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Karlsruhe

HEIDELBERG, 14.00 UHR
Freiheit für alle politischen Gefangenen: Stimmen aus dem Knast
Kundgebung mit Informationen zu politischen Gefangenen und mit Zitaten aus ihren Briefen
Ort: Marktplatz Heidelberg
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Heidelberg/Mannheim und Antifaschistische Initiative Heidelberg/Interventionistische Linke

NÜRNBERG, 15.00 UHR
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Kundgebung
Wegen Bauarbeiten sind kurzfristige Änderungen von Ort oder Uhrzeit möglich. Aktuelle Infos unter redside.tk
Ort: Jämnitzer Platz
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Nürnberg u. a.

ZEUTHEN, 18.00 UHR
Tag des politischen Gefangenen: 100 Jahre Rote Hilfe – wir feiern 100 Jahre organisierte Solidarität!
Vortrag mit Dr. Nick Brauns (Hans-Litten-Archiv e. V.) und Beitrag zum Leben Erich Mühsams
Dazu gibt es leckeres veganes Essen und Getränke gegen Spende.
Aufgrund der aktuellen Pandemie-Situation ist die Zahl der Teilnehmer*innen begrenzt. Voranmeldung bitte an kw@rote-hilfe.de
Ort: Bürgerhaus Zeuthen, Goethestraße 26b, 15738 Zeuthen
Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Königs Wusterhausen, Antifaschistischer Stammtisch Königs Wusterhausen

STUTTGART, 11.00 UHR
Solidarität und weitermachen!
Kundgebung und Prozessbegleitung für Chris
Ort: Landgericht, Olgastraße 2, Stuttgart
Veranstaltet von: Kampagne „Solidarität und weitermachen“ und Rote Hilfe OG Stuttgart

STUTTGART, 19.00 UHR
Warum Repression im revolutionären Prozess unvermeidbar ist und was das für uns bedeutet
Vortrag und Diskussionsveranstaltung
Ort: Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Stuttgart
Veranstaltet von: Kampagne „Solidarität und weitermachen“ und Rote Hilfe OG Stuttgart

SAMSTAG, 05.03. – SONNTAG, 20.3.2022
HANNOVER
Die Stimme der Freiheit
Fotoausstellung
Ort: Pavillon, Lister Meile 4, Hannover
Veranstaltet von: Verein Stimmen der Solidarität – Mahnwache Köln e. V.



„Das tun, was den Gefangenen Kraft gibt!“ Ein Interview mit der Roten Hilfe OG Stuttgart

| Das Interview führte die 18.3.-Redaktion

Seit der Inhaftierung von Jo im Juli 2020 und den folgenden Inhaftierungen von Dy im November 2020 und Findus im Juli 2021 begleiten Solistrukturen aus Stuttgart und die dortige Ortsgruppe der Roten Hilfe diese in der Haft. Jo ist mittlerweile wieder in Freiheit, weitere Aktivist*innen aus Stuttgart, beispielsweise Chris, sind jedoch auch mit Haftstrafen konfrontiert. Dabei konnten einige Erfahrungen und Erkenntnisse gesammelt werden. Hierzu befragte die 18.3.-Redaktion die Rote Hilfe Ortsgruppe Stuttgart im Interview.

Sowohl bei Jo im Sommer 2020 als auch bei Dy im November 2020 wurden die Genossen durch die Verhaftung völlig überraschend aus ihrem Alltag herausgerissen. Vor welche Herausforderungen stellt das die örtlichen Solidaritätsstrukturen?

Während und nach entsprechenden Repressionsschlägen ist die Situation meist unübersichtlich. Bei uns waren das jetzt beispielsweise auf einen Schlag neun Hausdurchsuchungen in fünf verschiedenen Städten. Da muss dann genau geschaut werden: Wo wurde durchsucht? Wer ist betroffen? Gab es Festnahmen? Die größte Herausforderung ist, da erst mal überhaupt einen Überblick zu bekommen ...

Was waren eure ersten Schritte?

Insbesondere für die von Haft Betroffenen ist es sehr wichtig, dass sie möglichst schnell anwaltliche Unterstützung erhalten, da Anwält*innen meist als erste direkten Kontakt zu den Gefangenen bekommen und gut informiert sind. Dann geht alles los: Briefe schreiben, Knastgeld klären. Was ist mit der Familie, Freund*innen, dem politischen Umfeld? Gibt es sonst etwas, um das sich gekümmert werden muss, beispielsweise das WG-Zimmer etc.? Die Liste an To-dos ist dabei oft noch detaillierter, und vieles muss unmittelbar geklärt werden.

Und auch die Betroffenen, die nicht inhaftiert wurden, dürfen nicht aus den Augen verloren werden; hier ist ein zeitnah terminiertes Treffen sinnvoll. Parallel gilt es, Solidaritätsstrukturen aufzubauen, um eine abgestimmte politische Begleitung und persönliche Unterstützung organisieren zu können. Diese Strukturen sind nach der ersten „Welle“ immens wichtig, um eine langfristige und kontinuierliche Solidaritätsarbeit zu gewährleisten.

*Bei Genoss*innen, die in einem Prozess zu längeren Haftstrafen verurteilt werden, ist die Situation ganz anders als bei plötzlicher Untersuchungshaft. Wie habt ihr in solchen Fällen die Betroffenen auf den Haftantritt vorbereitet? Welche organisatorischen Fragen sind da zu klären, und wie können die Genoss*innen politisch für diese Zeit gestärkt werden?*

Dreh- und Angelpunkt muss das Politische sein. Wer politisch überzeugt und sich ihrer*seiner Sache sicher ist, kann die Auseinandersetzung mit der Justiz und dem Knast überstehen und einen entsprechenden Umgang finden. Damit wird das Ganze eine Frage der Haltung. Dafür ist die Auseinandersetzung vor Haftantritt extrem wichtig. Jedoch entwickelt und festigt sich eine solche Haltung letztlich immer erst in der Konfrontation mit dem Knastalltag und den Kampfbedingungen im Knast.

Andersherum gesagt können politische Unsicherheiten die Sache erschweren, mitunter gar verunmöglichen. Die technische Vorbereitung nimmt nur eine nachgeordnete Rolle ein. Sie kann einen Rahmen stellen, in der ein klarer Kopf geschaffen wird und eine gewisse Sicherheit entsteht. Hier geht es um die Fragen „Welche Unterstützung ist möglich und gewünscht“ (von Besuchern bis zur Katze, die betreut werden muss) und anschließend „Wer macht es, wie organisieren wir das“.

Was sind bei der praktischen Knastsolidarität die wichtigsten Unterschiede zwischen U-Haft und Normalvollzug? Welche Erfahrungen habt ihr da gemacht?

Der wohl zentralste Unterschied liegt schon im Wesen der jeweiligen Haft. Während der U-Haft ist beinahe alles auf den Prozess und die politische Prozessbegleitung orientiert, sowohl bei der gefangenen Person als auch in der Soli-Arbeit. Nach dem Urteil und der Verlegung in den so genannten Normalvollzug geht

es darum, die Kommunikation zu gewährleisten, damit die Gefangenen Teil der Bewegung bleiben können.

Welche Formen der Knastsolidarität haltet ihr für besonders wichtig? Und welches Feedback bekommt ihr dazu von den Gefangenen?

Ob Briefeschreiben, Besuche im Knast oder Kundgebungen und Aktionen vor den Mauern – jede Form praktischer Solidarität leistet einen bedeutsamen Beitrag. Von den Gefangenen bekommen wir immer wieder die Rückmeldung, dass entsprechende Solidaritätsinitiativen einen beschissenen Tag, eine schlechte Woche in eine gute wandeln können. Es hat unseres Erachtens wenig Sinn, die Formen gegeneinander zu diskutieren – es muss darum gehen, das zu tun, was den Gefangenen Kraft gibt und die politische Auseinandersetzung voranbringt.

Gibt es Bereiche und Aktionsformen, die stärker umgesetzt werden müssten?

Wenn die Betroffenheit mit dem Thema Knast zunimmt, dann muss das auch in unserer alltäglichen Praxis eine Entsprechung finden. Wir müssen die politischen Gefangenen als integralen Teil der unterschiedlichen politischen Kämpfe begreifen, nicht nur dann, wenn es um Repression geht. Das Terrain Knast und die Genoss*innen, die den Kampf unter diesen Bedingungen führen müssen, besitzen ein Potenzial. Dieses zu nutzen, beispielsweise um Repression insgesamt zu entmystifizieren oder eine Auseinandersetzung mit politischen Fragestellungen anzustoßen, kann die Bewegung insgesamt voranbringen. Es geht darum, einen kollektiven Umgang mit Knast, mit Ängsten oder dem Verhältnis zur individuellen Lebensplanung zu schaffen. In der Geschichte der Linken gibt es dafür viele Positivbeispiele und Erfahrungen, an die wir anknüpfen können.

*Gerade in Stuttgart wurden schon mehrere Aktivist*innen mit längerer Haft konfrontiert. Dadurch ist das Thema Knast auch in der Szene durchaus präsent. Wie können sich Aktivist*innen darauf vorbereiten?*

Ganz generell ist die beste Vorbereitung auf mögliche Repressionsszenarien das permanente Reflektieren der eigenen politischen Praxis und der Bedingungen, unter denen diese stattfindet. Wenn wir Strafen wie Knast entmystifizieren wollen, dann müssen wir ganz vorne anfangen, also bei der Frage, warum was wie gemacht wird und welche Härte der Konfrontation das zur Folge haben kann. Logischerweise muss diese Auseinandersetzung in den politischen Strukturen selbst, in den organisierten Zusammenhängen stattfinden.

Und wie könnt ihr als örtliche Rote Hilfe das ansprechen, ohne dass sich gleich Panik breitmacht?

Wir unterstützen, indem wir unsere Erfahrungen teilen und damit ein Auseinandersetzen, ein Lernen ermöglichen. Dabei müssen wir achtsam sein, um nicht zum Resonanzkörper staatlicher Repression zu werden. Eine Solidaritätsorganisation, die Angst und Schrecken verbreitet, wäre kontraproduktiv. Denn es sind keine Horrorgeschichten und Niederlagen, die wir erleben, genauso wie es keine Held*innengeschichten sind. Es ist am Ende die schlichte Realität einer politischen Auseinandersetzung. Hier gibt es viele starke Momente und positive Erfahrungen, die manchmal fast zu banal wirken, um sie zu erkennen.

Zum Beispiel?

Die Klassenjustiz reißt sich den Arsch auf, um zu verurteilen, und steckt unsere Genoss*innen in letzter Konsequenz in den Knast, um sie zu brechen. Damit ist sie, wenn man beispielsweise die Fälle, die in dieser Zeitung dargelegt werden, betrachtet, oftmals erfolglos. In dieser Auseinandersetzung fährt die Klassenjustiz an jedem Tag, an dem unsere Genoss*innen stabil bleiben, eine Niederlage ein. Das ist ziemlich stark.

Am Ende ist es immer eine Geschichte von Solidarität – das ist unsere Aufgabe!

Solidarität mit Findus, Dy und Jo! Repression gegen Stuttgarter Antifaschisten

| Rote Hilfe OG Stuttgart

Seit einiger Zeit sehen wir uns als linke Bewegung zunehmend mit harten Repressionsschlägen konfrontiert. In Stuttgart sind es drei Antifaschisten, die wegen ihres politischen Engagements die volle Härte des Staates und seiner Justiz zu spüren bekommen: Neben Findus und Dy, die beide in Haft sitzen, ist auch Jo von einer hohen Haftstrafe bedroht.

Sowohl Jo als auch Dy wird vorgeworfen, an einer Auseinandersetzung mit Faschisten des rechten Betriebsprojekts „Zentrum Automobil“ im Mai 2020 am Rande einer Querdenken-Demonstration beteiligt gewesen zu sein. Zentrum Automobil beteiligte sich, genau wie andere rechte Kräfte, an den Corona-Protesten, um von ihnen zu profitieren und sich in der Bewegung zu verankern und zu vernetzen.



Seit der Auseinandersetzung ermittelt die Polizei mit einer eigens eingerichteten Ermittlungsgruppe „Arena“ wegen Landfriedensbruchs und versuchten Totschlags gegen die antifaschistische Bewegung. Bisher kam es insgesamt zu elf Hausdurchsuchungen, offenen Observationen, Anquatschversuchen und etlichen Zeug*innenvorladungen.

In dem Indizienprozess gegen Jo und Dy, der im April 2021 vor dem Landgericht Stuttgart begann und sich über ein halbes Jahr erstreckte, konnte den angeklagten Antifaschisten keine Beteiligung an dem Angriff nachgewiesen werden. Vielmehr war der Prozess durch unsaubere Ermittlungsarbeiten der Cops und einen politischen Verfolgungswillen geprägt. So zielte unter anderem das politisch motivierte Urteil gegen die beiden eindeutig auf die Delegitimierung von antifaschistischer und revolutionärer Politik ab.

Trotzdem wurden Jo und Dy zu viereinhalb und fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt.

Der Prozess gegen die Antifaschisten Jo und Dy ist mit dem Urteil im Oktober 2021 vorerst beendet. Die Revision sowie die anderen Prozesse gegen weitere Betroffene im so genannten Wasen-Verfahren stehen aber noch aus.

Auch Findus musste nach einer Reihe von Verurteilungen und Anklagepunkten, die überwiegend in Verbindung mit antifaschistischem Widerstand stehen, eine zweieinhalbjährige Haftstrafe antreten. Seit Juli 2021 sitzt Findus nun hinter Gittern, aktuell in der Justizvollzugsanstalt (JVA) in Heimsheim.

Aktuell sind die Bedingungen in der JVA wegen Corona verschärft. Etlche Freizeitangebote, Sportmöglichkeiten, Kurse oder auch das gemeinsame Kochen wurden gestrichen.

Zudem wird Findus als politischem Gefangenem der Knastalltag zusätzlich erschwert – zurückgehaltene T-Shirts, Briefe oder Bücher, die ihm nicht ausgehändigt werden, sind beinahe schon alltäglich. Spitzen der Schikane stellen dabei Aktionen wie das vermeintliche „Vergessen“ in der Zelle dar, wodurch er seine Booster-Impfung immer noch nicht bekommen hat.

Um die Betroffenen zu unterstützen, die Verfahren politisch einzuordnen und eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, haben sich in Stuttgart sowohl für Findus als auch für alle Betroffenen im „Wasen-Verfahren“ Solidaritätsgruppen gegründet.

► Mehr Infos unter: notwendig.org
antifaheisstzusammenstehen.wordpress.com



Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten.

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe
Band I
Gegen den Strom München
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**

Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

**Rote Hilfe e.V.
Literaturvertrieb
Postfach 6444, 24125 Kiel
literaturvertrieb@rote-hilfe.de
Und in allen Buchhandlungen!**





Zweieinhalb Jahre Haft nach Waldbesetzung

Der Prozess gegen Klimaaktivist*in Ella geht weiter

I Rote Hilfe OG Frankfurt

Ella sitzt seit 26. November 2020 in U-Haft. Ihr wird vorgeworfen, bei Protesten gegen die Rodung des Dannenröder Waldes (Danni) Widerstand geleistet und Polizist*innen verletzt zu haben. Berichte und Videoaufnahmen der brutalen Räumung des Danni zeigen, wie Polizist*innen Aktivist*innen geschlagen, getreten und zum Abstürzen gebracht haben, wodurch Aktivist*innen teilweise schwer verletzt wurden. In erster Instanz wurde Ella im Juni 2021 zu zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt.



Räumung Dannenröder Wald, 14.11.2020, Foto: Marco Molitor, CC BY-ND 2.0

Das Amtsgericht Alsfeld berief sich auf offensichtliche Falschaussagen der eingesetzten Beamt*innen sowie geschwärzte Atteste mit Daten, die nicht mit dem Tattag übereinstimmen. Das Gericht sprach lediglich von „Missverständnissen“ auf Seiten der Polizei. An Ella sollte ein Exempel statuiert werden: Die Klimabewegung und deren Kämpfe sollen diskreditiert und zukünftige Aktivist*innen durch überzogene Urteile abgeschreckt werden. Neben Ella traf es noch viele weitere Genoss*innen: Björn wurde im Februar 2020 zu zwei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt und saß bis Ende 2021 in der JVA Schwerte. Unzählige Bußgelder und Strafbefehle an Aktivist*innen, Wegtragegebühren, Einsatzgelder für Höhenevakuierungen und Forderungen nach Bezahlung der Arbeitszeit der Beamt*innen (je angefangene Viertelstunde) zeigen, auf welche absurden Forderungen die staatlichen Repressionsorgane zurückgreifen, um die Interessen von Konzernen durchzusetzen und die Kämpfe für eine lebenswerte Zukunft zu kriminalisieren.

Ella bleibt auch im Gefängnis kämpferisch, gibt ihre Identität nicht preis und spielt das Spiel der Justizbehörden nicht mit. Sie lässt sich auch von den schwierigen Haftbedingungen während Corona und von Schikanen wie den lange verweigerten veganen Lebensmitteln nicht einschüchtern. Im Januar 2022 begannen die Verhandlungen in der zweiten Instanz vor dem Landgericht Gießen. Ella verteidigte zu Prozessbeginn erneut die Proteste im Danni und machte auf die kriminalisierende Zusammenarbeit der Gerichte, Politik und Polizei aufmerksam.

Ella kämpft weiter im Knast. Lasst sie uns weiter mit Briefen unterstützen!



Gefangenen Info.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression

Das Gefangenen Info leistet Öffentlichkeitsarbeit gegen Repression und Desinformation und bietet den politischen Gefangenen, dem Inhalt und dem Hintergrund ihrer Kämpfe eine Plattform.

Unser Ziel ist es, die staatlich verordnete Isolation zu durchbrechen, den gefangenen Genoss*innen den Rücken zu stärken und die notwendige Kommunikation zwischen den Inhaftierten und der Bewegung draußen aufrecht zu erhalten.

Mit aktuellen Artikeln zu Widerstand, Repression und Solidarität in der BRD wie international versuchen wir die Bedingungen für eine Verbindung von den Kämpfen in den Knästen mit den Kämpfen draußen zu entwickeln und auszubauen.

Weitere Infos unter www.gefangenen.info

Knastsolidarität und ihre Tücken am Beispiel Ella

Ein zäher Kampf gegen Schikanen und Bürokratie

I Anja

Nichtdeutschsprachige unbekannte weibliche Person (UWP 1), selbst lieber ohne W (UP 1), genannt „Ella“

Untersuchungsgefängene in Frankfurt-Preungesheim seit November 2020, divers

Grund: Bei der Räumung des Baumhausdorfes gegen den Bau der A 49 durch ein Trinkwasserschutzgebiet und EU-geschütztes Flora-Fauna-Habitat habe diese auf 15 m Höhe Richtung Polizei getreten. Wäre der Polizist (SEK, gesichert) vom Baum gefallen, hätte er sterben können.

Erstanklage: Versuchter Totschlag. Bis zum Prozessbeginn wurde dies auf „schwere Körperverletzung gegen Vollzugsbeamte“ heruntergebrochen. Urteil in erster Instanz: Zwei Jahre und drei Monate Gefängnis.

Du legst Rechtsmittel ein? Also weiter Untersuchungshaft. Das heißt eingeschränkte Besuchsmöglichkeiten, eingeschränkte Telefonmöglichkeiten, eingeschränkte Möglichkeiten, Pakete zu bekommen etc etc.

Bei meinem Angebot naturheilkundlicher Behandlungen habe ich mich mit „Ella“ im Wald angefreundet, später haben wir am Skillshare-Wochenende zu Ökofeminismus diskutiert. Sie brachte ein selbstgemaltes Transpi ein: „Not our bodies, nor our planet is to be dominated“. Sie besucht mich zweimal zum Duschen, wir diskutieren nächtelang und werden Freundinnen. Als ich erfahre, dass ausgerechnet dieser friedliebende Mensch wegen Körperverletzung im Knast sitzt, bin ich entsetzt und stelle sofort einen Besuchsantrag. Ab hier fangen die Probleme an: Ich kann sie nicht fragen, ob sie von mir besucht werden möchte. Briefe werden vom Richter zur*m Dolmetscher*in geschickt, dann zurück, das dauert schon mal drei Wochen, und mit den Antwortbriefen geschieht dasselbe. Als ich den Anwalt anrufe, ist der unfreundlich und antwortet nicht auf meine Fragen.

Also stelle ich einen formlosen Besuchsantrag bei der Staatsanwaltschaft. Dort muss ich nochmals per Brief nachweisen, woher ich Ella kenne. Die Besuchserlaubnis kommt endlich, und ich kann sie besuchen. Ich fahre los. Kälteeinbruch. Kurz vor Frankfurt friert der Diesel ein. Ich muss umdrehen. Als ich den Termin absage, fragt mich der Gefängnispförtner, ob ich einen Dolmetscher habe. Das sei Pflicht. Ich dachte, den bekomme ich am Eingang beigeordnet. Gut, dass ich vorher umdrehen musste.

Ich suche einen Tag im Internet nach Dolmetscher*innen. Oh, für eine Stunde Besuch 260 Euro, denn die An- und Abfahrt kostet auch 80 Euro die Stunde. Hoppla, ich versuche es in solidarischen Zusammenhängen, und siehe – es findet sich eine. (Erst ein halbes Jahr später erfahre ich, dass der Staat die Kosten der Dolmetscher*innen dann übernimmt, wenn der Richter diese anordnet.)

Nun klappt der Besuch. Ella erzählt mir, dass sie sich von ihrem Anwalt nicht gut vertreten fühlt. Was tun? Ich ermuntere sie, erst mal bei ihrem Anwalt zu bleiben. Bald startet der Prozess, und viele Danni-Beobacher*innen schätzen es so ein, dass sie freikommt, weil auf den Videos nichts von den Vorwürfen zu sehen ist. Wie sollte sich eine neue Anwältin einarbeiten in so kurzer Zeit? Dann will Ella von mir wissen, ob ich zur Verweigerung der Identität rate? Keine Ahnung, ob das sinnvoll oder nicht ist, denn zu meinen Zeiten haben wir die Personalien angegeben. Also nach dem Besuch wieder beim EA anrufen, um dann zu ver-

suchen, sie irgendwie zu erreichen und zu hoffen, dass das Telefonat nicht unterbrochen wird, denn über das Verfahren zu sprechen ist verboten. Und ist mein Rat richtig? Ich bin gerade die einzige Bezugsperson außer dem Anwalt, die zu ihr darf, das macht ja auch ein Abhängigkeitsverhältnis, mit dem sorgfältig umgegangen werden will. Mit wem spreche ich mich ab, die Besetzer*innen sind geräumt, im Gaest_innenhaus in Dannenrod sind Menschen, die Ella zum Teil gar nicht kennengelernt haben. Mir wird geraten, eine Dauerbesucherlaubnis zu beantragen, die ich auch bekomme.

Während des Prozesses in Alsfeld ist die einzige gute Sache, dass wir in den Pausen sprechen dürfen, sie in den Arm nehmen dürfen, ihr vegane Riegel, sofern sie originalverpackt sind, zustecken dürfen. Eine minimale menschliche Aufmerksamkeit im rüden kalten herzlosen System Knast.

Briefe schreiben heißt: Du bist nicht vergessen!

Weitere Probleme der Soliarbeit: Jeder Brief, auf den etwas aufgeklebt ist, phantasievoll verschönert, wird eingesackt und kommt in die Asservatenkammer. (Dort liegen inzwischen 800 Briefe, die nicht durchgekommen sind.) Bücher können wir am Anfang über die Sozialarbeiterin schicken, aber das offizielle System ist umständlich: Du musst schreiben, was du ihr schicken möchtest. Sie muss dann eine Paketmarke beantragen für die Bücher, die sie lesen will, dir

schen den Gefangenen befragt, schaut Ella traurig und weicht mit der Antwort aus. Eine Knastzeitung, die von den Gefangenen gemacht wird, soll es angeblich geben, Ella hat sie aber noch nie zu Gesicht bekommen. Mit der Soli-Situation von außen ist Ella zufrieden, sie bekommt viele Briefe, und inzwischen kommt das gesendete Geld auch an. Die ersten Taschengeldzahlungen waren von der Knastverwaltung zurückgehalten worden, da sie von der Roten Hilfe e. V. geschickt worden waren, und diese hätte früher Terrorist*innen unterstützt. Wir mussten ihr Geld von privat schicken.

Warten wir es ab, ob in der Berufungsverhandlung Menschsein möglich ist, denn da sollen alle Zuschauer*innen in einen Glaskasten. Wenn du von allen und allem, was dir wichtig ist, getrennt bist, was bleibt an Körperkontakt erhalten? Ein Händedruck, eine Umarmung während des Prozesses in Alsfeld muss wieder ein paar Monate halten, denn beim Besuch gilt, auch wegen Corona, Abstand und Trennscheibe. In den Arm genommen werden geht nicht. Das ist heftig.

Die Journalistin der jungen Welt wartete einige Monate auf einen Gesprächstermin, und die taz-Frau wartete bis Dezember 2021 – ein Jahr nach der Verhaftung – auf die Erlaubnis, die inzwischen recht bekannte Klimaaktivistin sprechen zu können. Als sie bei Ella anrufen wollte, haben sie einer Freundin von ihr monatelang den Telefonkontakt verweigert,



Soli-Kundgebung für Ella am 7. Januar 2022 in Frankfurt/Main

die Marke zuschicken, und dann erst kann man es nur von Amazon schicken lassen. Wie lange das dauert, wenn die Briefe zwischendurch noch zum Übersetzungsbüro der Staatsanwaltschaft gehen, könnt ihr jetzt mal ausrechnen. Kleine Broschüren gingen manchmal so durch, während das Buch von Peter Wohlleben, „Das geheime Wissen der Bäume“, in der Asservatenkammer landete.

Als ich endlich nach einem Jahr von ihr eine Paketmarke für Kleidung bekomme (sie wünscht sich schicke Sachen für den Prozess), soll ich eine Blume als Symbol für den Tod des Waldes dort aufnähen. Steppjacken sind verboten, das habe ich gelesen, also sticke ich abends im Dämmerlicht eine Lilie auf die schöne Anzugjacke und das schwarze Satinhemd, die ich für ihre Verhandlung ergattert habe. Beim nächsten Besuch erfahre ich von ihr, dass sie genau diese Sachen nicht bekommen hat, da etwas aufgestickt war. Jetzt ist aber nicht mehr genug Zeit bis zum Prozess für eine neue Paketmarke und um neue Sachen zu besorgen.

So ist alles in U-Haft zäh, langwierig, fast unmöglich, unmenschlich. Wenn sie an den Strukturen ausrastet, bekommt sie Zellenarrest. Auf die Solidarität zwi-

obwohl diese sogar in der Laienverteidigung aktiv war.

Und obwohl Ella Freiheit für alle Gefangenen fordert, bekommt sie im Konkurrenzsystem Knast wenig Rückendeckung von den Mithäftlingen; drei Freundinnen hat sie, die auch nicht deutsch sprechen. Durch die zähe Bürokratie entsteht racial profiling, welches ja eigentlich verboten ist in Deutschland, nämlich eine systematische Benachteiligung aus rassistischen Gründen – hier: nicht Deutsch sprechen zu können.

Und wer beobachtet denn, was im Knast passiert, wer kann Gefangenen eine Stimme geben? Es wird Zeit, das Bestrafungssystem Knast als postfaschistische Ideologie zu identifizieren und die schweren Folgen von Kolonialismus und Nationalismus, Ausbeutung, Armut, Strafen auch und besonders in Form von Feminiziden oder auch häuslicher Gewalt als Ursachen für die Zerstörung von Menschenseelen zu begreifen. Denn eines ist klar: Die wenigsten Gefangenen sind unsere Zielgruppe, der „politische Gefangene“, aber es sind die politischen Systeme Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat, die Menschen vergessen und ausgrenzen oder sie an der Veränderung dieser Systeme behindern und die sie letztlich in den Knast bringen.



„Der Mangel an Fürsorge ist die Wurzel der meisten heutigen Probleme“

Brief an die Rote Hilfe e. V., 9.2.2022

| Ella UP₁

Eine der häufigsten Beschwerden, die ich im Gefängnis höre, lautet in etwa so: „Warum haben die nur eine so kurze Strafe bzw. Bewährung bekommen, während ich das Dreifache bekommen habe und keine Bewährung?“ Meine übliche Antwort darauf verweist auf die harte Realität der gesellschaftlichen Werte: „Nun, die Person, die die Frau vergewaltigt oder das Kind missbraucht hat, hat niemandem einen direkten finanziellen Schaden zugefügt, während du, liebe Freundin, Dinge gestohlen hast, die in Geld bewertet werden.“ Der Staat verurteilt die Missachtung des Privateigentums, aber er kümmert sich nicht nur nicht um die Ausbeutung von Körpern, was sich in angemessenen Strafen niederschlagen würde, man muss auch nicht weit schauen, um zu erkennen, dass diese überwiegend bevorzugten Werte gebilligt werden.

Diese falsch gesetzten Prioritäten sind auch der häufigste Grund für das Bedauern, das Menschen auf dem Sterbebett empfinden: der Wunsch, sie hätten mehr Energie in ihre menschlichen Beziehungen investiert. Einfach ausgedrückt: Wer würde es vorziehen, umgeben von einem Haufen Geld und Besitztümern zu sterben, anstatt von Menschen umgeben zu sein, denen unser Leben so sehr am Herzen liegt, dass sie sich für die Rettung unseres Lebens einsetzen, als ob sie ihr eigenes Leben retten würden?

Wenn wir uns diesem verzerrten gesellschaftlichen Kompass stellen und sehen, wohin er uns gebracht hat, nämlich in ein System, das Dinge, die uns gehören, viel mehr wertschätzt als uns, die wir zueinander gehören, ist es effektiver, wenn wir zurück an den Anfang gehen und einen Weg dorthin finden, wo wir lieber sein möchten. Vielleicht leben und sterben wir glücklicher ohne die Bedrohung, von unseren Lieben durch Ketten oder Käfige jeglicher Art getrennt zu sein?

Mir scheint, dass dieser Mangel an Fürsorge die Wurzel der meisten unserer heutigen Probleme ist und eine treibende Kraft für die Schaffung von Gesetzen, Polizei und Gefängnissen war, die darauf zurückzuführen sind. Das mag daran liegen, dass diejenigen, die das System lenken, unter dem Trauma leiden, vielleicht über Generationen hinweg unter Menschen gelebt zu haben, die aus freien Stücken getan haben, was sie wollten, und zwar auf eine Weise, die andere bewusst oder unbewusst missachtete. Diese Menschen, die dazu neigen, das Leben zu regieren, sind also damit aufgewachsen, dass sie sich sicherer fühlen, wenn Regeln und Vorschriften auferlegt werden, um das zu erreichen, was sie für gut und richtig halten.

Wir können unser ganzes Leben damit verbringen, den Unsinn, den die*der eine oder andere für gut und richtig hält, für ungültig zu erklären, aber das wird weder ihr Bedürfnis nach Fürsorge – ein universelles Bedürfnis – befriedigen, noch wird es uns das Bedürfnis nach Freiheit bringen, zu wählen, was für uns am besten ist. Solange die polarisierenden Kräfte die Bedürfnisse der*des anderen nicht wirklich berücksichtigen können, werden wir beide eingeschränkt sein und uns dagegen wehren, was unser Wohlergehen gefährdet.

Gegenseitige Hilfe bedeutet in der Praxis, dass wir uns zu 100 % in gemeinsamen Anstrengung zum gemeinsamen Nutzen einbringen. Das ist etwas ganz anderes als ein Kompromiss, bei dem wir einen Teil unserer Wünsche opfern, um eine Einigung zu erzielen, und bei dem wir Gefahr laufen, uns über unerfüllte Ziele zu ärgern. Die Ersetzung von Kompromissen durch gegenseitige Hilfe kann mehr Arbeit bei der Bewertung von Situationen erfordern, um einen gemeinsamen Weg zu finden, oder auch abweichende Wege, die für alle das Höchste und Beste sind, aber das ist notwendig, um die Befähigung aller zu gewährleisten.

Wie jeder Prozess beginnt auch die gegenseitige Hilfe nicht mit einem Gespräch, sondern mit einer Überzeugung, die zu einer Sichtweise, einem Sein, einem strategischen Prinzip und einer gefühlten Realität wird. An dieser Stelle möchte ich Tich Naht Hahn, dem in diesem Jahr verstorbenen buddhistischen Zen-Mönch und ehemaligen vietnamesischen Exilanten, Tribut zollen, der dies am treffendsten als „Inter-Sein“ bezeichnete: das Wissen, dass alles Existierende in Beziehung zueinander steht, durch subtile Fäden mit der Welt als Ganzes verbunden ist, so dass, wenn jemand in einem Moment der Freude emporgehoben wird, das gesamte Gefüge der Realität davon betroffen ist; wenn jemand niedergeschlagen ist, werden wir alle unabhängig voneinander in die gleiche Richtung gezogen.

Aus Liebe zu diesem Thema führe ich Beispiele aus den nachhaltigsten und zufriedensten Kulturen auf, in denen die gegenseitige Hilfe eine integrale Lebensweise ist, da es sich um indigene Völker handelt, in denen das Konzept des Miteinanders in die Sprache eingebettet ist. Bei einigen würde man nicht sagen: „Meine Mutter ist krank“, weil sie wissen, dass das Wohlergehen des Ganzen von jeder*m einzelnen abhängt, und deshalb mit einer Stammesmentalität, die für eine Gruppenart wie den Menschen natürlich ist, eher sagen: „Mein Dorf ist krank“.

Bei den Aborigines in Australien gibt es keine Worte wie „bitte“ oder „danke“ wie bei uns, denn wenn ein Wunsch zu einer gemeinsamen Absicht wird, werden diejenigen, die dazu in der Lage sind, diesen Wunsch ohne Betteln erfüllen, und sie erwarten zweifellos, dass sie an dem Nutzen teilhaben.

Wenn bei den amerikanischen Ureinwohner*innen eine*r eine unbekannte Nussart oder Grasart mitbringt, sagen sie nicht „Was ist das?“ wie bei von Menschen hergestellten Gegenständen, sondern „Wer ist das?“, da sie sofort die Verantwortung der Lebenden füreinander erkennen.

Diese Verantwortung gegenüber allen Lebewesen zu erkennen und wahrzunehmen bedeutet, die gegenseitige Missachtung zu unterbrechen, den Vorrang zugunsten der*s anderen neu zu ordnen und so soziale Traumata zu heilen.

Ich lasse euch mit einer Frage zurück, um diese Revolution in Gang zu setzen: Wie ist es, sie zu sein?

„Solidarität ist das Hilfsmittel, mit dem wir uns wieder zum Kampf aufrichten können“

Ein Interview mit der Roten Hilfe OG Nürnberg/Fürth/Erlangen

| Das Interview führte die 18.3.-Redaktion

Die Ereignisse rund um den Jamnitzer Platz in Nürnberg haben bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Die 18.3.-Redaktion hat die Rote Hilfe OG Nürnberg/Fürth/Erlangen als Teil des Solikreises Jamnitzer zum Prozess und zu den Vorbereitungen für Jans Haftantritt befragt.

Zuerst eine kurze Frage zum 29. Juni 2019. Was ist in Nürnberg passiert?

Im linken Stadtteil Gostenhof, inmitten zahlreicher alternativer Projekte, liegt der Jamnitzer Platz. Er ist Treffpunkt für verschiedene soziale Gruppen aus ganz Nürnberg. Aufgrund der anhaltenden Aufwertung des Viertels wird der Platz gerade im Sommer häufig von Cops „bestreift“. Besonders häufig sind diese Kontrollen rassistisch motiviert. Am 29. Juni 2019 ist den Platznutzer*innen hierüber der Kragen geplatzt. Sie haben die kontrollierende Einsatzgruppe lautstark des Viertels verwiesen. Dies geschah komplett gewaltfrei und ohne Verletzte. Die Cops mussten sich daraufhin für dieses und auch an darauffolgenden Wochenenden vom Platz zurückziehen.

Das konnten das Innenministerium und die Polizeiführung nicht auf sich sitzen lassen. Mit Rückendeckung wahrheitswidriger Presseerklärungen, einseitiger Artikel der Lokalpresse und Berichten „besorgter Anwohner*innen“ wurde der Platz zum „rechtsfreien Raum“ erklärt. Den „Rädelsführern“ sollte der Prozess gemacht, und Recht und Ordnung sollten wiederhergestellt werden.

Willkürlich hat mensch sich zwei bekannte Linke herausgegriffen: Jan und Jürgen. Jürgen sei Anführer der spontanen Aktion gewesen, klar erkennbar durch das Tragen eines Hemdes. Jan sei der Handlanger gewesen und besonders aggressiv mit einer Holzlatte auf die Cops zugehauen.

Dafür wurden die beiden wegen Widerstands, tätlichen Angriffs und Beleidigung zu einer Geldstrafe und 15 Monaten auf Bewährung bzw. 18 Monaten Haft verurteilt. Die Strafen wurden zwar vom Landgericht abgemildert, blieben aber grundsätzlich bestehen.

Das Besondere an diesem Urteil war aber die Tatsache, dass es für eine Verurteilung nach § 113 StGB („Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“) keinen tatsächlichen Körperkontakt, oder in Jans Fall auch nur Anwesenheit, gebraucht hat. Das „bewusste Unterschreiten einer justiziablen Straftat“ gegenüber den Cops wie auch das „bewaffnete Anschreien“ reichten dafür aus.

Am 15. September 2021 war es dann soweit – Jan hatte seinen Haftantritt. Wie habt ihr diesen vorbereitet?

Nach der Gründung des Solikreises Jamnitzer standen wir vor der Aufgabe, neben der politischen Arbeit Jans Antritt materiell und emotional vorzubereiten. Hierfür wurden Besuchlisten und Kostenrechnungen erstellt, Informationen zum Haftalltag eingeholt, medizinische Vorsorge organisiert etc. Das Buch „Wege durch den Knast“ sowie das Wissen der Gefangenengewerkschaft GG/BO und ehemaliger Gefangener waren hierbei unerlässlich. Die kurzfristige Verschiebung des Hafttermins von Juli in den September hat das ganze Unterfangen natürlich schwieriger werden lassen.

Neben der rein materiellen Vorbereitung haben wir versucht, die Szene – und vor allem Jan – emotional zu unterstützen. Wichtig hierfür war, allen Beteiligten klarzumachen, was genau passieren wird. Das war nicht einfach, wussten wir doch selbst häufig nicht, wie es weitergehen wird.

Neben dem Eiertanz rund um den Termin war auch der Haftort unklar. Wir haben beispielsweise vom Anwalt erfahren müssen, dass Jan über Nacht von der JVA Nürnberg in die JVA Bayreuth gebracht wurde. Dies sollte den unterstützenden Effekt der süd-deutschen Solidaritätsdemo verhindern, die am 16. Oktober in Nürnberg stattfand.

Was versteht ihr unter emotionaler Vorbereitung?

Für die emotionale Arbeit ist vermutlich Ehrlichkeit und Offenheit das Wichtigste. Es mag sich banal anhören, aber ohne einander zuzuhören und offen mit Ängsten umzugehen, läuft gar nichts.



Abschied von Jan am 15.09.2021

Wir standen häufig vor Fragen, auf die wir keine Antwort wussten und bei denen wir auch ratlos waren, wo wir sie herbekommen werden. So ging es vielen, während mensch doch versuchte, etwas zu tun, um aus der Handlungsunfähigkeit herauszukommen.

Die Frage „Was ist mit uns, nachdem Jan eingefahren ist?“ kann vorab nicht beantwortet werden. Wenn vor Ort kaum persönliche Erfahrung vorhanden ist, aus der geschöpft werden kann, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder mensch greift auf Parolen und vermeintliches Wissen zurück („werden wir schon überstehen“, „der Kampf geht ja weiter“, „früher saßen Genoss*innen ja auch und haben es geschafft“), oder mensch geht offen mit den Ängsten um. Mensch erwischt sich selbst häufig dabei, Dinge schönzureden, nach dem Motto: Wird schon alles gut werden.

Doch das ist erst einmal eine Lüge. Nichts wird jetzt gut sein. Wir werden trauern. Uns wird es dreckig gehen. Und das ist ok so, weil wir da gemeinsam durchgehen.

Solidarität ist kein Zaubertrank, sondern das Hilfsmittel, mit dem wir uns wieder zum Kampf aufrichten können. Doch damit diese Solidarität entstehen kann, ist es wichtig, dass wir einander das Gefühl geben, unsere Gefühle nicht ins Private verdammen zu müssen.

Wir alle, nicht irgendein privates Umfeld, reden jetzt über Angst, Wut und Unsicherheit.

Wie verlief dann der Haftantritt?

Viele hatten die Angst, dass sie zusammenbrechen werden, wenn sich die Tore hinter Jan schließen. Und ja, viele von uns standen mit Tränen in den Augen vor den Mauern. Zusammengebrochen sind wir aber nicht. Wir standen mit 150 Genoss*innen aus ganz Bayern vor dem Knast und merkten: Wir sind nicht alleine, und wir fühlen alle die gleiche Angst wie auch denselben Mut.

Und danach wussten wir, wir werden es überstehen.

Häufig ist das Ungewisse das Schlimmste, aber nur so lange, bis wir gemeinsam das Ungewisse durchschritten haben. Eine große Angst von Jan ist die von vielen Gefangenen: Dass das Leben draußen weitergeht und sie vergessen werden.

Wir könnten ihnen hundert Mal sagen, das wird nicht passieren. Wir können ihnen aber auch einfach zeigen, dass es das nicht tut.

Wie kann das aussehen?

Ganz einfach: Sind die Gefangenen noch nicht eingefahren, seid ansprechbar sowohl fürs Organisatorische als auch fürs Emotionale.

Sind sie eingefahren, veranstaltet regelmäßige Knastkundgebungen, Briefeschreiben und kleine Aufmerksamkeiten. Diese müssen nicht aufwändig sein, klein aber kreativ reicht auch.

Wir wollten z. B. mit dem lokalen linken Radiosender für Jan in jeder seiner Haftwochen einen kleinen Beitrag machen. Jede Woche sollte immer jemensch anderes Jan eine selbst ausgesuchte kurze Geschichte vorlesen.

61 Wochen, 61 Geschichten, 61 Genoss*innen, die an ihn denken.

So einfach kann Solidarität praktisch werden.



Infomaterial der Roten Hilfe e.V. zu verschiedenen Themen. Ausgaben der RHZ (Rote Hilfe Zeitung) Rechtshilfetipps in verschiedenen Sprachen und vieles mehr zum Download unter: <https://www.rote-hilfe.de/downloads>



Jeder Schritt und jedes Wort werden überwacht

Zu den Haftbedingungen der Antifaschistin Lina

I Solidaritätsbündnis Antifa Ost

Seit September letzten Jahres läuft der Prozess gegen vier Angeklagte im so genannten Antifa-Ost-Verfahren am Oberlandesgericht Dresden wegen Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129. Der konstruierten Gruppe wird vorgeworfen, Nazis in Sachsen und Thüringen angegriffen zu haben. Da der Generalbundesanwalt als politische Instanz das Verfahren an sich genommen hat, ermittelt in dem Fall die Bundesanwaltschaft, und aus diesem Grund wird vor einem Oberlandesgericht verhandelt.

Lina, eine der derzeit vier angeklagten Personen, befindet sich seit November 2020 in Untersuchungshaft. Nachdem sie verhaftet wurde, wurde sie mit dem Helikopter nach Karlsruhe geflogen, um den Haftbefehl zu bestätigen. Seither sitzt sie in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Chemnitz in Untersuchungshaft und unterliegt dort strengen Auflagen. Hinzu kommen Verschärfungen aufgrund der Covid-19-Pandemie, die alle Gefangenen weltweit hart treffen und die Isolation komplettieren.

Sie wird nun zweimal wöchentlich aus der JVA Chemnitz nach Dresden gefahren und muss sich dem Prozess stellen, welcher noch bis Juni diesen Jahres angesetzt ist. Innerhalb des Prozesssaals wird sie weiterhin streng beobachtet und versucht, so eine Gefährlichkeit zu konstruieren, die es offensichtlich nicht gibt, deren Propagierung jedoch dem Verurteilungswillen und der Argumentation des Senats und der Bundesanwaltschaft dient. Jeder Blick zu anderen Angeklagten oder Zuschauenden wird argwöhnisch beobachtet und jedes gesprochene Wort unterbunden. Nach den Prozesstagen steht dann wieder die Fahrt nach Chemnitz an, wo der widerliche Alltag eines Gefangenenlebens weitergeht.

Die JVA Chemnitz ist die zentrale Frauenvollzugsanstalt der Freistaaten Sachsen und Thüringen. Hier werden also alle weiblichen Gefangenen, mit Ausnahme der Abschiebegefangenen, beider Bundesländer eingesperrt. Das führt zu dem weiteren unangenehmen Umstand, dass Lina sich im selben Knast befindet wie Beate Zschäpe, was vielfach in den Medien ausgeschlachtet wird und der Verteidigung der Extremismustheorie dient. Die Gegenüberstellung der beiden Gefangenen soll ein Bild zeichnen, welches die Gefahr, die angeblich von Lina ausgeht, mit der einer rassistischen Mörderin gleichsetzt. Die Unterscheidung der willkürlichen faschistischen Gewalt einer Person, die für den Tod von zehn Menschen verantwortlich ist, und einer Person, der vorgeworfen wird, faschistische Kader an Orten angegriffen zu haben, an denen sie eine rechte Hegemonie

durchsetzen konnten, wird nicht gemacht.

Die Tatsache, dass beide im selben Knast sitzen, sorgt für noch mehr Einschränkungen in den Haftbedingungen für Lina, da die beiden physisch getrennt bleiben sollen und damit Aktivitäten, Hofgänge und Besuche auch von den Anmeldungen Zschäpes abhängen (können).

Zudem hat der Staatsschutz ein besonderes Interesse daran, Solidaritätsbündungen von draußen für Lina möglichst zu unterbinden. Bei Demonstrationen vor dem Knast wird der gesamte Betrieb umgestellt, Hofgänge werden verschoben oder ausgesetzt, und es wird viel daran gesetzt, dass die Gefangenen die Grußbotschaften nicht hören können. Bei dem Versuch, Lina zu ihrem ersten Geburtstag im Knast eine Grußbotschaft über die Mauern zukommen zu lassen, wurden Menschen von Zivis verhaftet, die sich offensichtlich darauf eingestellt hatten und alles daran setzten, derartige Zeichen der Solidarität zu unterbinden.

Die Untersuchungshaft an sich ist geprägt von einem steten Wechsel der Gefangenen, und jeder Sozialkontakt wird erschwert, sofern sich die Dauer der Untersuchungshaft verlängert. Nach weit über einem Jahr Haft sind in der Regel alle Mitgefangenen schon verhandelt und verurteilt oder entlassen, und mensch muss sich immer wieder auf neue Menschen einlassen ohne die Option einer längerfristigen vertrauten Beziehung. Dies ist gerade in Bezug auf die Pandemie und die weitreichenden Einschränkungen, was Besuche angeht, eine besondere Belastung. Momentan dürfen nur Familienangehörige Gefangene besuchen, Körperkontakt ist verboten, und es gelten 3G-Regeln, Nachweis- und Maskenpflicht und Trennscheibe. So ist es den Gefangenen nicht einmal möglich, die Gesichter ihres Besuchs in Gänze zu sehen, geschweige denn, sich einmal in den Arm zu nehmen.

Selbst ohne Pandemiebedingungen werden Strafgefangenen in der JVA nur vier Stunden Besuch im Monat zugestanden, welche auf maximal vier Besuche aufgeteilt werden können. Im Falle der Untersuchungshaft müssen zuständige Richter*innen oder die Staatsanwaltschaft die Besuchsanträge prüfen; das dauert länger, und gerade bei politischen Verfahren werden diese nicht selten abgelehnt. Der Besuch dauert hier eine Stunde und wird in der Regel überwacht, sodass

eine vertraute Atmosphäre nicht umsetzbar ist. Besuchstermine an Wochenenden sind selten möglich, was vor allem für Angehörige, die von weit her anreisen, die Terminfindung erschwert.

Geld können die Gefangenen nur erhalten, wenn ein ganz bestimmter Verwendungszweck angegeben wird, und es ist nicht möglich, dies anders zu nutzen; zudem sind keine Paketsendungen gestattet. Dieser Umstand zwingt die Gefangenen, sich selbst für sehr viel mehr Geld als draußen im knasteigenen Markt zu versorgen. Dieser Markt gehört Massak, welcher

um was für Kleidung es sich handelt, selbst die Farbe muss stimmen. So dauert es meist lange, bis Untersuchungshäftlinge die Anstaltskleidung ablegen und ihre Privatsachen tragen können, und wenn es doch im Sommer mal etwas kälter wird, haben sie Pech gehabt.

Um sich um all diese Dinge zu kümmern und die Isolation zu durchbrechen, können die Gefangenen Briefe schreiben. In der Untersuchungshaft gehen diese jedoch über den Tisch der zuständigen Staatsanwaltschaften, und das verzögert die Kommunikation mitunter für Wochen.

Interessen von weiblichen Gefangenen reproduzieren; so wollen doch sicher alle einen Strick- oder Töpferkurs besuchen.

Die JVA Chemnitz wirbt auch mit ganz besonderen Angeboten, die die Haftzeit angeblich erleichtern sollen. Es gibt eine geringe Anzahl an Plätzen für den offenen Vollzug und großzügige Angebote, Mütter mit Kindern unterzubringen und ihnen sogar ein Mütter-Kompetenz-Training anzubieten. Laut eigener Aussage der JVA sind die Mehrzahl der Gefangenen Mütter. Fast alle Angebote für die Gefangenen basieren auf der Annahme, dass sie süchtig



Foto: Tim Wagner

ein Monopol besitzt, wenn es darum geht, aus dem Elend anderer Profit zu schöpfen. Sie versorgen mehr als zwei Drittel deutscher Knäste und stehen außer Konkurrenz. Die wenigen Stimmen, die nach außen dringen und über die überkauften, alternativlosen Artikel berichten, können dem guten Ruf der Firma schwerlich schaden.

Aber nicht nur der Zugang zu Nahrung und Kosmetika ist derart eingeschränkt und kostspielig. Die Gefangenen in der JVA Chemnitz müssen auch für das Waschen ihrer Wäsche zahlen und dürfen sie nicht, wie in vielen anderen Knästen, von Freund*innen und Angehörigen waschen lassen. Vor allem für Untersuchungsgefangene ist der Zugang zu Kleidung schwierig. Es darf nur zweimal im Jahr, im Sommer und Winter, je ein Kleidungspaket in den Knast geschickt werden, und dafür muss detailliert angegeben werden,

Gerade in einem Verfahren wie dem hiesigen ist die Kontrolle besonders scharf, Dinge, die sonst einfach durchkommen würden, werden zur Habe genommen, und jedes Wort wird auf die Goldwaage gelegt. Abgesehen von der allumfassenden Kontrolle ist so keinerlei Kommunikation möglich, die nicht mitgehört oder gelesen wird, und vor allem in Untersuchungshaft bedeutet dies ein Hemmnis, offen mit Vertrauten, aber auch fremden solidarischen Menschen zu kommunizieren. Sie setzen alles daran, die Isolation aufrechtzuerhalten, die Gefangenen von der Außenwelt abzuschirmen und ihnen ihre Stimmen zu nehmen.

Innerhalb der Knastmauern gibt es einige Angebote, die der „Resozialisierung“ dienen sollen und die Frauen* mitunter auch zusammenbringen. Speziell im Frauenknast gibt es „Freizeitangebote“, die sexistische Grundannahmen zu den

oder arm sind, was eine Reflexion eben der Gruppe Menschen ist, die eingesperrt werden.

Dieser Knast unterscheidet sich kaum von einem anderen, und doch ist es immer wieder wichtig, einen Einblick in die Strukturen zu bekommen, die unseren Freund*innen und Genoss*innen auferlegt werden. Kein Schritt ist selbst gewählt, und keiner bleibt den kontrollierenden Augen der Schließer*innen verborgen. Diejenigen, die sie wegsperren, sollen sich anpassen, ihre Stimme und ihr Selbstwertgefühl verlieren, um Teil eines Systems der Gehorsamen zu werden.

Um dieser Strategie etwas entgegenzusetzen, müssen wir die Gefangenen unterstützen und uns offen mit ihnen solidarisieren, ihnen schreiben, für sie demonstrieren und zumindest in Gedanken die Mauer durchbrechen, die sie zwischen uns stellen.

Die linke Gehirnhälfte ist für Lesen und Sprache zuständig. Zufall?

Entdecken Sie den Freitag, und erfahren Sie alles über Politik, Wirtschaft, Kultur aus einer unkonventionellen Sicht – unangepasst, mutig und meinungsstark.

Wir wollen bloß die Welt verändern.

3 Ausgaben gratis

Jetzt 3 Ausgaben gratis testen: freitag.de/gehirn oder 040 3007-3510

JUMP UP AKTUELL

www.jump-up.de

Neuerscheinung!

Lucha Amada 3 – A Luta Continua

Im Jahr 2021 feiert Lucha Amada seinen 20. Geburtstag! Zu diesem feierlichen Anlaß stellen wir erneut einen Soli-Sampler zusammen, der befreundete Bands und Songs, die wir lieben, vereint. Die Erlöse spenden wir je zur Hälfte an die Zapatist@s (Mexico) und an JINWAR, einem feministischen Projekt im Herzen von Rojava (West Kurdistan/ North Syria).

3 CDs im Buchformat EUR 19,90
4 LPs mit 48 S. Booklet EUR 49,90
4 LPs mit 48 S. Booklet & Baumwolltasche EUR 54,90

Bestellungen über Jump Up: Tel./Fax 0421 / 4988535
Postfach 11 04 47, 28207 Bremen / E-Mail: info@jumpup.de



Solidarität über Grenzen hinweg

Ein Interview mit Adil Demirci von „Stimmen der Solidarität“

Das Interview führte die 18.3.-Redaktion

Mit regelmäßigen Mahnwachen, Postkartenaktionen und unterschiedlichen Veranstaltungen organisiert die Initiative „Stimmen der Solidarität – Mahnwache Köln e. V.“ Unterstützung für die politischen Gefangenen in der Türkei. Besonders im Fokus ihrer Arbeit sind Oppositionelle aus der BRD, die in der Türkei verhaftet und angeklagt werden. Adil Demirci berichtet im Interview mit der 18.3.-Redaktion aus der Arbeit des Vereins.

Kannst du ein paar Worte zur Entstehung von „Stimmen der Solidarität“ sagen? Was sind eure Schwerpunkte?

Die Entstehungsgeschichte des Vereins hängt mit meiner Verhaftung in der Türkei zusammen. Ich bin im April 2018 für eine Woche nach Istanbul geflogen, um meine krebserkrankte Mutter zu begleiten. Einen Tag vor der Abreise wurde die Wohnung gestürmt, und ich wurde verhaftet und kam ins Gefängnis Silivri. Meine Familie, meine Freund*innen, Arbeitgeber*innen und Kolleg*innen sowie auch ein breiter Unterstützer*innenkreis in Köln kamen sofort zusammen und organisierten jeden Mittwochabend eine Mahnwache für meine Freilassung. Die Mahnwachen dauerten bis zu meiner Rückkehr nach Köln im Juni 2019. Meine Haftzeit und die Solidarität aus Köln habe ich versucht, in meinem Buch „Zelle B-28 – als politische Geisel in Istanbul“ wiederzugeben.

Nach meiner Ankunft lernte ich den Solikreis „Freiheit für Adil Demirci“ persönlich kennen. Die Mahnwache hatte eine große Reichweite erreicht, und wir entschlossen uns, diese wichtige Arbeit weiterzuführen, denn ich war kein Einzelfall. Die Verhaftungen von deutschen Staatsbürger*innen erreichten 2017 ihren Höhepunkt mit den Journalist*innen Deniz Yücel und Meşale Tolu sowie dem Berliner Peter Steudtner. Auch nach meiner Verhaftung ging die „Geiselnahme“ von deutschen Staatsbürger*innen in der Türkei weiter.



Daher entschlossen wir uns, die Tradition der Mahnwache am Wallrafplatz in der Kölner Innenstadt weiterzuführen und einen Verein für die Betroffenen sowie ihre Familien zu gründen. Wir nannten ihn „Stimmen der Solidarität – Mahnwache Köln e. V.“, um auf die Bedeutung der Mahnwachen und der Solidarität aufmerksam zu machen. Ziel des Vereins sind die Förderung und die Verteidigung der Menschenrechte in der Türkei, insbesondere die der Pressefreiheit, der Informationsfreiheit bzw. des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Reisefreiheit.

Welche Aktionen habt ihr in den letzten Jahren gemacht?

Wie gesagt führen wir unsere Mahnwachen/Kundgebungen am ersten Mittwoch des Monats fort. Bei jeder Mahnwache versuchen wir, auf die Betroffenen aufmerksam zu machen, und laden dazu auch deren Familien ein. In Gesprächen geben wir den betroffenen Familien unsere Erfahrungen weiter und unterstützen sie in dieser Zeit. Manche von ihnen entscheiden sich, an die Öffentlichkeit zu gehen, und dabei helfen wir ihnen auch. Nach unserer Gründung haben wir uns für die deutschen Staatsbürger*innen Yüksel Weßling, Hozan Canê, Gönül Örs, Ali Temel, Bekir Topgider und aktuell für die ehemalige Landtagsabgeordnete der Linken Hamide Akbayır, den Bochumer Mahmut Güneş und Patrick Kraicker eingesetzt. Neben den Fällen aus der Türkei gibt es seit Oktober 2020 auch eine Kölnerin, Nahid Taghavi, die im Evin-Gefängnis in Teheran fest sitzt und zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde.

Neben unseren Mahnwachen organisieren wir auch im September unser „Festival der Solidarität“. Durch die Corona-Pandemie konnten wir nur beschränkt Veranstaltungen durchfüh-

ren. Im letzten Jahr präsentierten wir u. a. eine Fotoausstellung zum Thema „politische Gefangene“ von Adil Okay. Der Menschenrechtler vom Solidaritätskreis „Görülmüstür“ hatte die Fotoausstellung „50 Gefangene – 50 Fotografen“ vorbereitet. Die Zeichnungen von 50 Gefangenen aus der Türkei wurden ausgestellt.

Diese Fotoausstellung möchten wir auch in diesem Jahr in mehreren Städten Deutschlands, z. B. Bonn, Hannover, Bochum und Köln, zeigen. Die Rote Hilfe e. V. gehörte neben der Stadt Köln zu den wichtigsten Unterstützer*innen unseres Festivals und unserer Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen.

Zuletzt konntet ihr einige Erfolge feiern. Durch eure Öffentlichkeitsarbeit und den politischen Druck hierzulande habt ihr sicherlich dazu beigetragen. Kannst du einige Beispiele nennen?

Einige Namen habe ich bereits oben genannt. Durch die Öffentlichkeitsarbeit, den Druck und die Solidarität haben wir es geschafft, dass einige deutsche Staatsbürger*innen wie z. B. Yüksel Weßling, Hozan Canê oder Bekir Topgider schneller aus der Türkei ausreisen konnten.

In der Kampagne für die Kölnerin Hamide Akbayır haben wir aber auch eine neue Erfahrung machen können. Die Nachbar*innenschaft von Hamide zeigte sich sehr solidarisch, rief verstärkt zu den Mahnwachen auf und organisierte auch eine Pressekonferenz kurz vor Weihnachten vor der Wohnung von Hamide. Die Mitarbeitenden der Universität sammelten Unterschriften für die Online-Petition, und der Künstler Ali Zulfikar zeichnete das Kunstwerk „Hamide“.

Starke Solidarität erleben wir auch in Bochum im Falle von Mahmut Güneş. Auch dort haben wir gesehen, dass der öffentliche Druck und die Solidarität Erfolge bringen können. Der Bochumer wurde sofort in einem unfairen Prozess zu drei Jah-

ren verurteilt. Unter anderem durch den öffentlichen Druck wird sein Verfahren neu aufgerollt, und er kam aus dem Gefängnis.

*Einige eurer Aktivitäten richten sich gezielt an die gefangenen Journalist*innen und anderen Oppositionellen. Bekommt ihr von ihnen Rückmeldungen, welche Bedeutung diese Solidaritätsaktionen für sie haben? Was bedeutet das während der Haft?*

Eine weitere Aktionsform, eine sehr wichtige, wie ich aus eigener Gefängniserfahrung bestätigen kann, ist die Postkarten- und Briefaktion. Postkarten und Briefe sind sehr wichtig für die politischen Gefangenen. Jede Postkarte, jeder Brief bzw. jede Nachricht von draußen gibt den politischen Gefangenen Kraft und Hoffnung. Es ist die schönste Aktionsform der Solidarität.

Wir haben eine Liste von inhaftierten Journalist*innen, Politiker*innen wie z. B. Abgeordneten und Bürgermeister*innen der HDP, deutschen Staatsbürger*innen wie Patrick Kraicker (aus Gießen), Erdener Demirel (aus Duisburg) oder kranken Gefangenen wie der ehemaligen Abgeordneten Aysel Tuğluk oder İsmail Yılmaz (aus Worms) erstellt und schicken diese auch an alle Interessierten, die an unserer Postkartenaktion zu Neujahr oder zum internationalen Weltfrauentag am 8. März mitmachen wollen. An unserer letzten Postkartenaktion zum Neujahr 2022 haben sich mehr als 55 Abgeordnete, Bürgermeister*innen und Ratsmitglieder beteiligt (von allen Fraktionen außer der AfD). Es wurden mehr als dreitausend Postkarten und Briefe an die politischen Gefangenen verschickt.

Durch einzelne Briefe kriegen wir auch die Rückmeldung, dass die Postkarten angekommen sind und ihnen das sehr viel Kraft gibt, weil sie nicht in Vergessenheit geraten.

Soliarbeit vermittelt Zuversicht

Über (Anti-)Knastarbeit aus Sicht eines Gefangenen

Thomas Meyer-Falk, z. Zt. JVA Freiburg

Anti-Knastarbeit hat ganz verschiedene Dimensionen. Da wäre die ganz konkrete Solidarität für und mit Menschen, die wir kennen: deren Namen, Gesichter, Stimmen. Dann die strukturelle Dimension, wenn es um die Forderung der Abschaffung von Gefängnissen geht, wo eine Veränderung einer Vielzahl von Menschen zugutekäme und die eingebettet ist in einen größeren politischen Kontext. Auch die solidarische Arbeit für einzelne ganz konkret von Einsperrung Betroffene kann in ein solches Umfeld integriert sein (zumal im Kontext der Roten Hilfe e. V.), muss aber nicht zwingend.

Das wären nur zwei der Dimensionen von „Draußen“. Von innen heraus, aus Sicht von Gefangenen, und aus der berichte ich situationsbedingt zwangsläufig, hat die erlebte und wahrgenommene Solidarität zum einen diese ganz konkrete Seite. Wo bestimmte Gefangene, auch ich selbst, von draußen Unterstützung erfahren, sei es durch Briefe, Karten, Besuche, aber auch finanzielle Hilfe. Dann die strukturelle Einbettung in den Gesamtkontext einer abolitionistischen Bewegung, die für die Abschaffung von Gefängnissen streitet, wo es auch darum geht, das Leben hinter Gittern für die Menschen draußen erlebbar, nachvollziehbar zu machen, eben durch Berichte.

Zugleich hat die Antiknastarbeit meines Erachtens aber auch eine ganz wesentliche emotionale Funktion: Sie stiftet Zusammenhalt zwischen den Menschen. Ob unter jenen draußen, ob zwischen Menschen drinnen und draußen. Je länger ich in Haft sitze, umso wichtiger erscheint mir die emotionale Dimension der Anti-Knastsolidarität. Wer im Gefängnis landet, ist erst mal auf sich gestellt. Ja, es gibt auch unter Gefangenen Solidarität, aber wenn sich die dicken Stahltore einmal geschlossen haben, betritt der Mensch eine ganz eigene Welt mit eigenen Sitten und Bräuchen und vor allem eine von Isolation geprägte Welt. Damit meine ich dann noch nicht einmal Isohaft als solche, die es auch immer noch gibt, sondern schon die Inhaftierung selbst ist eine Form von Abschirmung. Zurückgeworfen auf sich selbst, in einer kleinen Zelle, mit vergittertem Fenster, kein Smartphone, kein Internet, Besuche nur noch überwacht, die Briefe werden durch das Personal oder das Gericht gegengelesen. Eine Stunde Luft schnappen im Hof. Später, wenn die Untersuchungshaft überstanden ist und der Mensch in Strafhaft sitzt, lockern sich die Bedingungen ein Stück weit, aber was bleibt, ist die Entfremdung von der Außenwelt.

Deshalb ist die konkrete Anti-Knast- und Soliarbeit auch so wichtig. Denn sie gibt jenen Menschen, die hinter Gittern sitzen, Halt und vermittelt eine feste Zuversicht auf das Morgen. Zugleich weiß ich auch, würde sich diese Soliarbeit in der Begleitung einzelner Betroffener erschöpfen, es wäre zum einen nicht zu schaffen, alleine hierzulande gibt es um die 60.000 Inhaftierte. Zum anderen würde es letztlich auf die Stabilisierung des Status quo hinauslaufen, weshalb auch die eingangs erwähnte strukturelle Dimension unerlässlich erscheint.

Ich überblicke aus eigener Erfahrung nun über 25 Jahre, und es war teilweise ein Auf und Ab. Es gab Jahre, in denen sich diverse Soligruppen bildeten, um über Alternativen zu Gefängnissen nachzudenken und dafür zu streiten, sich wieder auflösen, um dann andernorts neu zu wachsen. Nicht nur abstrakt zu wissen, nicht „vergessen“ zu sein von der Welt vor den Mauern, sondern es spürend zu erfahren, das erscheint mir wichtiger denn je. Inhaftierte, die Unterstützung erleben, dienen zugleich auch nach innen als Multiplikator*innen, denn andere Menschen in Haft erfahren davon, sie hören oder sehen die Demonstrationen vor den Haftanstalten und erfahren, es gibt ganz ernsthaft Menschen dort draußen, die für eine gesellschaftliche Umwälzung eintreten, in deren Folge dann auch Gefängnisse sukzessive abgeschafft würden. Für nicht wenige Insass*innen eine schier unerhörte Vorstellung: Menschen, die nicht etwa ihre weitere Einknastung fordern, sondern ihre Freilassung!

Die Einzelhilfe, das erscheint mir zentral, sollte immer eingebettet sein in Strukturen; das ist nicht nur wichtig, um als Einzelperson mit den Belastungen umzugehen, die eine solche konkrete Unterstützung mit sich bringen kann, denn wer nimmt es auf die leichte Schulter zu wissen, dass Menschen in Zellen eingesperrt sind, erst recht wenn eine persönliche Beziehung zu diesen besteht. Zum anderen, um in einem größeren Zusammenhang mittel- und langfristig eine Abschaffung des Systems der Einsperrung von Menschen erreichen zu können. Kaum in den nächsten Jahren, vielleicht nicht einmal in Jahrzehnten – aber um eines Tages dorthin zu kommen, muss heute begonnen werden ...

► freedomforthomas.wordpress.com





Postzensur und andere Schikanen Zur Lage des Gefangenen Musa Aşoğlu aus Hamburg

I Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen, Hamburg

Musa Aşoğlu ist ein linker Aktivist, der seit über fünf Jahren wegen des § 129b (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland) eingesperrt ist. Seine Verfolgung wird damit begründet, dass er in der türkischen kommunistischen DHKP-C tätig gewesen sein soll. Er ist seit seiner Inhaftierung 2016 Sonderhaftbedingungen ausgesetzt: Erst der Isolationsfolter im Untersuchungsgefängnis Holsentenglacis und jetzt einer starken Zensur in der Hamburger Strafanstalt Billwerder.

Abteilungsleiterin Frau Candan teilte Musa Folgendes mit: „Sowohl die 2/3-Entlassung als auch der offene Vollzug und die gelockerten Maßnahmen sind für Sie ausgeschlossen. Ihre gesamte Strafe werden Sie unter strengen Haftbedingungen verbüßen. (...) So erscheinen mir die Befehle von oben.“

Zusätzlich darf Faruk Ereren, der neun Jahre in der Türkei und auch sieben Jahre hier inhaftiert war, ihn nicht besuchen.

Die drakonischen Bedingungen der Klassenjustiz gegen Musa sind bis heute noch nicht aufgehoben worden!

Zensur gegen alle Gefangenen in der JVA Billwerder

Musa teilte uns telefonisch mit, dass der Bezug von Büchern in der Justizvollzugsanstalt (JVA) in Hamburg nur noch über zwei bürgerliche Läden möglich ist. Über Amazon ist auch nichts mehr möglich, weil über diesen Versand angeblich Drogen in den Kerker geschickt worden sind. Wir sehen das als billigen Vorwand, um den Knast weiter dichtzumachen. Schon nach der Knastumgebung im März wurden die Proteste mit ähnlichen Vorwürfen diffamiert.

Funktion der Zensur

Christa Eckes stellte 1988 als Gefangene aus der RAF fest: „Die Gefangenen sind eben immer greifbar, und Manipulationen bei der brieflichen Kommunikation sind ein einfaches und einschneidendes Mittel gerade unter den Bedingungen der Isolation.“

(aus: Gisela Dutzi (Hg.), Briefwechsel: Christa Eckes – Hüseyin Çelebi, April 1988 – Dezember 1989, edition cimarron, 2021, S. 21)

Musa betont, das es nicht um eine Kampagne gehe, welche sich nur mit seiner Person befasst, sondern um bessere Bedingungen für alle Gefangenen!

Er freut sich über Post.

AZADÎ

FREIHEIT

für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

Solidarität • Öffentlichkeitsarbeit • Unterstützung

Informationen:
AZADI e.V.
Hansaring 82
50 670 Köln
Tel: 0221/16 79 39 45
Fax: 0221/16 79 39 48
mail: azadi@t-online.de
web: www.nadir.org/azadi

Spenden:
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE80 4306 0967 8035 7826 00

Es bleibt kompliziert

Jungle World · Wochenzeitung

§ 129b-Verfahren gegen kurdische Aktivist*innen in Deutschland Verhaftungen, Anklagen und Verurteilungen wegen legaler politischer Betätigung in Deutschland gehen weiter

I Rechtshilfefond Azadî e. V.

Auch im zurückliegenden Jahr 2021 vertiefte die deutsche Bundesregierung ihre enge diplomatische Zusammenarbeit mit der Türkei und damit, leider wie gewohnt, die Repression gegen Aktivitäten und Aktivist*innen im Umfeld der kurdischen Befreiungsbewegung.

Im Zusammenhang mit dem § 129b StGB (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung) kam es zu neuen Verhaftungen, Anklagen und Prozessöffnungen. Vier Aktivisten wurden im letzten Jahr neu festgenommen, und es wurde Anklage gegen sie erhoben. Bei den Festgenommenen handelt es sich um Mirza B. (Festnahme Nürnberg), Abdullah Ö. (Festnahme Heilbronn), Mazlum D. (Festnahme Heilbronn) und Merdan K. (Untersuchungshaft Stuttgart-Stammheim).

In allen Fällen beruht die Anklage im Wesentlichen auf über Monate durchgeführten Telefonüberwachungen. Zur Last gelegt werden den Angeklagten politische Aktivitäten, etwa Vereinsmitglieder zur Teilnahme an Veranstaltungen mobilisiert oder Spendenkampagnen durchgeführt zu haben. Bis auf wenige Ausnahmen sind Anklagen gemäß § 129b StGB immer mit Untersuchungshaft unter verschärften Isolationsbedingungen verbunden, wozu etwa Trennscheibe, Kontrollrichter*in und Besuchsüberwachung in Anwesenheit von LKA-Beamten*innen gehören.

Als spektakulärstes § 129b-Verfahren ging am 30. April 2021 der Prozess gegen fünf Beschuldigte vor dem Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart zu Ende. Der Hauptangeklagte Veysel S. wurde wegen Mitgliedschaft in der PKK als Regions- und Gebietsleiter von Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg und wegen versuchter räuberischer Erpressung, Freiheitsberaubung und gemeinschaftlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten verurteilt. Die Angeklagten Özkan T. und Agit K. erhielten wegen derselben Tatvorwürfe drei bzw. vier Jahre Haft. Cihan A. und Evrim A., ebenfalls angeklagt, wurden jeweils zu eineinhalb Jahren auf Bewährung verurteilt. Anklage und Verurteilung fußen fast ausschließlich auf den Aussagen

des Kronzeugen Ridvan Ö. Der hatte angegeben, von den Angeklagten geschlagen, gewaltsam entführt, in einen Keller gesperrt, dort von maskierten und bewaffneten Männern bedroht und wieder geschlagen worden zu sein und all dies nur, weil er nicht mehr für die PKK aktiv sein wolle. Obwohl das Gericht letztlich nicht unhinkam, die Einlassungen des Kronzeugen zum großen Teil als Lügenmärchen zu bewerten, wurden die Angeklagten zu teils hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

Bereits am 19. Februar 2021 endete das Verfahren gegen Gökmen Ç. vor dem OLG Koblenz mit einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und fünf Monaten.

Das OLG Stuttgart verurteilte am 19. Oktober 2021 den politischen Aktivistin Kamuran Y. V. wegen Mitgliedschaft in einer „ausländischen terroristischen Vereinigung“ nach §§ 129, 129a, 129b StGB zu zwei Jahren und sieben Monaten Haft. Kamuran Y. V. wurde am 1. November 2019 auf Veranlassung bundesdeutscher Strafverfolgungsbehörden am Flughafen Zürich fest- und in Auslieferungshaft genommen. Die Vorwürfe gegen ihn lauten, 2014 in verantwortlicher Funktion für die Jugendstrukturen der PKK in Stuttgart tätig gewesen zu sein und hierbei auch junge Menschen für den bewaffneten Kampf angeworben zu haben. Azadî verurteilt insbesondere, dass die Verurteilung auf Aussagen polizeilicher Informant*innen beruhte, die aufgrund von staatlichen Sperrvermerken nicht vor Gericht geladen und von der Verteidigung vernommen werden konnten. In der Hauptverhandlung traten lediglich die Quellenführer der Informant*innen auf, die dann sinngemäß das wiedergaben, was ihnen diese Informant*innen vor mehr als fünf Jahren berichtet haben sollen.

Ein weiteres § 129b-Verfahren findet aktuell gegen Mustafa T. vor dem OLG München statt. Der Prozessauftritt war am 6. Oktober 2021.

Auch im neuen Jahr gehen die Prozesse weiter. Im Februar 2022 starten die



Berlin, 27.11.2021, Foto: Kai Schwerdt, CC BY-NC 2.0

Verfahren gegen Mazlum D. und Salman K., der sich – ungewöhnlich in § 129b-Verfahren – nicht in Untersuchungshaft befindet.

Aber auch nach der Haftentlassung hören staatliche Schikanen gegen die nach § 129b StGB verurteilten Personen nicht auf. Quasi automatisch wird ihnen der Asylstatus, falls vorhanden, aberkannt, und sie werden aus Deutschland ausgewiesen. Auch wenn dies aufgrund internationaler rechtlicher Bestimmungen in der Regel nicht umgesetzt werden kann, erleiden die Betroffenen erhebliche Nachteile. Mit der Ausweisung erlischt die Arbeitserlaubnis, und in der Regel wird ihre Freizügigkeit auf die jeweilige Stadt oder den Landkreis beschränkt, verbunden mit Meldeaufgaben bei der örtlichen Polizei.

Eine Besonderheit des § 129b StGB besteht darin, dass das Bundesjustizministerium bei Strafverfolgung seitens der Staatsanwaltschaften explizit zustimmen muss. Hier wäre ein Ansatz, auf die neue Bundesregierung öffentlich Druck auszuüben, um diese gegen die PKK pauschal erteilte Verfolgungsermächtigung zurückzunehmen.

Schikanen gegen kurdische § 129b-Gefangene Gefangenenbetreuung durch Azadî e. V.

I Rechtshilfefond Azadî e. V.

Solidarität mit den politischen Gefangenen sollte für jede linke und internationalistische Organisation eine Selbstverständlichkeit sein. Aber im Alltag gestaltet sie sich schwierig. Es ist ja gerade der Sinn, die Gefangenen von der Außenwelt zu isolieren. Bei der Solidaritätsarbeit von Azadî mit Inhaftierten, die wegen ihrer politischen Aktivitäten für die kurdische Befreiungsbewegung verurteilt wurden oder sich in Untersuchungshaft befinden, ergeben sich zusätzliche Schwierigkeiten. Zum einen ist es die Sprache. Die meisten Gefangenen, die in den letzten Jahrzehnten von Azadî betreut wurden, hatten keine oder nur geringe Kenntnisse der deutschen Sprache. Um über Briefe in Kontakt zu treten und zu bleiben, müssen erst mal in beide Richtungen Übersetzungen erfolgen. Bei Gefangenen in U-Haft unter den verschärften Bedingungen des § 129b (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung) kommt noch ein sehr engmaschiges Kontrollsystem hinzu,

welches die Auslieferung von Post ebenfalls in beide Richtungen verzögert. Daher beschränken wir uns als Azadî im Wesentlichen auf kleinere Aufmerksamkeiten wie etwa Grußkarten zum kurdischen Neujahrsfest Newroz.

Die Solidarität mit den kurdischen Gefangenen in Deutschland erfolgt unsererseits hauptsächlich materiell. Viele Gefangene befanden sich vor ihrer Verhaftung nur wenige Jahre in Deutschland und waren vor ihrer Einreise mitunter Jahrzehnte in türkischen Gefängnissen oder in den kurdischen Bergen. Das heißt, dass viele hier auch keine Familienangehörige haben, die sie unterstützen könnten. Daher überweisen wir als Azadî aktuell jedem Gefangenen 110 Euro im Monat für Einkäufe im Gefängnis – etwa Zigaretten und Zusatznahrung. Des Weiteren finanzieren wir Zeitungsabonnements, zumeist in türkischer oder kurdischer Sprache. Beim Bezug der von den Gefangenen oft bestellten prokurdischen Zeitung Özgür Politika müssen sich die Anwalt*innen

auch regelmäßig mit Zensurbemühungen auseinandersetzen. Wir versuchen auch, die Nachfrage der Gefangenen nach Bücherlieferungen zu erfüllen. Allerdings treten auch hier nach dem 2019 erfolgten Verbot des Mesopotamien-Verlags, der sich auf kurdische Literatur spezialisiert hatte, Probleme auf, den Anfragen nachzukommen.

Vor allem wenn sich die Gefangenen noch in U-Haft befinden, ist es natürlich auch ein wichtiges Zeichen von Solidarität, die entsprechenden Gerichtsverhandlungen zu besuchen. Das können wir als Azadî natürlich nicht flächendeckend, sondern nur sporadisch. Oft bilden sich aber vor Ort solidarische Prozessgruppen, zu denen wir versuchen, Kontakt zu halten. Daher auch noch einmal ein Appell von uns, vielleicht auch mal einen dieser Prozesse zu besuchen, wenn der in eurer Nähe ist und ihr davon erfahrt. Die Prozesstermine, von denen wir wissen, veröffentlichen wir regelmäßig über unser Azadî-Info und auch die kurdischen Nachrichtenagentur ANF.



Anarchist*innen und Ex-Militante im Visier

Politische Gefangene in Italien

I Rote Hilfe OG Landshut

Aktuelle anarchistische Strukturen und Ex-Militante der 1970er- und 1980er-Jahre, die heute in Frankreich leben, standen im Fokus der wichtigsten italienischen „Operationen“ des vergangenen Jahres.

„Operazione Prometeo“

Nach mehr als 28 Monaten Untersuchungshaft wurden die anarchistischen Genoss*innen Beppe Bruna, Natascia Savio und Robert Firozpoor am 4. Oktober 2021 wegen „Mangels an Beweisen“ freigesprochen. Ihnen war vorgeworfen worden, im Jahr 2017 drei Paketbomben an einen ehemaligen Strafvollzugsdirektor und zwei Turiner Staatsanwälte verschickt zu haben. Natascia nutzte die Öffentlichkeit der Verhandlung zu einem Hungerstreik, um ihre Verlegung aus Santa Maria Capua Vetere zu erreichen. Der berühmte Knast nahe Neapel machte im Mai 2020 weltweit Schlagzeilen, als Videos an die Öffentlichkeit kamen, die dortige brutale und entwürdigende Misshandlungen Gefangener dokumentieren. Während Natascia und Robert freikamen, wurde Beppe zunächst noch wegen eines anderen Strafurteils in Haft gehalten. Am 13. November wurde sein Antrag auf Überstellung in den Hausarrest angenommen, in dem er sich nun auf Sizilien befindet.

„Operazione Sibilla“

Im Knast von Terni (zwischen Perugia und Rom) befindet sich derzeit Alfredo Cospito, der seit 2012 eine 20-jährige Haftstrafe verbüßt, v. a. weil er dem Chef der staatlichen Atomagentur in die Beine geschossen hatte. Seit Mitte November 2021 sieht er sich nun einem weiteren Vorwurf gegenüber: Gemeinsam mit anderen Genoss*innen von draußen soll er seit 2016 die anarchistische Zeitung Vetrìolo herausgegeben und damit zu Straftaten angestiftet haben. Die veröffentlichten Texte seien Aufrufe zum Umsturz der bestehenden Ordnung, das Zeitungsprojekt eine subversive Vereinigung zum Zwecke des Terrorismus (Art. 270bis). Im Rahmen der Operation Sibilla wurden Alfredo und fünf weitere Genoss*innen angeklagt. Einer von ihnen wurde unter Hausarrest gestellt, den anderen wurden Aufenthalt- und Meldepflicht auferlegt. Zudem wurden die Websites roundrobin.info und malacoda.noblogs.org vorübergehend italienweit gesperrt.

„Operazione Bialystok“

Nach neun Monaten Haft wurden im März 2021 vier anarchistische Genoss*innen aus Rom entlassen. Sie waren im Juni 2020 bei einer internationalen Operation, die sich in Italien v. a. gegen das soziale Zentrum „Bencivenga Occupato“ in Rom richtete, unter dem Vorwurf der „subversiven Vereinigung zum Zwecke des Terrorismus“ verhaftet worden. Die Operation Bialystok sollte Beweise für die staatsanwaltliche These erbringen, dass es eine anarchistische Zelle gebe, die für verschiedene Taten der letzten Jahre, vom Sprengstoffanschlag auf eine Carabinieri-Station bis zu Solidaritätsdemos vor Knästen, verantwortlich sei. Ihren Namen verdankt die Operation dem in Teilen der anarchistischen Szene Italiens populären Buch „Anarchici di Bialystok 1903-1908“. Im Juli 2021 kam auch der fünfte und letzte in Italien verhaftete Genosse frei.

„Operazione Ombre rosse“

Seit Jahrzehnten fordert Italien von Frankreich die Auslieferung italienischer Ex-Militanter. Mehr als 200 von ihnen hatten während der Präsidentschaft von François Mitterrand (1981-1995) dort Zuflucht vor der italienischen Strafverfol-

gung gefunden. Selbst unter den konservativen Präsidenten Chirac und Sarkozy kam es nur zu ganz wenigen Auslieferungsverfahren, aber Emmanuel Macron hatte Anfang 2021 mit der so genannten Mitterrand-Doktrin gebrochen und der französischen Staatsanwaltschaft zehn Namen geliefert. Am 28. April 2021 wurden folglich fünf ehemalige Mitglieder der Brigate Rosse (BR), ein ehemaliges Mitglied der Nuclei Armati per il Contropotere Territoriale und eines von Lotta Continua in Frankreich verhaftet, die restlichen drei haben sich nach anfänglichem Untertauchen mittlerweile gestellt. In Italien waren sie wegen Taten in den 1970er- und 1980er-Jahren zu Haftstrafen von elf Jahren bis lebenslang verurteilt worden.

Ob die mittlerweile 61 bis 77 Jahre alten Ex-Militanten tatsächlich ausgeliefert werden und ihr restliches Leben in italienischen Knästen zubringen müssen, hängt davon ab, wie die derzeit laufenden Berufungsverfahren vor dem französischen Obersten Gerichtshof ausgehen. Derzeit sind alle auf freiem Fuß und warten auf die entscheidenden Anhörungen, nach denen über die Auslieferungen entschieden wird. Über die Fälle von Giorgio Pietrostefani, früher führendes Mitglied von Lotta Continua und zu mehr als 14 Jahren Haft verurteilt, und Enzo Calvitti (66, BR, verurteilt zu 18,5 Jahren Haft) soll am 23. März 2022 entschieden werden. Am 30. März werden Giovanni Alimonti (65, BR, 11,5 Jahre Haft) und Narciso Manenti (63, Nuclei Armati per il Contropotere Territoriale, lebenslang) an der Reihe sein. Am 6. April finden die Anhörungen für Roberta Cappelli (65, BR, lebenslang) und Marina Petrella (66, BR, lebenslang) statt. Am 13. April folgen Anhörungen zu Sergio Tornaghi (63, BR, lebenslang) und Raffaele Ventura (72, Autonomia Operaia, 24 Jahre Haft) und am 20. April zu Luigi Bergamin (73, Proletari Armati per il Comunismo, 16 Jahre elf Monate) und Maurizio Di Marzio (61, BR, hat noch fünf Jahre und neun Monate von insgesamt 14 Jahren offen). Bergamin und Di Marzio können darauf hoffen, dass das Gericht ihre Auslieferung wegen Verjährung der Strafe ablehnt.

19 Langzeitgefangene

Die Website prigionierinelloblio.noblogs.org führt aktuell folgende langzeitinhaftierten Genoss*innen auf, die den Brigate Rosse oder ihnen nahestehenden Gruppen angehörten:

Barbara Fabrizi, seit 1983, Rebibbia
Maria Cappello, seit 1988, Rebibbia
Carlo Garavaglia, seit 1983, Terni
Rossella Lupo, seit 1988, Rebibbia
Antonino Fosso, seit 1988, Terni
Stefano Minguzzi, seit 1988, Terni
Roberto Morandi, seit 2003, Spoleto*
Stefano Scarabello, seit 1982, Alessandria
Michele Mazzei, seit 1988, Terni
Susanna Berardi, seit 1982, Rebibbia
Nicola de Maria, seit 1981, Alessandria
Vincenza Vaccaro, seit 1988, Rebibbia
Simone Boccaccini, seit 2003, Alessandria
Franco Grilli, seit 1988, Terni
Fabio Ravalli, seit 1988, Terni
Nadia Lioce, seit 2003, L'Aquila*
Cesare di Lenardo, seit 1981, Terni
Marco Mezzasalma, seit 2003, Opera (Milano)*
Francesco Donati, seit 1983, Alessandria

* in Isolationshaft nach Art. 41bis des italienischen Strafvollzugsgesetzes

Baskenland:

Andere Konfrontation

Der Staat verweigert Freilassungen und einen Dialog

I Uschi Grandel, Euskal Herriaren Lagunak – Freundinnen und Freunde des Baskenlands

Wie an jedem ersten Samstag im neuen Jahr führten Angehörige der baskischen politischen Gefangenen auch am 9. Januar 2022 die Demonstration für ihre inhaftierten Kinder, Partner*innen oder Eltern an. Ihre Organisation „Etixerat – nach Hause“ organisiert Solidarität für die immer noch knapp 200 baskischen politischen Gefangenen. Wegen der Pandemie wurde anstelle der traditionellen Großdemonstration in Bilbo (Bilbao) an etwa zweihundert Orten parallel dezentral demonstriert. Zehntausende beteiligten sich.

In diesem Jahr richtete sich der Protest besonders gegen das strafverschärfende Haftregime, dem die baskischen politischen Gefangenen immer noch unterworfen sind. Noch immer ist die Mehrheit der baskischen Gefangenen auf Gefängnisse außerhalb des Baskenlands verteilt, auch wenn mittlerweile 71 von aktuell 197 Gefangenen in Knästen im Baskenland inhaftiert sind. Aber das Sagen hat auch in diesen Fällen das berühmte Sondergericht Audiencia Nacional in Madrid. So untersagte das Gericht der Direktion des in der Nähe von Donostia-San Sebastián gelegenen Knastes Martutene, den baskischen Gefangenen Mikel Arrieta freizulassen. Dabei hat der unheilbar kranke Mann aus Erreterria mit 21 Knastjahren bereits drei Viertel seiner Strafe verbüßt. In einer ähnlichen Situation befinden sich insgesamt 19 schwer kranke Gefangene.



In Baiona (Bayonne) waren die Namen dreier Gefangener allgegenwärtig: Ion Parot, Jakes Esnal und Unai Parot sitzen seit 31 Jahren in französischen Knästen. Lautstark war die Forderung nach ihrer Freilassung zu hören. Genauso wie die Forderung an die spanische und auch an die französische Regierung, sich der Lösung dieses Konflikts nicht länger zu verweigern. Denn inzwischen sind mehr als zehn Jahre vergangen, seit ETA (Euskadi Ta Askatasuna – Baskenland und Freiheit) im Oktober 2011 unilateral das Ende ihres bewaffneten Kampfes verkündete:

„Aus Sicht von ETA ist die internationale Konferenz (von Aiete), die vor Kurzem in Euskal Herria (dem Baskenland) stattfand, eine Initiative von großer politischer Tragweite. Ihre Abschlusserklärung enthält alle Bestandteile einer gesamtheitlichen Lösung des Konflikts und hat die Unterstützung großer Teile der baskischen Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft. (...) Wir stehen vor der historischen Möglichkeit einer gerechten und demokratischen Lösung des alten politischen Konflikts. (...) Deswegen hat ETA das endgültige Ende ihres bewaffneten Kampfes entschieden. ETA appelliert an die Regierungen von Spani-

en und Frankreich, einen direkten Verhandlungsprozess zu eröffnen, der als Ziel eine Lösung für die Konsequenzen des Konflikts und damit ein Ende des bewaffneten Konflikts hat.“

David Pla aus Iruñea (Pamplona), der Hauptstadt von Nafarroa (Navarra), war damals derjenige, der „der Entscheidung der ETA die Stimme verlieh“, wie er es im Oktober 2021 in einem Interview im katalanischen Fernsehen ausdrückte. Am Anfang des 16-minütigen Interviews geht es um die Hintergründe dieser Entscheidung:

Frage: Genau vor zehn Jahren warst du das unter der Kapuze, der den endgültigen Waffenstillstand von ETA verkündet hat. Wie Erinnerst du dich an diesen Tag?

David Pla: Das war (...) für uns ein historischer Moment. Denn wir repräsentieren nicht nur uns selbst, sondern Jahrzehnte des Kampfes all derer, die daran beteiligt waren.

Wie hat sich seither dein Leben verändert?

(Mit unserer Erklärung) wollten wir einen Prozess des Dialogs und der Lösung des politischen Konflikts ermöglichen. Dann wurde ich verhaftet, war (für fünf Jahre) im Knast. Heute führe ich ein Leben, das man weitgehend normal nennen kann.

Herrscht heutzutage Frieden in Euskadi?

Wir begreifen Frieden als Lösung des politischen Konflikts. (...) Man kann es schwerlich als Frieden bezeichnen, wenn immer noch (...) 200 Personen im Knast sind. (...) Die Konfrontation ist anders als vor zehn Jahren. Aber ich glaube, dass es immer noch einen Weg gibt.

Was ist in deinem Fall der persönliche Wendepunkt, der dich zum Umdenken und zum Ende des bewaffneten Kampfes gebracht hat?

Das ist kein persönlicher Wendepunkt. Es war auf kurze Sicht keine Möglichkeit für den Beginn eines Prozesses des Dialogs und der Lösung des Konflikts mit den Regierungen von Spanien und Frankreich zu erkennen. Das hat uns beunruhigt, weil wir uns in einem langen Zyklus der Konfrontation befanden, mit allen Konsequenzen. Deshalb wurde entschieden, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun.

Wie hat der durch die internationale Gemeinschaft zu dieser Zeit ausgeübte Druck die Entscheidung beeinflusst? Oder die Forderung von Teilen der Izquierda Abertzale (der baskischen linken Unabhängigkeitsbewegung) nach einem Waffenstillstand?

Wir haben das nicht als zwangsläufig gesehen, sondern als gute Möglichkeit. Es gab gemeinsame Überlegungen von Kreisen, die weit über ETA hinausgingen und auch die internationale Gemeinschaft einschlossen. Es ging darum, einen historischen Konflikt zu beenden und dafür die Grundlagen zu schaffen. Das geschah damals, und ETA nahm ihre Verantwortung wahr und handelte unilateral, um diesen Prozess zu ermöglichen.“

► (Interview in spanischer Sprache: <https://www.youtube.com/watch?v=YEUxj-AbSWfU>)

Klasse für sich

Drei Wochen gratis lesen.

Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

jungewelt.de/probeabo oder 0 30/53 63 55 84



Erfolterte Aussagen und konstruierter Terrorvorwurf Solidarität mit dem russischen Antifaschisten Viktor Filinkov!

I Rote Hilfe OG Potsdam

Im Jahr 2018 fanden in Russland die Fußball-WM und Präsidentschaftswahlen statt. Anlass für die Sicherheitsbehörden, aufmerksam nach Gegner*innen der Regierung Ausschau zu halten. Als ein halbes Jahr vor den Wahlen, im Oktober 2017, in der südrussischen Stadt Pensa ein Student wegen Drogenbesitzes verhaftet wurde, wurde er zu Aussagen gegen Mitglieder der lokalen linken Szene gezwungen. Kurz nach ihm wurden einige Pensaer Linke verhaftet, die in der Haft geschlagen und mit elektrischem Strom gefoltert wurden. Über Aussagen eines der Verhafteten, der in St. Petersburg festgenommen wurde und dort viele Leute kannte, erschloss der Geheimdienst FSB einen Kreis Petersburger „Verdächtiger“. Im Januar 2019 wurden in St. Petersburg vier Personen verhaftet, darunter der Antifaschist und IT-Aktivist Viktor Filinkov. Auch sie wurden gefoltert.

Viktor war der erste, der, nachdem er Besuch von Anwält*innen erhalten konnte, öffentlich machte, dass der FSB versuchte, mit Folter Geständnisse zu erzwingen. Von den meisten Verhafteten liegen inzwischen Schilderungen dieser Folter vor. Einer von ihnen, Ilja Šakurskij, beschrieb sie so: „Nach einer Weile haben mir drei Menschen mit Masken gesagt, ich solle mich zur Wand drehen und meine Jacke ausziehen. In diesem Moment dachte ich: ‚Ich werde umgebracht.‘ Mir wurde befohlen, den Kopf nicht zu heben und mich auf die Bank zu setzen. Sie haben mir die Augen verbunden, die Hände gefesselt und den Mund mit einer Socke verstopft. Da dachte ich, dass sie meine Fingerabdrücke auf etwas anbringen wollen. Aber dann wurden irgendwelche Kabel an meinen großen Zehen angebracht. Als ich die erste Stromladung spürte, konnte ich das Stöhnen und Zittern nicht zurückhalten. Sie haben diese Prozedur immer wieder wiederholt, bis ich versprochen habe, das auszusagen, was sie mir sagen. Seitdem habe ich vergessen, was ‚Nein‘ bedeutet, ich habe alles gesagt, was auch immer mir die Ermittler sagten.“

Die Anklage, die der FSB durch erfolterte Aussagen untermauern ließ, lautete, dass zwei Pensaer Aktivisten ein terroristisches Netzwerk gegründet hätten. In diesem sollten Anarchist*innen aus verschiedenen Städten – Pensa, St. Petersburg und Moskau – zu „Kampfgruppen“ zusammengefasst werden, Sicherheitskräfte, Behörden, Militärämter und Büros der Partei „Einiges Russland“ angreifen, die politische Situation im Land destabilisieren und einen bewaffneten Aufstand auslösen. Nach Bekanntwerden der Verhaftungen organisierten Aktivist*innen aus St. Petersburg und Moskau eine Solidaritätskampagne. Diese sollte die Angeklagten unterstützen, v. a. aber auch öffentlichen Protest gegen das Verfahren organisieren.

Obwohl die Absurdität des Vorwurfs der Umsturzplanung offensichtlich war und obwohl bekannt war, dass dieser auf erfolterten Aussagen beruhte, wurden die Angeklagten aus Pensa im Februar 2021 wegen Terrorismus und Drogenhandels zu Haftstrafen zwischen sechs und 18 Jahren Lagerhaft verurteilt. Diese drastischen Strafen waren ein Schlag für die Aktivist*innen, die in Moskau und Petersburg gegen Folter und politische Justiz kämpften. Ein zweiter folgte wenig später. Die meisten Angeklagten waren außerhalb Pensas nicht bekannt. Im Februar 2020 veröffentlichte das Online-Journal „Meduza“ umfangreiche Recherchen, wonach ein Teil der Angeklagten aus Pensa zwei Menschen ermordet hatte. Die Veröffentlichung stützte sich u. a. auf Nachforschungen linker Aktivist*innen aus St. Petersburg, darunter der Ehefrau Viktor Filinkovs. Diese waren Gerüchten, die sie aus Pensa gehört hatten, nachgegangen. Ein Teil der in Pensa Verhafteten hatte tatsächlich einen umfangreichen Drogenhandel betrieben, mit dem sie 2017 ins Visier der Sicherheitsbehörden geraten waren. Der drohenden Verhaftung versuchten sie sich durch Untertauchen in den Wäldern der Region zu entziehen. Dabei schloss sich ihnen ein Pärchen aus ihrem Freund*innenkreis an. Als dieses nach einiger Zeit nach Hause zurückkehren wollte, töteten die Untergetauchten die beiden, um zu verhindern, dass sie gegenüber den Sicherheitsbehörden Angaben über deren Aufenthalt machen konnten.



Viktor und Juri im Gerichtssaal

Dies waren nicht die besten Bedingungen für die Unterstützung von Juri Boyarshinov und Viktor Filinkov, die mit dem Mord bei Pensa nichts zu tun hatten und gegen die in Petersburg separat verhandelt wurde. Im Juni 2021 wurde Juri Boyarshinov, der sich im Prozess schuldig bekannt hatte, aber darauf beharrte, nicht gewusst zu haben, als er sich dem Netzwerk anschloss, dass es sich bei diesem um eine terroristische Gruppierung handelte, zu fünf-einhalb Jahren Haft verurteilt. Viktor Filinkov, der die Anklage zurückwies und darauf hinwies, dass die angeblichen Geständnisse erfoltert waren, wurde zu sieben Jahren Straflager verurteilt. Diese muss er unter prekären Bedingungen in einem Straflager im Südrural verbüßen. Um ihn dort zu unterstützen, u. a. durch Anwält*innenbesuche und Geld für bessere Verpflegung, sammelt die RH Potsdam Spenden:

► Rote Hilfe e. V. Potsdam | IBAN: DE1043060967400723835
BIC: GENODEM1GLS | GLS-Bank Bochum | Stichwort: Piter

Legal, illegal, scheißegal Wie Griechenlands Machthaber versuchen, politische Gefangene zu vernichten

I Ralf Dreis, Thessaloníki

Das menschenverachtende Vorgehen der griechischen Regierung gegen politische Gefangene lässt sich sehr gut an drei aktuellen Beispielen zeigen.

Dimitris Koufontinas



Der angekündigte Vernichtungsfeldzug der neoliberal-rechtsradikalen Néa Dimokratía-Regierung gegen Dimitris Koufontinas, den bekanntesten politischen Gefangenen Griechenlands, geht weiter. Direkt nach dem Wahlsieg 2019 wurden ihm nach sechs problemlosen Hafturlauben alle weiteren Ausgänge gestrichen. 2020 wurde Koufontinas dann aus dem Agrargefängnis Vólos in den Hochsicherheitsknast Domokós verlegt. Offen gegen bestehende Gesetze verstoßend und einmalig in der Geschichte griechischer Rechtsprechung lehnte das Amtsgericht Lamía zuletzt, mit Beschluss vom 2. Dezember 2021, seinen Antrag zur Freilassung auf Bewährung ab. Einen solchen Antrag könne er erst im September 2027 nach Ablauf von 25 Jahren Haft stellen. Wie die genossenschaftliche Tageszeitung Efimerída ton Syntaktón vom 3. Dezember 2021 berichtet, wird damit erstmals nicht auf Basis der Strafgesetznung entschieden, laut der bei sich ändernden Gesetzen immer nach der für den Verurteilten günstigsten Gesetzeslage entschieden werden muss. Das Amtsgericht Lamía urteilte – auf Antrag der Staatsanwaltschaft –, dass „eine Gesetzeslücke“ bestanden habe, und bastelte sich die von der Regierung und speziell dem Familienclan des Ministerpräsidenten Kyriákos Mitsotákis erwünschte Gesetzeslage selbst zusammen. Koufontinas, zu mehrmals lebenslänglich verurteiltes ehemaliges Mitglied der 2001/2002 zerschlagenen „Bewaffneten Organisation 17. November“, hatte seine Haftentlassung auf Bewährung beantragt, da er am 5. September 2021 die nötigen 19 Jahre Haft abgesessen hatte. (Zusätzlich werden ihm 8 Jahre Haft angerechnet, die er mit Knastarbeit erarbeitete. In Griechenland können Inhaftierte so ihre Haftzeit verkürzen.) Laut bestehender Rechtsordnung haben alle zu lebenslänglich Verurteilten nach Ablauf von 16 bis längstens 19 Jahren Haft das Recht, ihre Entlassung unter Auflagen zu beantragen. Die Staatsanwaltschaft und das zuständige Amtsgericht entschieden jedoch, dass eine Gesetzeslücke bestand und sich die Min-

desthaftdauer von 19 Jahren auf die zu einmal lebenslänglich Verurteilten beziehe, weshalb Koufontinas nicht darunter falle. Sein Antrag auf Haftentlassung berufe sich mit der Begründung, dass immer die für den Inhaftierten günstigste Rechtslage angewandt werden müsse, auf die alte Strafrechtsordnung, die bis 1. Juli 2019 galt. In dieser sei jedoch kein Unterschied zwischen „lebenslänglich“ und „mehrmals lebenslänglich“ gemacht worden, weswegen alle Verurteilten nach höchstens 19 Jahren Haft mit Auflagen entlassen werden konnten. Die 2019 von der Néa Dimokratía verabschiedete Strafgesetznung sieht vor, dass „mehrmals lebenslänglich“ Verurteilte erst nach 25 Jahren Haft einen entsprechenden Antrag stellen können. Da dieser Unterschied bis 2019 nicht bestand, bestehe kein Rechtsanspruch für Koufontinas, sich auf das „wohlwollendere Recht“ zu berufen. „Der generelle Grundsatz der Anwendung der jeweils günstigeren Strafgesetznung besteht nur in Bezug auf geänderte Gesetze, nicht jedoch in Bezug auf eine günstigere Gesetzeslücke.“

Níkos Maziótis



Am 25. Oktober 2021 veröffentlichte Níkos Maziótis eine Erklärung auf indymedia athens, in der er die Ablehnung seines dritten Antrags auf Gewährung von Hafturlaub öffentlich machte. Maziótis, ein langjähriger Aktivist der anarchistischen Bewegung und Mitgründer der 2014 zerschlagenen bewaffneten Organisation „Revolutionärer Kampf“, wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt. Er hat neun Jahre abgesessen, womit er das Recht auf Freigang besitzt. „So langsam fallen die Masken der Heuchelei, und die wahren Gründe für die Ablehnung meines Antrags auf Hafturlaub werden deutlich. (...) Grund ist mein Text, den ich im vergangenen Juni nach Ablehnung meines 2. Antrags veröffentlichte.“ In der ablehnenden Begründung wird Maziótis vorgeworfen, sich in öffentlichen Erklärungen nicht von kriminellen Taten distanziert, sondern sogar „allgemein dazu ermuntert“ zu haben. Dies führe, zusammen mit der generellen Einschätzung seiner Persönlichkeit, dazu, dass nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden könne, dass er erneut kriminelle Taten begehen könnte. Maziótis bezeichnet den Vorwurf, er ermuntere zu Straftaten, als „offene Lüge“

und verweist darauf, dass „wenn dem so wäre“, man ihn ja strafrechtlich verfolgen könne. „Die klare politische Botschaft der Ablehnung ist folgende: Vertritt nie öffentlich deine politischen Ansichten, kritisiere nicht das System, verleugne deine politische Identität, nur dann kannst du – vielleicht – Hafturlaub bekommen.“ Das sei ein klarer Fall politischer Zensur in dieser angeblichen Demokratie mit vorgegeblicher Meinungsfreiheit. Er stehe dazu, die „politische Verantwortung“ für die Taten der Organisation „Revolutionärer Kampf“ übernommen zu haben, sei all die Jahre politisch konsequent, ohne Überzeugungen zu widerrufen und die Berechtigung der Aktionen infrage zu stellen. Ziel des Staates sei es, Kämpfer*innen „zu brechen, sie zum Abschwören und Bereuen zu bringen, dazu, sich nicht politisch zu äußern und ihre politische Identität und die Praxis des Kampfes zu verlieren.“ Er „weiche keinen Schritt zurück“. Maziótis und die ebenfalls inhaftierte Póla Roupa haben einen elfjährigen Sohn, der vom Staat als Druckmittel gegen beide eingesetzt wird, damit sie abschwören.

Cháris Mantzourídís

Der anarchistische Untersuchungsgefangene Cháris Mantzourídís wurde am 13. Oktober 2021 im Athener Stadtteil Ilísia aufgrund eines „anonymen Anrufs“ verhaftet. Eine übliche Methode, um anarchistische Aktivist*innen ohne Beweise zu inhaftieren. Vorgeworfen wird ihm ein Überfall auf einen Geldboten im Jahr 2018. Einziges Indiz: eine verwischte, undeutliche DNA-Spur auf einem Waffenmagazin, das 2018 in der Nähe des Überfalls gefunden wurde, die Ähnlichkeiten mit seiner DNA aufweist. Nach Panikattacken und zwei Suizidversuchen wurde Mantzourídís in die Psychiatrische Klinik Dáfni und am 24. Dezember in die psychiatrische Abteilung des Korydallós-Gefängnisses verlegt. Die psychische Gesundheit des Genossen ist angegriffen, die Haftverhältnisse sind verheerend und unter Corona-Bedingungen absolut unmenschlich. Überbelegte Zellen, zerschlossene Matratzen auf dem Boden, zerschlagene Fenster, Eiseskälte, Blut und Dreck überall, kaum Kontaktmöglichkeiten nach außen. Es ist offensichtlich, dass die angegriffene Gesundheit des Genossen durch diese Bedingungen weiteren Schaden nimmt. Am 30. Dezember wurde Mantzourídís positiv auf Covid-19 getestet und in eine Isolationszelle gesperrt, sodass der Kontakt zu ihm wochenlang abriß. Erst Mitte Januar 2022 wurde er aus der Isolation wieder in eine „normale“ Zelle der psychiatrischen Abteilung des Knastes in Korydallós verlegt.

Solidarität mit den politischen Gefangenen in Griechenland. Wendet euch an griechische Konsulate in Deutschland!

Sofortige Freilassung von Cháris Mantzourídís

Freigang für Níkos Maziótis

Entlassung auf Bewährung für Dimitris Koufontinas

Solidarität organisieren



Mitglied werden!

info@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

ROTE HILFE E.V.



► Rote Hilfe e. V. Potsdam | IBAN: DE1043060967400723835
BIC: GENODEM1GLS | GLS-Bank Bochum | Stichwort: Piter



Brandstätte Gefängnis

Die Situation der politischen Gefangenen in der Türkei ist katastrophal

I Eren Keskin, Vorsitzende des Menschenrechtsvereins İHD

Die Probleme in den Gefängnissen in der Türkei und Kurdistan, die zu schweren Rechtsbrüchen führen, dringen nur viel zu unzureichend zu uns vor.

Als vor mehr als 20 Jahren, am 19. Dezember 2000, die Umstrukturierungsmaßnahmen zum Isolationshaftsystem in den türkischen Gefängnissen durchgesetzt werden sollten, kam es zu umfang-

medizinischer*innen als „haftfähig“ gelten, weiterhin in den Gefängnissen verbleiben.

Nach Recherchen des Menschenrechtsvereins gibt es derzeit 1.605 Gefangene, unter ihnen Schwerkranke, Herzranke, Krebsranke oder auch Gelähmte, die so krank sind, dass sie nicht mehr im Gefängnis bleiben können. 1.605! Dies ist keineswegs eine geringe

lebt hat, ist sozusagen eine beispielhafte Zusammenfassung dessen, was vielen Gefangenen, die krank und isoliert in den Gefängnissen festgehalten werden, widerfährt ...

Des Weiteren wird während einer Isolationshaft sogar der intimste Bereich der Gefängnisinsass*innen mit Kameras überwacht, was für die Gefangenen ehrverletzend und traumatisch ist. Viele



Das berüchtigte Gefängnis Ulucanlar, Ankara. Hier wurden in den 1970er und 1980er Jahren politische Gefangene gefoltert und insgesamt 18 hingerichtet. 1999 wurde der Kampf der Gefangenen um bessere Haftbedingungen mit einem Massaker beendet. Zehn revolutionäre Gefangene wurden ermordet. 2006 wurde das Gefängnis geschlossen und ist heute ein Museum und Kulturzentrum.

reichen Operationen und Razzien in den Haftanstalten. Innerhalb eines Tages wurde der Wechsel des Systems mit äußerster Brutalität durchgesetzt. Am Ende des Tages waren 42 Menschen in den Gefängnissen getötet worden.

Damals haben wir Menschenrechtsverteidiger*innen sehr heftigen Widerspruch gegen dieses Vorgehen erhoben. Das System der Isolationshaft war bei einem sehr großen Teil der Gesellschaft das Hauptthema ... Wir, die Menschenrechtsverteidiger*innen, haben wiederholt erklärt, dass dies ein unmenschliches System ist, dass Einzelhaft nicht mit den Menschenrechten im Einklang steht und dass die Isolationshaft für viele Tote verantwortlich sein wird.

Der Staat hatte jedoch seine Entscheidung getroffen und ging in den Gefängnissen zum System der Isolationshaft über, wobei er das Töten von Menschen in Kauf nahm.

Über die Jahre sind die Probleme in den Gefängnissen immer größer geworden. Mit der Zeit und aufgrund der fortschreitenden Haftdauer vieler Gefangener sind diese so sehr angewachsen, dass die Situation mittlerweile kurz vor der Explosion steht.

Insbesondere für kranke Gefangene sind die Bedingungen sehr schwierig. Das Justizsystem der Türkei lässt sowohl in Bezug auf die Feststellung von Folter als auch die Haftfähigkeit eines kranken Menschen nur die Berichte der Gerichtsmedizin als Beweismittel zu. Dabei erstellt die Gerichtsmedizin nur rein „offizielle“ Gutachten, denn sie ist als Institution politisch abhängig, wodurch die Gutachten im Sinne der Machthabenden sind. Aus diesem Grund müssen viele Gefangene, die lebensbedrohlich krank sind, aber laut Gutachten der Gerichts-

Zahl. Leider verlassen einige Gefangene nur noch tot die Gefängnisse. Die Familien können also nur noch ihre Leichen entgegennehmen ...

Seit dem Internationalen Tag der Menschenrechte sind bereits sechs Gefangene im Gefängnis verstorben. Das heißt, sechs verstorbene Gefangene seit dem 10. Dezember 2021 (Stand: 9. Januar 2022)! Bei einigen sind die Todesumstände sehr zweifelhaft, andere mussten trotz ihrer Erkrankung aufgrund des Berichtes der Gerichtsmediziner*innen im Gefängnis bleiben und sind an ihrer Erkrankung verstorben. Aber wie gesagt, bei einigen sind die Todesumstände sehr zweifelhaft.

Die Gefangene Garibe Gezer hat sich dafür entschieden, ihrem Leben ein Ende zu bereiten, nachdem sie in strenge Isolationshaft kam. Die Wände ihrer Zelle wurden mit Schaumstoff schalldicht isoliert.

Ihr Tod ist als Reaktion auf diese Haftsituation zu betrachten ... Sie hatte bereits im Juli 2021 ihr Leben zu beenden versucht, um gegen diese Isolationshaft zu protestieren, konnte aber in letzter Sekunde gerettet werden.

Die Gefängnisleitung wusste um das Trauma, das sie aufgrund der Isolationshaft erlitten hatte, und dass sie auch wegen erlittener Folter und sexualisierter Gewalt traumatisiert war. Die Gefängnisleitung ignorierte dies allerdings und verstärkte ihre Isolationshaft. Leider wurde am 9. Dezember 2021 in einer Zelle im Gefängnis Kandıra der leblose Körper von Garibe Gezer aufgefunden, wobei die zweifelhaften Todesumstände Fragen aufwerfen.

Garibe Gezer hat gegen ihre Erlebnisse aufbegehrt, sie hat sich dem Leben im Gefängnis widersetzt und auf ihre Isolationshaft reagiert. Das, was Garibe Gezer er-

weibliche Gefangene beschwerten sich mit den Worten „Jeder Bereich unseres Lebens wird kontrolliert, und wir fühlen uns missbraucht“ über die Videoüberwachung.

Was wir in den Gefängnissen erleben, ist ein in hohem Maße diskriminierender und gewalttätiger Umgang mit den Gefangenen. Verantwortlich für diesen Umgang sind vor allem die Regierenden dieses Landes. Denn die Allianz der AKP mit der MHP führt zu einem immer faschistischeren Vorgehen, das sich nicht nur in den Haftanstalten, sondern in allen Lebensbereichen der Gesellschaft bemerkbar macht.

Auch wenn die türkische Republik im Allgemeinen in allen Gefängnissen das System der Isolations- und Einzelzellenhaft durchsetzt, bleibt das wohl augenscheinlichste Beispiel dasjenige des Gefängnisses auf der Insel İmralı, in dem seit über 20 Jahren der Vorsitzende der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), Abdullah Öcalan, einsitzt.

Die extremen Isolationshaftbedingungen auf İmralı werden seit Jahren ununterbrochen durchgesetzt. Im Widerspruch zum eigenen inländischen Recht und zu international unterzeichneten Abkommen werden dem in İmralı inhaftierten Abdullah Öcalan und den anderen dort Inhaftierten Besuche von Verwandten und Rechtsanwält*innen verweigert. Dies steht nicht nur im Widerspruch zu internationalen Vereinbarungen bezüglich der Rechte von Gefangenen, es verletzt sogar geltendes türkisches Recht.

Wir denken, dass alle Menschenrechtsverteidiger*innen Stellung zu diesem Thema beziehen müssen und am gleichen Strang ziehen sollten. Insbesondere die internationale Solidarität ist in diesem Punkt von großer Bedeutung.

Angehörige gegen die Willkür der Justiz

Neues von den organisierten Gefangenen in Chiapas und ihren Unterstützer*innen

I Solikreis mit No Estamos Todxs

In Mexiko werden Gefängnisse, die sog. Sozialen Wiedereingliederungszentren (CERESOS), auch „Fabriken von Schuldigen“ genannt. In den vergangenen Jahren haben wir in dieser Sonderzeitung über willkürliche Verhaftungen von indigenen Personen und die Verflechtungen von u. a. Rassismus, Kapitalismus und Aufstandsbekämpfung in Chiapas berichtet. Unser Fokus lag dabei auf dem Widerstand der Selbstorganisation von Gefangenen und deren Unterstützer*innen. Gegen die Willkür der Justiz organisiert sich auch das „Colectivo de Familiares de Presos en Lucha“ (Kollektiv von Familienangehörigen Gefangener im Kampf).

Seit Beginn eines koordinierten Hungerstreiks von Gefangenen in zwei Knästen (siehe Sonderzeitung zum 18. März 2020) hatten sich Familienangehörige zusammengetan und Kundgebungen, Solidaritätsfasten und Pressekonferenzen (mit-)veranstaltet. Das Kollektiv besteht mehrheitlich aus Frauen, darunter Mütter, Schwestern und Partnerinnen. Teil davon ist Susana de la Cruz, die Schwester von Juan de la Cruz, der zwölf Jahre und neun Monate zu Unrecht in Haft war. Auch nach seiner Freilassung 2019 sind Susana und ihre Mutter weiterhin aktiv. Wir sind sehr dankbar, dass uns Susana für diese Ausgabe von ihren Kämpfen berichtet hat.

Sich zu organisieren ist, wie Susana es beschreibt, alles andere als leicht: „In den meisten Fällen haben wir die Verantwortung, uns von morgens bis abends um den Haushalt zu kümmern, Kinder aufzuziehen, auf dem Feld zu arbeiten und für die Verteidigung des Partners, des Sohnes oder des Bruders zu sorgen – das ist eine Herausforderung für alle. Für manche ist es noch mehr: Sie müssen in den Medien sprechen oder anfangen, Spanisch zu lernen.“ So ist die Begleitung von Gefangenen auch mit großen emotionalen und finanziellen Belastungen verbunden. Oftmals liegen die CERESOS weit entfernt, daher sind Besuche nur selten möglich; um Fahrt- und Anwalt*innenkosten aufzubringen, müssen sich Familien verschulden. Dazu kommen Kriminalisierung und Diskriminierung auf verschiedenen Ebenen: „Wir leben mit der Kritik und Kriminalisierung durch die Gesellschaft, weil ein Familienmitglied im Gefängnis sitzt, und zusätzlich mit der Diskriminierung durch die Behörden, weil wir zur indigenen Bevölkerung gehören.“

„Jetzt gewinnt der Kampf wieder an Kraft, um die Fälle noch sichtbarer zu machen“

Nach mehr als 130 Tagen Hungerstreik nahm das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas gemeinsam mit dem Angehörigenkollektiv Kontakt zur UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen auf, um Druck auf die mexikanische Regierung auszuüben und die Fälle auch international bekannter zu machen.

Die Arbeitsgruppe der UN untersuchte daraufhin im Sommer 2020 die Fälle von fünf indigenen Männern, die am Hungerstreik beteiligt waren. Adrián Gómez, Germán López, Abraham López, Juan de la Cruz und Marcelino Ruiz waren zwischen 2002 und 2011 in Chiapas verhaftet worden. Sie wurden wegen Verbrechen wie Entführung und Mord angeklagt, waren bis zu 15 Jahre lang in Untersuchungshaft und wurden schließlich zu Haftstrafen zwischen 20 und 75 Jahren verurteilt.

Die Arbeitsgruppe der UN stellte fest, dass die genannten Personen während ihrer Inhaftierung gravierenden Verstößen gegen ordnungsgemäße Verfahren ausgesetzt waren. Die willkürlich Inhaftierten (gegen sie lagen keine Haftbefehle vor) mussten Folter erleiden und kamen übermäßig lang in Untersuchungshaft. Nach Abschluss ihrer Untersuchung legte die Arbeitsgruppe der mexikanischen Regierung ihre Informationen vor und verlangte eine Stellungnahme.

Die mexikanische Regierung stritt die Vorwürfe ab und kam in einem Antwortschreiben zum Schluss, es hätte sich um „angemessene, notwendige und verhältnismäßige“ Festnahmen gehandelt. Des Weiteren bat die Regierung die Arbeitsgruppe, von weiteren Untersuchungen abzusehen.

Am 4. November 2021 veröffentlichte die Arbeitsgruppe ihre Stellungnahme (43/2021) und erklärte damit, dass es sich aufgrund der Umstände der Festnahmen, Folter und fehlender Prozesse um willkürliche Inhaftierungen gehandelt hat. Sie forderte die sofortige Freilassung der Geschädigten, eine vollständige Wiedergutmachung des entstandenen Schadens sowie die Untersuchung zahlreicher Menschenrechtsverletzungen.

Juan und Adrián kamen noch vor der Veröffentlichung der Stellungnahme aus dem Gefängnis frei (letzterer nach 17 Jahren und acht Monaten am 7. September 2021). Bisher gab es jedoch keinerlei Wiedergutmachung seitens der Regierung. Mehr noch: Auch nach der Befreiung von Juan leben er und Susana in einer Bedrohungslage. Wenige Wochen nach seiner Freilassung gab es Morddrohungen gegen die Familie. Susana ging für einige Monate als Teil eines Schutzprogramms für Menschenrechtsverteidiger*innen nach Katalonien, und auch Juan musste in Sicherheit gebracht werden.

„Wir lernen neue Formen der gegenseitigen Fürsorge und Unterstützung“

Da der mexikanische Staat keinerlei Schutz bietet, sind es andere Formen, die das Überleben sichern: „Diejenigen von uns, die sich hier in der Gefahrensituation befinden, passen aufeinander auf und sind sehr vorsichtig. Die Solidarität so vieler gutherziger Menschen, die sich um unser Leben sorgen, die spüren, was wir durchmachen, und das Wissen, dass wir nicht allein sind, das ist unsere größte Motivation.“ Das Angehörigenkollektiv lädt ein, sich an den Aktionen für die Freiheit der fehlenden compañeros zu beteiligen.

Fotos mit der Forderung der sofortigen Freilassung von Marcelino, Germán und Abraham und dem #stoptortura oder solidarische Botschaften können geschickt werden an: stoptortura5@gmail.com



Solidarität

über das Leben hinaus

Die Rote Hilfe e.V. unterstützt alle, die für eine bessere und gerechtere Welt kämpfen.

Mit einer Berücksichtigung der Roten Hilfe e.V. in Deinem Testament kannst Du Solidarität mit denen leisten, die diese Ideale und Kämpfe weiterführen. Bitte melde Dich bei uns, wenn Du an diesem Thema interessiert bist und den Bestand der Roten Hilfe e.V. mit einem Vermächtnis unterstützen willst.

nachlass@rote-hilfe.de
Rote Hilfe e.V. – Postfach 3255
37022 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 – 7 70 80 08



Was tun wenn´s brennt?



Ab jetzt kein Wort mehr!

**Keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwaltschaft!
Keine Zusammenarbeit mit den staatlichen Repressionsorganen!**

ROTE HILFE E.V.
Bundesgeschäftsstelle,
Postfach 3255, 37022 Göttingen
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

www.rote-hilfe.de ★ www.aussageverweigerung.info

nd

Überall und zu jeder Zeit lesen!



4 Wochen testen für nur 15 Euro

- Jederzeit digital lesen mit nd APP und nd E-PAPER
- Jeden Samstag nd DIE WOCHE im Briefkasten
- Einmalig OXI – die ökonomiekritische Monatszeitung

Kombi-Mini-Abo – Jetzt bestellen!
dasnd.de/kombiminiabo
Aboservice: (030) 2978-1800

Drei Überlegungen zum Kampf in den Gefängnissen in Kolumbien

Die Haftbedingungen für politische Gefangene verschärfen sich immer mehr

I Kollektiv der Politischen Gefangenen in COJAM Jamundí

Erstens.

Die verfassungswidrigen Zustände in den kolumbianischen Gefängnissen, die selbst von der kolumbianischen Justiz mehrfach bestätigt wurden, sind das Hauptproblem der Gefangenen in den kolumbianischen Knästen, vor allem die Überbelegung, der mangelnde Zugang zu Trinkwasser, die prekäre Gesundheits- und Ernährungsversorgung. Die Lage hat sich zudem aufgrund der Pandemie in den Hauptgefängnissen, in den Bezirksgefängnissen und den angeblich nur temporär gedachten Stationen zur Gewahrsamnahme der Polizei verschärft. Trotz der Zusagen der Regierung, die Situation zu verbessern, ist nichts unternommen worden. Obwohl die Lage allen staatlichen Stellen, die für die Überwachung und Kontrolle der Rechte der Gefängnisinsass*innen zuständig sind, bekannt ist, gibt es keine nennenswerten Fortschritte oder wirksamen Maßnahmen zur Lösung der Krise. Geschweige denn, dass unsere Sprecher*innen der sozialen Organisationen und Vertreter*innen der Gefängnisinsass*innen Gehör finden würden.

Die Pandemie hat zum einen das korrupte und inkompetente System offengelegt, und zum anderen hat die INPEC (Nationales Strafvollzugs- und Gefängnisinstitut, zuständig für die Verwahrung und Sicherheit der kolumbianischen Gefangenen) mit Bezug auf Covid-19 immer mehr Rechte der Gefangenen eingeschränkt, je weniger sie ihren institutionellen Auftrag erfüllte und je mehr ihre Korruption zunahm. Und nun, da der sanitäre Notstand allmählich überwunden wird, will sie diese Inoperabilität weiterhin aufrechterhalten: Uns bleibt dann weniger Zugang zu Bildungseinrichtungen, Werkstätten, Gesundheitsversorgung, Hofgang.

Zwei weitere relevante Einschränkungen betreffen die psychologische Betreuung im Zusammenhang mit Depressionen, Angst und Stress, die sich im letzten Jahr vervielfacht haben, sowie die Besuche von Partner*innen und der Familie oder von Anwalt*innen – dies führte im letzten Jahr zur Trennung und zum Bruch mehrerer Familien. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer hat viele unserer Familien in unerträgliche Armut gestürzt, und uns wurde darüber hinaus ohne jegliche Erklärung mitgeteilt, dass wir ab dem 1. Januar 2022 für unser Bankkonto eine Gebühr zahlen müssen. Mit anderen Worten: mehr Kosten für die kolumbianischen Gefangenen und unsere Familien. In Kolumbien sind rund 90 Prozent der Gefängnisinsass*innen aus der armen Bevölkerung.

Anstatt eine rationale Politik der Strafreduzierung für alle Straftaten oder Alternativen für den Freiheitsentzug zu entwickeln, facht die Politik der Regierung den öffentlichen Diskurs noch an und beeinflusst die öffentliche Meinung mit Gesetzesentwürfen, die mehr Jahre Gefängnis vorsehen. Von der Strafverschärfung sind auch allein-erziehende Mütter und vor allem ältere, schwerkranke und politische Gefangene betroffen. Die Regierung befürwortet lebenslange Haftstrafen in ihren Wahlkampagnen. Sie schürt das Gefühl von allgemeiner Unsicherheit in der Öffentlichkeit, um damit Massenverhaftungen und höhere Strafen zu legitimieren. So werden kritisches Denken und sozialer Protest kriminalisiert. Dies zeigen die jüngsten Verhaftungen gegen diejenigen, die in diesem Jahr am landweiten Streik teilgenommen haben.

Zweitens.

Das Erstarken von organisierter Kriminalität, der Auftragsmorde, der Verbände und der neuen Formen des Narco-Paramilitarismus in den meisten Gefängnissen zeigt sich in direkter Zusammenarbeit mit der INPEC. Diese Allianz kontrolliert das Zusammenleben, die Geschäfte und die verschiedenen Formen der Korruption in allen Gefängnissen des Landes. Sie kontrollieren vor allem den Verkauf von Drogen. Darüber hinaus beobachten Paramilitärs die häufig aus linken Zusammenhängen kommenden Sprecher*innen (zumeist politische Gefangene) der Menschenrechtskomitees, die für die Sicherheit der Gefängnishöfe sorgen sollen, um so Beschwerden oder Proteste zu vermeiden, die Wärter*innen und Mafia bei ihren Drogen-Geschäften stören könnten.

In den meisten Gefängnissen verlangen diejenigen, die die Höfe kontrollieren, 500.000 bis 2.000.000 Kolumbianische Pesos für den Zugang zu den Höfen und den Schlafplätzen in den Zellen. Das sind bis zu 500 Euro. Dazu kommt eine monatliche Schutzgeldzahlung zwischen 50.000 und 200.000 Pesos, also bis zu 50 Euro. Sie berechnen auch Kosten für die Reinigung, das Spaziergehen im sonnigen Hofteil, die Inanspruchnahme von Telefonaten usw. Und wenn mensch in dieser internen Hierarchie kein Geld hat, um zu bezahlen, bezahlt mensch mit

sklav*innenähnlicher Arbeit wie Putzen, Kochen, Abwaschen von Geschirr oder Kleidung, Verkauf von Lebensmitteln, Dienst als Laufbursche für die „Hofbesitzer“.

Die Vielfalt der Folterformen würde die Vorstellungskraft eines jeden Drehbuchautors einer Netflix-Serie übersteigen: ständige Einschüchterung, Einschluss in der Zelle, Isolationshaft, Elektroschocks, Massenschlägereien, Messerstiche, Untertauchen in Wassertanks, öffentliche Demütigung, Diebstahl von persönlichen Gegenständen, Wechsel des Hofes und vieles mehr.

Angesichts der Tatsache, dass die Gefängnisse die soziale Realität des Landes widerspiegeln und verschärfen, hat die Art und Weise, wie der soziale und bewaffnete Konflikt draußen neu konfiguriert wird, einen großen Einfluss auf die Gefängnisse des Landes. Die neuen bewaffneten Gruppen bestimmen auch den Großteil der Konflikte hier drinnen. Die Geschehnisse im Nachbarland Ecuador und der Einfluss mexikanischer Kartelle sind ein weiteres Szenario, das diese mafiöse und gewalttätige Dynamik verändert. Aus unserer Sicht handelt es sich um eine staatliche Politik, die kriminellen Protagonismus zulässt und sogar fördert. Damit einher geht eine Entpolitisierung der Kämpfe in den Gefängnissen für bessere Bedingungen, die Verarmung der Jugendlichen, das Verstärken politischer Gefangener und die Aufrechterhaltung der Kontrolle durch Gewalt. Der angebliche Schutz der Menschenrechte wird konterkariert. In unseren Gefängnissen ist der Profit wichtiger als die Verteidigung der Rechte.

Drittens.

Als politische Gefangene sehen wir uns zusätzlich mit einer Anpassung an das US-System konfrontiert. Im Juni 2021 erließ die INPEC neue Bestimmungen für Hochsicherheitsgefängnisse, die den Freiheitsentzug durch weitere Einschränkungen verschärfen, insbesondere für politische Gefangene. Obwohl eine Sonderbehandlung für politische Gefangene illegal ist, werden wir unter Vorwänden immer als „höchstgradig gefährlich“ oder eben – auf Neueramerikanisch – „Stufe 1“ behandelt. Dies hat unter anderem mit einer „Amerikanisierung“ der Justizvollzugsanstalten zu tun. Die INPEC versucht, die Standards der American Correctional Association zu erfüllen, mit allem, was dies in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht bedeutet. Dazu hat Angela Davis den Begriff „Prison Industrial Complex“ geprägt. Diese Neuerungen widersprechen dem Resozialisierungsprinzip des kolumbianischen Strafvollzugs und schränken den Zugang zu beruflichen Aktivitäten, Studium, Sport und Freizeitaktivitäten weiter ein. Besonders Personen mit politischem Profil dürfen ihren Hof nicht mehr verlassen und können daher auch keine Strafmilderung bekommen, denn diese ist an Teilnahme an Aktivitäten gebunden. Für Menschen, die bereits mehr als fünf oder zehn Jahre im Gefängnis sind und bisher mit vorbildlichem Verhalten ihre Strafe mildern konnten, werden nun die Vorzüge auf diese Weise eingeschränkt und ihre Strafen zurückgestuft. Sie werden in den Strafzellen im Hof untergebracht, die so zu einer ständigen „Special Treatment Unit“ werden – gemeinhin als Folterzellen bekannt.

Vollkommen willkürlich wird entschieden, wer als „Stufe 1“ gilt. Wir vermuten, dass dahinter eine Absprache der organisierten Kriminalität mit dem INPEC steht. So versuchen sie sich an politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen – also Guerilla-Mitgliedern – zu rächen, uns zu verfolgen und zu bestrafen. Es ist besorgniserregend, wie mit dieser Reform Menschen als „negative Anführer“ definiert werden, weil sie nach Meinung der Gefängnisleitung Probleme verursachen, indem sie ihre Rechte verteidigen, schreiben, anprangern oder Forderungen stellen. Ständig sind wir der Bestrafung ausgesetzt, in Form von physischer und psychischer Misshandlung, Isolation, ständigen Durchsuchungen, bei denen unsere persönlichen Gegenstände aufgebrochen und gestohlen werden, und in Form der Verlegung in ein anderes Gefängnis, weit weg von unserer Region, unseren Familien und unseren Anwalt*innen. Das kolumbianische Regime lässt außerdem extralegale Hinrichtungen durchführen wie das Massaker im La Modelo-Gefängnis in Bogotá im März 2020, bei dem 23 Gefangene ungestraft getötet und mehr als 83 verletzt wurden. Eine friedliche Demonstration aus Angst, die Pandemie in einem kolumbianischen Gefängnis unter so miserablen Bedingungen zu erleiden, endete in einem Schlachthaus für die Insass*innen. Dies ist nur eines von vielen Beispielen für die Gewalt der kolumbianischen Behörden. Bis heute ist für diese Taten keine*r zur Rechenschaft gezogen worden.

Übersetzung: Movimiento Nacional Carcelario (MNC)



Gibt es einen Hoffnungsschimmer? Leonard Peltier seit 46 Jahren in Haft

| Michael Koch (Tokata-LPSG RheinMain e. V.)

Der folgende Artikel wurde aus redaktionellen Gründen bereits Mitte Januar 2022 verfasst. Doch innerhalb von zwei Wochen hat sich die Situation Leonard Peltiers, eines der international bekanntesten und mit langjährigsten politischen Gefangenen in den USA, dramatisch verschärft. In der letzten Januarwoche veröffentlichte die HuffPost einen Artikel mit Statements von Peltier über die Haftsituation in Pandemiezeiten und wie sich dies ganz persönlich auch bei ihm auswirkt. War bereits dieser Artikel ein Alarmsignal, so verstärkte sich dies noch, als Peltier uns am 28. Januar 2022 schrieb, dass er sich ungewohnt schlapp und krank fühle. Er hoffe aber, es sei lediglich ein grippaler Infekt, und ihm sei nun auch ein Test zugesagt worden. Außerdem hoffe er auf seine Booster-Impfung, die Mithäftlinge bereits erhalten hätten. Einen Tag später dann Klarheit: Leonard Peltier ist an Covid-19 erkrankt – für den 77-Jährigen eine dramatische und lebensbedrohliche Entwicklung.

Seit seiner Festnahme und Inhaftierung am 6. Februar 1976 hat der indigene politische Gefangene Leonard Peltier acht Amtswechsel von US-Präsidenten erlebt. Zweimal hofften Millionen Menschen weltweit, dass im Rahmen der bei solchen Gelegenheiten üblichen Begnadigungen durch den scheidenden Präsidenten das Haft-Martyrium Peltiers enden würde. Doch Bill Clinton nahm Peltier Anfang 2000 in letzter Minute u. a. aufgrund massiven Drucks durch das FBI von der Begnadigungsliste. Und auch Barack Obama, auf dem diesbezüglich große Hoffnungen lagen, enttäuschte Anfang 2017 Peltier, dessen Familie, Freund*innen und Unterstützer*innen. Nun liegen alle Hoffnungen auf dem seit 2021 amtierenden 46. Präsidenten der USA, Joseph Biden, den mittlerweile 77-jährigen Aktivist des American Indian Movement (AIM) nach 46 Jahren Haft zu begnadigen.

Zum Hintergrund

1972 schloss sich der damals 28-jährige Peltier dem American Indian Movement an und geriet dabei aufgrund seiner Teilnahme an einigen spektakulären Besetzungsaktionen schnell in den Fokus des FBI. Als im Sommer 1975 Stammesälteste und Häuptlinge der Oglala-Lakota das AIM um Hilfe gegen den tödlichen Terror des seinerzeit regierenden korrupten Stammespräsidenten riefen, war Leonard Peltier mit in der Gruppe von AIM-Aktivist*innen, die dieser Bitte folgten und in die Pine Ridge Reservation Süd-Dakotas kamen, um dort vor allem ältere traditionelle Lakota sowie auch jüngere sich politisierende Indigene vor diesem Terror zu schützen. Dabei fanden diese mörderischen Attacken, denen fast 60 Lakota zum Opfer fielen, stets unter



den Augen der Stammespolizei, der Polizei des Büros für indianische Angelegenheiten und des FBI statt.

Am späten Vormittag des 26. Juni 1975 rasten dann zwei FBI-Agenten mit ungekennzeichneten PKWs in ein Schutzcamp nahe Oglala, vorgeblich bei der Verfolgung eines jugendlichen Schuhdiebes. Im Verlauf des sich nun ergebenden Schusswechsels zwischen FBI und weiteren Polizeikräften einerseits und Indigenen andererseits wurden der junge AIM-Aktivist Joe Stuntz durch einen Scharfschützen der Stammespolizei und die beiden FBI-Agenten Coler und Williams erschossen. Im Februar 1976 wurde Peltier, der für den Tod der beiden FBI-Agenten verantwortlich gemacht wurde, in Kanada festgenommen, aufgrund durch das FBI manipulierter Beweise an die USA ausgeliefert und 1977 ebenfalls aufgrund erpresster Zeug*innenaussagen, unterschlagener Entlassungsbeweise und gefälschter Beweise zu zweimal lebenslänglich verurteilt.

Was folgte, ist ein 46-jähriges Martyrium von Hochsicherheitsknästen, Isolationshaft und Dauereinschluss, physischen Attacken bis hin zu einem Mordkomplott sowie medizinischer Unterversorgung seiner zum Teil lebensbedrohlichen Erkrankungen. 2021 wurde eine aussichtsreiche Verlegung in eine Haftanstalt mit niedriger Sicherungsstufe ebenso abgelehnt wie eine Entlassung aufgrund seiner Gefährdung durch eine Covid-19-Infektion im Knast.

Lasst Leonard Peltier nicht im Knast sterben!

Dieses Motto zum Anlass nehmend, finden seit 2021 in den USA, aber auch in Kanada und in Europa verstärkt Kampagnen und Aktionen statt, um auf das Schicksal Peltiers hinzuweisen und dessen Begnadigung zu erwirken. So haben sich in den letzten Monaten zahlreiche prominente Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft, Kultur und sozialen Bewe-

gungen an US-Präsident Joe Biden gewandt: So unter anderem der Präsident des Europäischen Parlaments (EP) David Sassoli, die frühere Vizepräsidentin des EP Luisa Morgantini, der irisch-republikanische Politiker Gerry Adams, der dienstälteste US-Senator Patrick Leahy, die US-Innenministerin Deb Haaland sowie elf weitere US-Kongressmitglieder, Musiker*innen wie Tom Morello (Rage against the Machine), Carlos Santana und John Densmore (The Doors), Schauspieler Mark Ruffalo, Amnesty International, die Gesellschaft für bedrohte Völker, das Human Rights Action Center und die European Alliance for Self-Determination of Indigenous Peoples. Ganz besonders hervorzuheben ist eine Begnadigungsbitte von James Reynolds, jenem Staatsanwalt, der 1977 für die Verurteilung Peltiers mitverantwortlich war.

Unser Verein, Tokata-LPSG RheinMain, hat im Rahmen einer Postkarten-Aktion an das Weiße Haus 55.000 Karten drucken lassen. An der Aktion nehmen aktuell Gruppen aus 14 Staaten teil. Außerdem haben wir zu Weihnachten 3.500 Unterschriften für Peltiers Freiheit an das Weiße Haus geschickt. Und auch 2022 werden in mehreren deutschen Städten die Mahnwachen für Peltier regelmäßig stattfinden und die seit Erscheinen unseres Buches „Ein Leben für die Freiheit – Leonard Peltier und der indianische Widerstand“ stattfindenden Lese- und Vortragstouren fortgesetzt. Anlässlich der 46-jährigen Inhaftierung und der Covid-Erkrankung fanden in mehreren europäischen Ländern zahlreiche Aktionen statt.

Es gibt einen Hoffnungsschimmer und eine sich immer stärker auch in Europa vernetzende Bewegung. Unterstützt uns dabei. Schreibt Peltier Briefe in den Knast.

► Mehr Infos und Bestellmöglichkeiten für die Gratis-Postkarten ans Weiße Haus unter www.leonardpeltier.de

Stillstand und Bewegung Politische Langzeitgefangene in den USA 2021

| Dr. Michael Schiffmann

2021 war ein sehr widersprüchliches Jahr für den Kampf um die Freiheit für politische Gefangene in den USA. Es gab unerwartete Erfolge, aber auch Rückschläge, und wieder sind Gefangene entweder in Haft oder kurz nach ihrer Entlassung gestorben. Für die meisten von ihnen hieß aber auch dieses Jahr vor allem eines: Warten.

Beginnen wir mit den Erfolgen: Im August 2021 wurde das Urteil gegen das Ex-Weather-Underground-Mitglied David Gilbert, der wegen seiner Beteiligung an einem missglückten Überfall auf einen Geldtransporter zu mindestens 75 Jahren Haft verurteilt worden war, vom New Yorker Gouverneur Andrew Cuomo auf 40 Jahre herabgesetzt, was Gilbert die Möglichkeit gab, seine Haftentlassung auf Bewährung zu beantragen, die im Oktober gewährt wurde.

Gilbert und die bereits 2003 aus der Haft entlassene Kathy Boudin sind die Eltern von Chesa Boudin, der seit Januar 2020 Bezirksstaatsanwalt in San Francisco ist und dort gegen scharfen Widerstand von rechts versucht, das korrupte Justizsystem von innen zu verändern. Für den 1980 geborenen Chesa muss die Haftentlassung seines Vaters, den er bis dahin nur im Gefängnis gekannt hatte, besonders bewegend gewesen sein.

Ebenfalls bewegend, aber auch tragisch war die Haftentlassung des langjährigen Gefährten Mumia Abu-Jamals im Gefängnis SCI Greene, Russell Maroon Shoatz. Er hatte einer Gruppe schwarzer Revolutionäre angehört und wurde 1972 wegen Mordes an dem Polizeibeamten Frank Von Colln und Angriffs auf andere Polizisten in Philadelphia 1970 zu lebenslanger Haft verurteilt. Er hatte schon längere Zeit an Darmkrebs gelitten, als eine Richterin ihm Ende Oktober 2021 die Haftentlassung aus Gnadengründen gewährte.

Mit ausschlaggebend für seine Entlassung dürfte die Einlassung gewesen sein, mit der sich der sichtbar tödlich erkrankte Shoatz von seiner Gefängniszelle aus über das Internet persönlich an die Richterin wendete. Ebenfalls eine Rolle gespielt haben könnte, dass Shoatz sich im Juni 2021 öffentlich bei den Familien Von Collns und der anderen Beamten entschuldigt hatte. Zu erwähnen ist auch, dass Shoatz langjähriger Aktivist für die Rechte aller Gefangenen war und 2013 nach einer bahnbrechenden Klage seine Freilassung aus 22 Jahren Einzelhaft durchsetzen konnte. Er starb nur 52 Tage nach seiner Entlassung am 17. Dezember 2021.

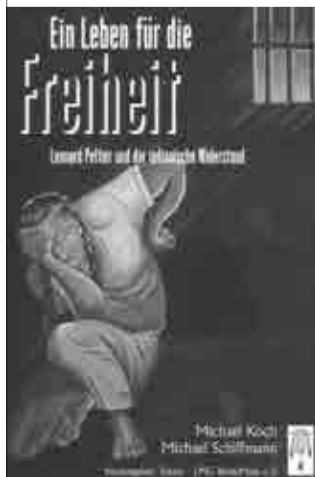
Wer sich einen Eindruck von Shoatz' Persönlichkeit verschaffen möchte, kann das auf einem Video aus seinen jüngeren Jahren – https://youtu.be/4XF7_K1GoT8 – tun.

Seine Haft nicht überlebt hat der Ex-Black-Panther Romaine Fitzgerald, der 1970 wegen Ermordung eines Sicherheitsmannes in einem Einkaufszentrum zum Tod verurteilt und nur deshalb nicht hingerichtet wurde, weil der US Supreme Court die Todesstrafe 1972 vorübergehend aufhob. Fitzgerald hat jegliche Beteiligung an dieser Tat immer bestritten, aber all seine Versuche freizukommen blieben vergeblich. 2021 befand sich sein Anwalt in Verhandlungen um seine Freilassung auf Bewährung, aber bevor es dazu kommen konnte, starb Fitzgerald am 28. März 2021 in einem Gefängnis in Kalifornien. Er war auch in Haft immer den Ideen der Black Panther Party treu geblieben. Es fehlt hier der Platz, auf viele weitere politische Gefangene wie Sundiata Acoli, Jamil Abdullah Al-Amin, Veronza Bowers, Ruchell „Cinque“ Magee, Edward Poindexter, Mutulu Shakur und etliche andere einzugehen, über die zum Teil an dieser Stelle schon berichtet wurde, und leider gibt es im Moment auch nichts Neues über sie zu sagen.

Gemischte Nachrichten gibt es zu Leonard Peltier, der am 28. Januar 2022 positiv auf Corona getestet wurde und aufgrund seiner zahlreichen Vorerkrankungen als Hochrisikopatient gelten muss. Es bleibt zu hoffen, dass er seine Infektion bei Erscheinen dieser Zeitung gut überstanden hat. Für ihn setzen sich derzeit wieder zahlreiche Menschen auf der ganzen Welt ein – und nicht zuletzt in den USA selbst, so etwa der in den 1970ern an der Anklage gegen Peltier beteiligte US-Staatsanwalt James Reynolds und der renommierte US-Senator Patrick Leahy.

Auch im endlosen Kampf um die Freilassung Mumia Abu-Jamals ist Widersprüchliches zu berichten. Am 3. Februar 2021 wendete sich die von dem Reformer Larry Krasner geführte Anklagebehörde gegen ein neues Verfahren; der Gerichtsantrag dazu war von einer grotesk verdrehten Darstellung der Fakten geprägt (siehe hierzu ausführlich [dropthecaseagainstmumiaabujamal.com](https://www.dropthecaseagainstmumiaabujamal.com)). So viel an überfälligen Reformen im Justizwesen Krasner auch erreicht haben mag, im Fall Mumia hat er noch einen langen Weg zu gehen. Derzeit liegt dem Pennsylvania Superior Court ein Antrag von Mumias Verteidigung von Dezember 2021 vor, in dem es um neues Beweismaterial geht, das unter anderem zeigt, dass der Hauptbelastungszeuge gegen Mumia bestochen wurde. Der Antrag ist stark, aber die gerade in Philadelphia neu gegründete Bewegung für Mumia, LoveNotPhear, geht davon aus, dass rechtliche Schritte nur zusammen mit breitem öffentlichem Druck Mumias Freiheit durchsetzen können.

Freiheit für den indianischen politischen Gefangenen Leonard Peltier



Leonard Peltier ist 46 Jahre in Haft
...unser Kampf geht weiter

Ein Leben für die Freiheit – Leonard Peltier
und der indianische Widerstand
Michel Koch & Michael Schiffmann
Hrsg.: Tokata – LPSG RheinMain e. V.
überarbeitete und erweiterte Zweitauflage,
505 S., Paperback, 14,90 €

weitere Infos : www.leonardpeltier.de
<https://www.facebook.com/LPSGRheinMain>
<https://twitter.com/howlingwolf123>

Free Leonard Peltier

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

D I E S I N N E S C H Ä R F E N . J E T Z T T E S T E N : 4 Ausgaben für 10 € Bestellungen unter www.akweb.de



Jahrzehnte hinter Gittern – Politische Gefangene in den USA

I Rote Hilfe OG Heidelberg/Mannheim

Mit dem, was gerne „Neoliberalismus“ genannt wird, geht das autoritäre Projekt einher, soziale und politische Probleme mit Mitteln von Polizeigewalt und Strafjustiz unsichtbar zu machen. Dies gilt international, spätestens seit der Machtübernahme durch Ronald Reagan 1980 aber ganz besonders für die USA. Die Folge: Laut World Prison Brief saßen 2019 20 % aller Gefangenen weltweit in US-Knästen, von 100.000 Einwohner*innen waren 629 im Knast (nach 720 am Anfang der Obama-Regierung 2013; zum Vergleich: China 120, BRD 70). David Rothman hat dazu bereits 1994 im New York Review of Books geschrieben:

„Die unstrittigste Beobachtung, die man über die heutige Strafjustiz in den USA machen kann, ist, dass sie bemerkenswert ineffektiv, absurd teuer, krass unmenschlich und geprägt von Diskriminierung ist.“ (<https://www.nybooks.com/articles/1994/02/17/the-crime-of-punishment/>)

Seitdem ist ein Vierteljahrhundert vergangen, in dem immer weitere Gesetzesverschärfungen für härtere Strafen und (zumindest für Arme) weniger faktischen Zugang zu Rechtsmitteln sorgten. Dieser Bürger*innenrechtsabbau bildet sich in der politischen Strafjustiz ab, auch wenn die heutigen USA immer noch meilenweit entfernt sind vom kalten Bürger*innenkrieg, während dessen ungefähr zwischen dem Haymarket Massacre 1886 und dem New Deal der 1930er-Jahre diverse Behörden und Unternehmen mit wirklich allen Mitteln Gewerkschaften und linke Organisationen angriffen – Joe Hill sowie Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti waren dessen international bekannteste Opfer.

Doch auch in der Gegenwart sitzen Aktivist*innen oft jahrzehntelang im Gefängnis. Mumia Abu-Jamal und Leonard Peltier dürften den Leser*innen dieser Seiten bekannt sein. Die Listen des Anarchist Black Cross von New York City (1) und von prisonersolidarity.com dokumentieren zahlreiche weitere Fälle. Drei von diesen wollen wir hier etwas genauer betrachten.

Ruchell Cinque Magee

Wie generell in Gefängnissen sind People of Color unter den langjährigen politischen Gefangenen stark überrepräsentiert. Viele dieser Gefangenen hatten sich

im Umfeld der Black Panther Party (BPP) organisiert – Ruchell Cinque Magee allerdings sitzt schon seit 1963, drei Jahre vor der Gründung der BPP, ununterbrochen im Knast (2). In einem aus der Gegenwart wohlbekannten Muster wurde er zunächst nach einem kleinen Drogendelikt zu einer exzessiven Gefängnisstrafe verurteilt.

Im Knast hat er sich politisiert und den Namen „Cinque“ angenommen, nach Sengbe Pieh, der auf dem Sklav*innenschiff Amistad 1839 eine Rebellion anführte, mit seinen Leuten Nordstaaten-Behörden in die Hände fiel und schließlich 1841 vor dem Supreme Court durchsetzen konnte, dass die Aufständischen nicht wieder den Sklav*innenhändlern übergeben wurden.

Ein wenig in diesem Geist beteiligte sich Magee 1970 aus dem Knast heraus an einer Befreiungsaktion für George Jackson, dem vorgeworfen wurde, einen rassistischen Gefängniswärter zusammengeschlagen und umgebracht zu haben. Diese Aktion, als Marin Courthouse Incident in die Geschichte eingegangen, war übrigens der Anlass für die Verfolgung von Angela Davis, die in den frühen 1970er-Jahren eine breite internationale Solidaritätsbewegung auslöste.

Als dabei Magee, drei Genossen und ein als Geisel genommener Richter das Gerichtsgebäude verließen, eröffneten Polizei und Gefängnispersonal das Feuer. Im Kugelhagel starben der Richter und Magees drei Genossen. Er selbst überlebte knapp und wurde wegen Mordes und Entführung angeklagt. Zwar konnte er den Mordvorwurf abwehren, doch die Entführung reichte dem Richter für eine lebenslängliche Strafe. Bis heute lehnt das Parole Board, das in den USA über eine Aussetzung der Strafe befindet, Magees Anträge summarisch ab. Nach 58 Jahren im Gefängnis, bei einem 82-Jährigen.

Joy Powell

Ebenfalls im Gefängnis politisiert, wenn auch dreißig Jahre später, wurde Joy Powell (3), die Anfang der 1990er-Jahre wegen eines Drogenvergehens in Rochester (im Staat New York) einsaß. Sie kam 1995 frei und begann mit „community organizing“, also der Schaffung solidarischen Widerstands gegen staatliche wie private Zumutungen in den Armenvierteln.

Im Jahr 2001 wurde ihr 18-jähriger Sohn ein Opfer dieser Zumutungen. Powell selbst schreibt: „Das Viertel, in dem mein Sohn erschossen wurde, war voll mit zerfallenden Häusern, geprägt von ernst-

haften Drogengeschichten, ständigen Schießereien und hoffnungslosen, unterdrückten Menschen.“ Dank der Aktivitäten, die um sie herum entstanden, hat sich die Lage zumindest dort etwas gebessert.

Aber allein 2002 starben sechs People of Color im Gewahrsam der Polizei von Rochester. Einer von ihnen war Lawrence Rogers, der während eines psychotischen Schubs in einem Laden wirre Predigten hielt. Die herbeigerufene Polizei prügelte ihn tot. Die öffentliche Empörung angesichts eines Videos der Gewalttat sorgte nur für mehr Polizeigewalt.

Powell schreibt dazu:

„Leider wurden in der Folge Bürger*innen, die an die Polizei appellierten, damit aufzuhören, selbst zu Opfern. Sie wurden gepfeffert, mit Gummiknüppeln geschlagen, festgenommen. [...] Die Empörung der Leute wuchs weiter, nachdem sie eine Presseerklärung des Bürgermeisters und des Polizeichefs gesehen hatten, die verkündeten, der Mord an Rogers durch die Polizei von Rochester sei gerechtfertigt, und die Beamten lobten für das brutale Einschlagen auf einen kranken Mann, der eine Einweisung gebraucht hätte.“

Immerhin fühlte sich der Bürgermeister von Rochester nach dem Polizeimord gezwungen, ein Notfallteam von angeblich im Umgang mit psychotischen Menschen geschulten Polizist*innen aufzustellen. Das Team half aber nicht viel – schon 2005 schoss ein Beamter mehrfach auf ein 13-jähriges Mädchen mit Selbstmordabsichten. Als Joy Powell wegen dieses Einsatzes protestierte, verhaftete sie genau dieser Beamte.

Während sie nach dieser Episode rasch wieder freikam, geriet sie richtig ins Visier der Behörden, als sie nach einem behördlich weitgehend ignorierten Angriff auf sie selbst eine Art Dienstaufsichtsbeschwerde einreichen wollte. Bevor sie das konnte, fand die Polizei jemanden, der aussagte, Powell sei 2006 bei ihm eingebrochen und habe ihn angegriffen. Diese Aussage reichte für eine Verurteilung zu 16 Jahren Haft. Zur Sicherheit gruben die Behörden einen alten Mordfall aus dem Jahr 1992 aus; auch da gab es wenig Hinweise auf Powell als Täterin, doch ein Gericht legte weitere 25 Jahre auf ihre Haftzeit drauf.

Marius Mason

Auch die USA haben ihre Terrorgesetzgebung, die womöglich noch haarsträuber

bender ist als unser Paragraph 129a/b StGB. Dort ist das u. a. U.S. Code § 2332b, dessen Abschnitt (c) allerlei Strafverschärfungen gegenüber „normalen“ Straftaten vorsieht, wobei, wie in Abschnitt (b) erklärt wird, die Terrorkarte gezogen werden kann, wenn die Straftat etwa den Handel zwischen Bundesstaaten „behindert, verzögert oder beeinflusst“.

Nach diesen Normen verurteilt wurde z. B. Marius Mason (4), der in Connecticut 22 Jahre absitzt dafür, dass er im Kampf gegen rasante Naturzerstörung Holzfällmaschinen beschädigt, Bäume „gespiket“ (mit großen, Kettensägen zerstörenden Nägeln präpariert) und in einem Labor für „grüne“ Gentechnik Papiere und Festplatten abgepackelt hat. Die angesichts dieser Vorwürfe auch für US-Verhältnisse extremen 22 Jahre Knast folgten aus „Terrorism Enhancement“, was mensch gut als „Terrorismusverstärkung“ übersetzen könnte.

Marius hatte beim Prozess im Jahr 2008 ein „Plea Agreement“ abgeschlossen. Das ist ein zwischen Staatsanwaltschaft und Angeklagten ausgehandelter Vertrag nach dem Muster zivilrechtlicher Vergleiche, in dem Einlassungen gegen z. B. Verzicht auf Verfolgung bestimmter Vorwürfe oder Beschränkungen der Straforderung gehandelt werden. Solche Deals sind im US-Strafssystem, in dem die Staatsanwaltschaften fast immer mit noch extremeren Strafen drohen und Gerichte mehr oder weniger zu Verurteilungen zwingen können, die Regel und haben halbwegs nachvollziehbare Gerichtsverhandlungen fast vollständig verdrängt (5). 2014 wurden auf Bundesebene 97 % der an Gerichte gelangten Verfahren ohne ordentliche Verhandlung durch diese Sorte von Einlassung beendet, zwei Millionen Gefangene saßen aufgrund von Plea Agreements.

An die Vereinbarungen aus so einem Plea Agreement ist das Gericht jedoch nicht gebunden, und wirklich ist es hier über die vereinbarte Höchststrafe von 20 Jahren hinausgegangen; die Staatsanwaltschaft hatte vorsorglich ein paar Fragmente über zwischenstaatlichen Handel aus USC § 2332b in das Plea Agreement hineinpraktiziert.

Masons Fall illustriert weiter, dass ganz offensichtlich genau *niemand* die Mär von den „Besserungsanstalten“ (correctional facilities) glaubt. Er ist nämlich transgender und konnte im September 2021 durchkämpfen, vom Frauengefäng-

nis in ein Männergefängnis verlegt zu werden. Er schätzt, er sei der erste trans Mann, dem das gelungen ist. In der Auseinandersetzung wurde sehr deutlich, dass gerade die Befürworter*innen von Gefängnissen von deren Versagen fest überzeugt sind:

„Viele Leute (Beamte*innen wie Gefangene) hatten ihre Vorstellungen mit mir geteilt, wie unglaublich gefährlich es für einen trans Mann in einem Männergefängnis sein würde. Sie haben jede Menge hässliche und gewalttätige Szenarien ausgearbeitet und mir geschildert, wann immer ich meinen Wunsch erwähnt habe, verlegt zu werden, um mehr als Mann unter Männern zu leben.

Aber ich glaube immer noch an das Gute im Menschen, in allen Menschen, und ich wusste aus Erfahrung, dass Frauen im Gefängnissystem auch keine Menschlichkeit und Freundlichkeit zugetraut wird – und weil ich wusste, dass das falsch war –, warum sollten Männer so viel anders sein in ihren Handlungen und Haltungen?“

Sollte Mason wieder aus dem Gefängnis freikommen, steht er mit vier Millionen Dollar Schadensersatzforderungen da. Solche exorbitanten Beträge sind im Öko-Bereich in den USA nicht unüblich. So soll Jessica Reznicek (6) drei Millionen Dollar für die Zerstörung einer Baumaschine der Dakota Access Pipeline zahlen, wenn sie 2029 nach acht Terror-verstärkten Jahren Knast freikommen sollte.

Das Muster ist auch in der BRD bekannt: Die zivilrechtlichen Forderungen etwa in den Braunkohle-Kämpfen sind hier zwar zwei Größenordnungen kleiner, aber immer noch atemberaubend.

Der Blick in die USA eröffnet so – nicht nur in diesem Beispiel oder bei der Dealifizierung der Justiz – auch Perspektiven auf die Repressionspraxis in der BRD. Law-and-order-Politik ist, leider, international.

Anmerkungen:

- (1) <https://nycabc.wordpress.com/guide/>
- (2) <https://www.freeruchellmagee.org/>
- (3) <https://freejoypowell.org>
- (4) <http://supportmariusmason.org>
- (5) lesenswert: <https://www.nybooks.com/articles/2014/11/20/why-innocent-people-plead-guilty>
- (6) <https://supportjessicareznicek.com>

Vorwärts und nicht vergessen!

Hans-Litten-Archiv Die Geschichte der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen ist zugleich die Geschichte der Solidarität gegen Unterdrückung, Verfolgung und Repression. Um diese andere Seite des Kampfes um Emanzipation nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, wurde am 18. Februar 2005 in Göttingen das Hans-Litten-Archiv gegründet. Ziel des Vereins ist die Errichtung und Förderung eines Archivs der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung und der sozialen Bewegungen.

Kontinuität sichern
Fördermitglied werden!

www.hans-litten-archiv.de
email@hans-litten-archiv.de

Bankverbindung Hans-Litten-Archiv e.V.:
IBAN: DE86 2605 0001 0000 1381 15
BIC: NOLADE21GOE



Beitritts- und Spendenerklärung / Einzugsermächtigung für Hans-Litten-Archiv

- ☐ Ich spende einmalig einen Betrag in Höhe von _____ €
- ☐ Ich möchte Fördermitglied für das Hans-Litten-Archiv werden

Ich ermächtige den Vorstand des Hans-Litten-Archivs, jederzeit widerruflich, meinen Betrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen.

Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag von:

- ☐ 25 € jährlich.
- ☐ 50 € jährlich.
- ☐ freiwilliger Beitrag pro Jahr (über 25 €) _____ €

Spenden an das Hans-Litten-Archiv sind steuerlich absetzbar.

Vorname und Name

Straße und Hausnummer

PLZ, Wohnort

Telefonnummer

e-mail

Name und Ort des Kreditinstituts

BIC

IBAN

Datum und Unterschrift



unsere zeit

Kommunistische Standpunkte, marxistische Analysen –
Woche für Woche.

- ☐ Ich möchte die UZ 6 Wochen probelesen.
Der Bezug ist kostenlos und endet automatisch.
- ☐ Ich möchte mehr Informationen über die DKP.

6 Wochen
kostenlos
testen!
Digital &
Print

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

www.unsere-zeit.de • E-Mail: abo@unsere-zeit.de • Tel.: 0201 17788915



Solidarität muss praktisch werden! Schreibt den gefangenen Genoss*innen!

Es ist wichtig, dass eine Bewegung ihre Gefangenen nicht vergisst - sie sind unsere Genoss*innen und brauchen unsere Solidarität! Deshalb ist es umso notwendiger, dass innerhalb der Bewegung die Unterstützung Gefangener, z. B. das Schreiben an sie, das Schicken von Paketen, der Besuch bei ihnen, wieder stärker in die breite Basis getragen wird. Das Schreiben ermöglicht, mit ihnen in direkten Kontakt zu kommen, und sollte der erste Schritt sein. Wir haben nachfolgend einige Tipps zusammengetragen, die hoffentlich helfen, das Thema konkret anzugehen.

Was schreibe ich Gefangenen?

Der sicherlich bekannteste und einfachste Weg ist, Postkarten oder einen Brief zu schreiben, allein oder zusammen mit anderen Genoss*innen. Dazu könnt ihr Plakate etc. von Veranstaltungen mit Widmungen/Unterschriften/Grüßen mit-schicken. Auch Zeitschriften und Ähnliches kommen bestimmt gut an. So könnt ihr die Gefangenen an eurem politischen Leben ein kleines Stück partizipieren lassen.

Wenn ihr Gefangenen schreibt, müsst ihr bedenken, dass Post mitgelesen wird! Außerdem kommt es vor, dass Briefe auf-gehalten, verzögert oder gar „verlegt“ werden. Daher ist es am besten, die Briefe zu nummerieren, um ein eventuelles Nichtankommen von Briefen zu registrieren. Einzelne Haftanstalten begrenzen die Anzahl der Briefe, welche ein*e Gefangene*r schreiben oder erhalten darf. Wenn du glaubst, dass ein Brief von der Knast-

aufsicht aus dem Verkehr gezogen worden ist, frage gleich nach dem Grund dieser Zensurmaßnahme. Sicherer sind natürlich eingeschriebene Briefe, weil diese in der Regel in Anwesenheit des*der Gefangenen geöffnet werden müssen. Aber eine hundertprozentige Sicherheit gibt es leider nie.

Erwarte nicht unbedingt eine Antwort auf deinen Brief oder deine Karte. Die Inhaftierten werden womöglich die Briefmarken und die Umschläge selber kaufen müssen, und die meisten sind sicherlich keine Millionär*innen. Einige Gefängnisse erlauben, dass Briefmarken oder frankierte Umschläge mit der Post hineingeschickt werden. Klärt einfach mit dem*der betreffenden Gefangenen, ob das möglich ist, und legt euren Briefen dann entsprechend Briefmarken bei.

Auf deinen Briefumschlag solltest du stets die Adresse des*der Absender*in draufschreiben, nicht nur, damit der*die Inhaftierte dir antworten kann, sondern auch, weil einige Gefängnisse keine Briefe ohne Absender*innen durchlassen. Natürlich muss dies nicht unbedingt deine eigene Adresse sein, aber berücksichtige, dass Postfach-Adressen nicht allzu gerne akzeptiert werden.

Falls ihr Bücher oder Informationsmaterial schicken wollt, erkundigt euch bei den Gefangenen über die diesbezüglichen Haftbestimmungen. Diese können zwischen Justizvollzugsanstalten (JVAS) unterschiedlich sein.

Wie könnt ihr das Schreiben an Gefangene gestalten und organisieren?

Ihr könnt z. B. auf euren Veranstaltungen (oder Soli-Tresen oder Küfas) Postkarten bereitlegen und die Besucher*innen direkt auffordern, einen kurzen Gruß zu schreiben. Oder ihr könnt auf das Plakat/den Flyer dieser Veranstaltungen etwas Persönliches schreiben lassen und das dann schicken. Geht selbst mit gutem Beispiel voran und animiert so andere dazu! Wenn ihr Infostände betreut, andere Veranstaltungen mitorganisiert usw., macht es sich auch gut, Postkarten und Gefangenenadressen parat zu haben, um Interessierten gleich die Möglichkeit zu geben, aktiv zu werden. Und falls euch mal nichts einfällt, was ihr schreiben könnt, malt einfach etwas. Jeglicher Ausdruck von Solidarität ist willkommen!

Wie schreibe ich Gefangenen?

Eines der Hauptprobleme, das Leute davon abhält, Inhaftierten zu schreiben, liegt darin, dass es ungewohnt ist, einer „fremden“ Person zu schreiben. Es handelt sich dabei um ein Problem, das die meisten von uns überwinden müssen; deshalb hier einige kurze Tipps: Natürlich handelt es sich nicht um starre Richtlinien, unterschiedliche Menschen schreiben eben auch unterschiedliche Briefe. Schreibe beim ersten Kontakt, welche*r du bist, welcher Gruppe/Organisation du angehörst und wie du von seinem*ihrem Fall gehört oder gelesen hast. Schreibe vielleicht auch ein paar kurze Worte zu deiner politischen Einstellung, so dass

der*die Gefangene entscheiden kann, ob er*sie mit dir in Kontakt bleiben möchte. Besonders, wenn du die Gefangenen nicht vor ihrem Haftantritt gekannt hast, möchten sie mehr über dich wissen. Wie ausführlich du bist, bleibt alleine dir überlassen. Du musst nur immer bedenken, dass die Post auch von den staatlichen Autoritäten gelesen wird. Versuche, diesen ersten Brief recht kurz zu halten und nur das Nötigste zu schreiben, weil es besser ist, die Leute nicht gleich zu überfordern. Außerdem begrenzen einige Vollzugsanstalten den Umfang der Briefe. Ratsam sind Briefe bis zu vier DIN A4-Seiten. Wenn du politischen Gefangenen schreibst und ihn*sie für „unschuldig“ hältst, erwähne dies kurz, weil es das wichtige Gefühl vermittelt, dass du nicht an die staatliche Version, deretwegen sie eingebuchtet wurden, glaubst.

Viele, die Gefangenen schreiben, haben Angst, über Dinge aus ihrem eigenen Leben zu sprechen, weil sie glauben, dass es die Inhaftierten deprimieren könnte oder diese gar nicht daran interessiert seien. In einigen Fällen kann dies auch mal zutreffen, aber insgesamt kann ein Brief der hellste Punkt eines Tages hinter Gittern sein. Das Leben im Knast ist todlangweilig, und jegliche Nachricht, egal, ob sie von einer bekannten oder unbekannten Person kommt, ist eine willkommene Abwechslung. Benutze deinen Verstand und dein Mitgefühl, schreibe über nichts, was der*dem Gefangenen Schwierigkeiten mit der Anstaltsleitung oder irgendeiner*m anderen Probleme mit der Staatsmacht einbringen könnte.

Sie sind dort drinnen für uns, wir sind hier draußen für sie!

Für die Gefangenen aus unserer Bewegung, unseren Zusammenhängen und unseren Kämpfen (wie z. B. Streiks, Demonstrationen und Blockaden, Mitglieder revolutionärer Gruppen usw.) ist es enorm wichtig, sie in den weitergehenden Widerstand miteinzubeziehen, das heißt, ihnen von nichtkriminalisierbaren Aktionen zu erzählen, ihnen Zeitschriften zu schicken, wenn sie diese wollen, und mit ihnen Strategien und Ideen zu diskutieren, denn „Politische“ werden in der Regel im Knast isoliert. Einige können eventuell auch nichts mehr von Klassenkampf und Revolution hören, möchten nur den Kopf senken und ihre Strafe absitzen. Dies müssen wir selbstverständlich genauso respektieren. Wenn du Unterstützung oder gar eine Kampagne für eine*n Gefangene*n anbieten möchtest, so ist es am besten, realistisch zu bleiben bezüglich dessen, was du auch wirklich erreichen und umsetzen kannst. Für eine Person, die eine sehr lange Zeit hinter Gittern verbringen muss, kannst du wie ein sehr starker Hoffnungsschimmer erscheinen – es ist wichtig, die Hoffnung aufrecht zu erhalten, aber keine falschen Illusionen zu wecken. Wenn ein*e Gefangene*r dir glaubt, diese Erwartungen aber nicht erfüllt werden, so kann dies in Desillusion und Depression enden.

Knäste sind da, um Menschen voneinander zu isolieren. Deshalb müssen wir die Verbindung nach draußen gewährleisten. Direkter Kontakt mittels Briefverkehr ist einer der besten Wege, Gefangene nicht allein zu lassen gegenüber staatlichen Kontroll- und Disziplinierungsinstanzen.

ADDRESSES

Politische Gefangene in der BRD

Musa Açoğlu JVA Billwerder Dweerlandweg 100 22113 Hamburg	Post an Ella: UWP 1 c/o JVA Frankfurt III Obere Kreuzäckerstraße 4 60435 Frankfurt am Main	Abdullah Öcalan JVA Frankfurt I Obere Kreuzäckerstr. 6 60435 Frankfurt am Main
Mirza Bilén JVA Augsburg Fliegerhorst 1 86456 Augsburg-Gablingen	Post an Findus: Rote Hilfe OG Stuttgart Böblinger Straße 105 70199 Stuttgart Stichwort: Findus	Veysel Satılmış JVA Stuttgart-Stammheim Asperger Str. 60 70439 Stuttgart
Gökmen Çakıl JVA Butzbach Kleeberger Straße 23 35510 Butzbach	Post an Jan: Rote Hilfe OG Nürnberg z. Hd. Jan Eberhardshofstraße 11 90429 Nürnberg	Kamuran Yekta Vesek JVA Stuttgart-Stammheim Asperger Str. 60 70439 Stuttgart
Mustafa Çelik JVA Bremen Am Fuchsberg 3 28239 Bremen	Merdan K. JVA Stuttgart Asperger Str. 60 70439 Stuttgart	
Mazlum Dora JVA Stuttgart Asperger Str. 60 70439 Stuttgart	Agit Kulu JVA Stuttgart Asperger Str. 60 70439 Stuttgart	
Post an Dy: Rote Hilfe OG Stuttgart Böblinger Str. 105 70199 Stuttgart Stichwort: Dy	Thomas Meyer-Falk JVA Freiburg c/o Sicherungsverwahrung Hermann-Herder-Str.8 79104 Freiburg	

ADDRESSES

Politische Gefangene international

USA: Smart Communications/PA DOC Mumia Abu-Jamal #AM8335 SCI Mahanoy PO Box 33028 St Petersburg, Florida 33733 USA	Leonard Peltier #89637-132 USP Coleman I PO Box 1033 Coleman, Florida 33521 USA
Ruchell Magee #A92051 #T 115 California Medical Facility P. O. Box 2000 Vacaville, CA 95696-2000 USA	Reverend Joy Powell #07Go632 Bedford Hills Correctional Facility P. O. Box 1000 Bedford Hills, New York 10507-2499 USA
Marie (Marius) Mason #04672-061 FCI Danbury Route 37 Danbury, Connecticut 06811 USA	

Adressen baskischer Gefangener unter
https://www.etxerat.eus/descargas/presos/Presoak_EE.pdf
und
https://www.etxerat.eus/descargas/presos/Presoak_EF.pdf

Solidarität
ist unsere Waffe!

Aus Platzgründen können wir hier nur die Adressen einiger weniger politischer Gefangener abdrucken. Zahlreiche weitere Adressen findet ihr unter:
political-prisoners.net
mumia-hoerbuch.de
leonardpeltier.de



Wer ist die Rote Hilfe?



Die Rote Hilfe ist eine Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus allen linken Spek- tren unterstützt. Sie konzentriert sich auf von Repression Betroffene, die ihren politischen Schwerpunkt in der BRD haben, bezieht aber auch nach Kräf- ten Verfolgte in anderen Ländern ein. Die Unterstützung durch die Rote Hilfe gilt allen, die als Linke wegen ihres politi- schen Handelns, z. B. wegen Teilnahme an Demonstrationen, Aktionen oder spon- tanen Streiks, wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für „staatsverunglimp- fende“ Schriften oder wegen Widerstands gegen polizeiliche Übergriffe, vor Gericht gestellt und verurteilt werden oder andere Formen staatlicher Repression erleben.

1. Politische und materielle Hilfe

Die in der Roten Hilfe aktiven Men- schen bereiten zusammen mit den Ange- klagten die jeweiligen Prozesse vor und machen die politischen Hintergründe in der Öffentlichkeit bekannt. Sie sorgen mit Solidaritätsveranstaltungen, Spenden- sammlungen und Zuschüssen aus den Beitragsgeldern der Mitgliedschaft dafür, dass die finanziellen Belastungen von vie- len gemeinsam getragen werden. Insbe- sondere Anwält*innen- und Gerichtskosten können teilweise oder ganz übernom- men werden. Es können aber auch Zah- lungen zum Lebensunterhalt geleistet werden, wenn hohe Geldstrafen, Verlust des Arbeitsplatzes oder Haft die Betroffe- nen und ihre Angehörigen in Schwierig- keiten gebracht haben. Zu politischen Gefangenen wird persönlicher Kontakt ge- halten, und es wird dafür eingetreten, dass die Haftbedingungen der Eingeknas- teten sich verbessern und insbesondere die Isolationshaft gänzlich aufgehoben wird; wir fordern die Freilassung aller po- litischen Gefangenen.

2. Die Rote Hilfe ist keine karitative Einrichtung

Die Unterstützung für die Einzelnen soll zugleich ein Beitrag zur Stärkung der linken Bewegung sein. Jede*r, die*der sich am Kampf beteiligt, soll das im Be- wusstsein tun können, dass sie*er auch

hinterher, wenn sie*er Strafverfahren an- gehängt bekommt, nicht alleine dasteht. Ist es einer der wichtigsten Zwecke staat- licher Unterdrückung, diejenigen, die ge- meinsam auf die Straße gegangen sind, durch Herausgreifen Einzelner voneinan- der zu isolieren und durch exemplarische Strafen Abschreckung zu bewirken, so stellt die Rote Hilfe dem das Prinzip der Solidarität entgegen und ermutigt damit zum emanzipatorischen Weiterkämpfen. Außer der unmittelbaren Unterstützung für von staatlicher Repression Betroffene sieht die Rote Hilfe ihre Aufgabe auch da- rin, sich im allgemeinen Sinne an der Ab- wehr politischer Verfolgung zu beteiligen. Sie wirkt z. B. schon im Vorfeld von De- monstrationen darauf hin, dass die Teil- nehmer*innen sich selbst und andere möglichst effektiv vor Verletzungen und Festnahmen durch die Staatsgewalt schützen. Sie engagiert sich gegen die fortschreitende Verschärfung der Staats- schutzgesetze, gegen den weiteren Abbau von Rechten der Verteidigung, gegen die Isolationshaft und gegen weitere Be- schränkungen der Meinungs- und Ver- sammlungsfreiheit.

3. Mitgliedschaft und Organisation der Arbeit in der Roten Hilfe

Der Roten Hilfe gehören nur Einzelpersonen als Mitglieder an. Es gibt keine kollektive Mitgliedschaft von Gruppen oder Organisationen – wenn auch oft Mitglie- der anderer linker Strukturen gleichzeitig Mitglieder der Roten Hilfe sind. Die Rote Hilfe organisiert ihre Arbeit auf zwei Ebenen. Zum einen bundesweit: Die Mitglie- der wählen Delegierte zur Bundesdele- giertenversammlung, welche über die Grundsätze und Schwerpunkte der Ro- te-Hilfe-Arbeit entscheidet. Mit ihren Mit- gliedsbeiträgen schaffen sie die materiel- le Grundlage für die Unterstützungen. Für die zweckentsprechende Verwendung der Gelder (Mitgliedsbeiträge und zu be- stimmten Anlässen gesammelte Spen- den) und für die laufende Arbeit ist der Bundesvorstand verantwortlich. Er orga- nisiert Spendenaktionen und zentrale Kampagnen zu bestimmten Anlässen. Die Informierung der Mitglieder und die Öff-

fentlichkeitsarbeit auf Bundesebene wer- den im Wesentlichen durch die viertel- jährlich vom Bundesvorstand herausgege- bene Rote-Hilfe-Zeitung sowie durch Presseerklärungen und die Homepage geleistet. Zum anderen gibt es in vielen Städten Ortsgruppen der Roten Hilfe, die bei lokalen Repressionsschlägen die praktische Solidaritätsarbeit umsetzen und direkt vor Ort für die Betroffenen an- sprechbar sind.

4. Die Rote Hilfe versteht sich als Solidaritätsorganisation für die ge- samte Linke

Das heißt nicht, dass sie irgendeinen Alleinvertretungsanspruch erhebt (im Ge- genteil strebt sie die Zusammenarbeit mit möglichst vielen anderen Prozessgrup- pen, Soli-Fonds, Antirepressions-Grup- pen, Ermittlungsausschüssen usw. an), sondern das heißt, dass sie an sich selbst den Anspruch stellt, keine Ausgrenzungen vorzunehmen.

In ihrer Satzung verpflichtet sie sich: „Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhän- gige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglic- keiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltan- schauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter*innenbewegung, die Internationale Solidari- tät, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und ge- werkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjeni-

gen, die deswegen ihren Arbeitsplatz ver- lieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefäng- nisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.“ (aus §2 der Satzung der Roten Hilfe)

Die Rote Hilfe will nicht nur materielle, sondern auch politische Unterstützung leisten, will also das, wofür jemand ver- folgt wird, soweit es möglich ist, auch in der Öffentlichkeit vertreten. Deshalb sucht sie mit denen, die sie unterstützt, die politische Auseinandersetzung, nimmt eventuell auch zu ihrer Aktion Stel- lung. Aber sie macht vom Grad der Über- einstimmung nicht ihre Unterstützung abhängig. Diese politische Offenheit war für die Rote Hilfe nicht immer selbstver- ständlich (vgl. dazu die Broschüre „20/70 Jahre Rote Hilfe“). Dass sie heute nicht nur in der Satzung fixiert, sondern alltägl- iche Praxis ist, erkennt mensch vielleicht am ehesten an den Fällen konkreter Un- terstützungszahlungen. Die Fälle der un- terstützten oder abgelehnten Anträge des jeweils letzten Quartals werden auszugs- weise in jeder Rote-Hilfe-Zeitung veröf- fentlicht.

5. Braucht die Linke eine bundes- weite strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation?

In der Regel erhalten Leute, die staat- licher Repression ausgesetzt sind, Un- terstützung aus dem politischen Umfeld, in dem die verfolgte Aktion gelaufen ist. Wer z. B. wegen der Blockade einer Militärein- richtung verurteilt wurde, wird in erster Linie mit der Solidarität von Gruppen aus

der Friedensbewegung rechnen können, verfolgte Antifaschist*innen mit der Soli- darität aus der Antifa-Bewegung usw. Die Rote Hilfe ist der Meinung, dass diese na- heliegende Form der Solidarität die wich- tigste überhaupt ist und beabsichtigt kei- neswegs, sie zu ersetzen – wohl aber, sie zu ergänzen.

Es gibt immer auch Menschen, die als Einzelne z. B. an einer Demonstration teilnehmen und im Falle ihrer Festnahme nicht unbedingt auf einen unmittelbaren Unterstützungskreis zurückgreifen kön- nen. Manchmal sind die Belastungen durch Prozesskosten oder auch die Anfor- derungen an die Öffentlichkeitsarbeit so hoch, dass sie von einer Gruppe allein nicht getragen werden können. In vielen Fällen ziehen sich Ermittlungen, Anklage- erhebungen und Prozesse durch mehrere Instanzen so lange hin, dass sich die poli- tischen Zusammenhänge in der Zwi- schenzeit längst verändert haben, und wenn das Urteil rechtskräftig wird, nie- mand mehr für Unterstützung ansprech- bar ist.

Aus diesen Gründen halten wir eine Solidaritätsorganisation für notwendig, ► die unabhängig von politischen Kon- junkturen kontinuierlich arbeitet ► die aufgrund eines regelmäßigen Spen- denaufkommens verlässlich auch lang- fristige Unterstützungszusagen machen kann ► die bundesweit organisiert und nicht an Großstädte gebunden ist ► die sich für die politisch Verfolgten aus allen Teilen der linken Bewegung verant- wortlich fühlt ► die auf Gesetzesverschärfungen und Prozesswellen bundesweit reagieren kann.



ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Erhältlich auch in gut sortierten
Bahnhofsbuchhandlungen



Bitte Zutreffendes ankreuzen, in Großbuchstaben ausfüllen, ausschneiden und senden an: Rote Hilfe e.V., Bundesgeschäftsstelle, PF 3255, 37022 Göttingen



BEITRITTSERKLÄRUNG

☐ Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e.V.

ÄNDERUNG DER BEITRAGSHÖHE

☐ Ich bin Mitglied der Roten Hilfe und erhöhe meinen Beitrag

☐ Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert

☐ Ich zahle per Dauerauftrag mit dem Betreff „Mitgliedsbeitrag“ auf das Konto der Roten Hilfe e.V., Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39, BIC: NOLADE21GOE

ODER

☐ Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. wird, jederzeit wider- ruflich, ermächtigt, die Beitragszahlungen für das (Neu-)Mitglied von dem nebenstehend angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das genannte Kreditinstitut angewie- sen, die von der Roten Hilfe e.V. auf das Konto gezogenen Last- schriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen, beginnend ab dem Belastungsdatum, kann die*der Kontoinhaber*in die Er- stattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem angegebenen Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu Lasten der*des Kontoinha- ber*in und können ebenfalls von dem genannten Konto abge- bucht werden.

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE49ZZZ00000318799
Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt

Meine Anschrift / Bankverbindung

Vorname / Name Mitglied

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Wohnort

Telefonnummer

E-Mail

Name und Sitz des Kreditinstituts

BIC

IBAN

Datum / Unterschrift Mitglied

Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag von

☐ jährlich 90 Euro oder anderer Betrag Euro

☐ halbjährlich 45 Euro oder anderer Betrag Euro

☐ vierteljährlich 22,50 Euro oder anderer Betrag Euro

☐ monatlich 7,50 Euro oder anderer Betrag Euro

Ich zahle einen Solibetrag von

☐ jährlich 120 Euro oder anderer Betrag Euro

☐ monatlich 10 Euro oder anderer Betrag Euro

Der **Mindestbeitrag** beträgt 7,50 Euro monatlich.

Der **ermäßigte Mindestbeitrag** für Schüler*innen, Erwerbslose usw. beträgt 5 Euro monatlich.

Empfohlen wird ein Solibetrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.